

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 8. Dezember 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienabende: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., höchstens 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verkehrsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inflation-Gebühr

Betragt für die sechsgehaltene Kolonienliste oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Drucke Wort 20 Pf. (zählbar 2 fertige Drucke Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Wer trägt die sozialen Lasten?

Die industriellen Scharfmacher — ultramontane und nationalliberale — lamentieren über die schwere Belastung der gewerblichen Gütererzeugung durch die Sozialpolitik. Sie verlangen mindestens ein Halt in dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherung. Die schwarzen Arbeiterfreunde versuchen, die unter den Folgen der Wirtschaftspolitik der Ritter und Heiligen schwer leidenden Arbeiter mit der Vorführung großer Zahlen aus der Sozialversicherung über die empörende Lebensmittelwucherpolitik hinwegzu — trösten. Mit bombastischen Berechnungen will man die Arbeiter beeinflussen, sie als Wähler für die Kriegsheter und Lebensmittelwucherer einzufangen.

Sehen wir einmal zu, welche Kosten die Arbeiterversicherung erfordert und — was wichtig ist — wer die Kosten dafür aufbringt! Wir benutzen die entsprechenden amtlichen Angaben im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich. Zuerst die großen Bruttozahlen. Die Einnahmen der 3 Versicherungen für den Zeitraum 1885/1909 ergeben dieses Bild:

	Beiträge der Unternehmer	Einnahmen überhaupt
Krankenversicherung . . .	1 851 845 100	4 555 868 900
Unfallversicherung . . .	2 195 085 400	2 478 700 100
Invalditätsversicherung . . .	1 271 149 800	3 650 507 500
Zusammen	4 817 530 400	10 685 060 900

Das sind gewiß stolze, imponierende Zahlen, wenn man sie nach ihrer absoluten Größe bewertet. Anders sieht es aus, wenn man sie kritisch würdigt. Was die Gesamteinnahmen anlangt, so ist zunächst zu bemerken, daß darin 4 269 977 400 Mark direkte Arbeiterbeiträge, ferner 587 227 000 M. Reichszuschuß und an Zinseneinnahmen usw. 520 980 700 M. enthalten sind.

Da es sich um die Frage der Leistung der Unternehmer handelt, brauchen wir uns um die übrigen Einnahmen nicht weiter zu kümmern. In bezug auf die von den Unternehmern beigetragenen 4 817 Millionen Mark sei hervorgehoben, daß die Summe im Laufe von 24 Jahren geleistet worden ist. Somit ergibt sich eine Jahresleistung von rund 200 Millionen Mark. Die Beiträge wurden zudem für eine ständig wachsende Zahl von Arbeitern geleistet; umfaßte doch die Unfallversicherung im Jahre 1909 bereits annähernd 24 Millionen Versicherte.

Zur Illustration der Bedeutung der Unternehmerbeiträge sei weiter noch darauf hingewiesen, daß das Vermögen der von der preussischen Einkommensteuer erfaßten Jenisten in der Zeit von 1895—1909 von 63 857 Millionen Mark auf 91 653 Millionen Mark zugenommen hat. Die Vermögenszunahme, an der nur 1 1/2 Millionen Menschen beteiligt sind, macht demnach insgesamt 27 798 Millionen Mark oder pro Jahr 1855 Millionen Mark aus. Was wollen dagegen die 200 Millionen Mark belagen, die im Jahresdurchschnitt für die vielen Versicherten aufgewandt worden sind? Nur eine Bagatelle sind sie im Vergleich mit der riesenhaften Einkommenssteigerung und Einkommensvermehrung nur weniger Menschen. Erzielten doch nach der Veranlagung für das letzte Jahr 3 893 Jenisten in der Gruppe derer mit einem Einkommen von über 100 000 M. zusammen das kleine Einkommen von 949 132 500 M.

Der durchschnittliche Vermögenszuwachs aus den letzten 14 Jahren, das letzte Einkommen der Höchstbesteuerten in Preußen, sowie die nach dem Gesamtdurchschnitt der Jahre 1885/1909 resultierende Leistung für alle von den 3 Versicherungsweigen umfaßten Arbeiter und Arbeiterinnen zusammen, ergab folgendes Bild:

Vermögenszuwachs für 1 1/2 Millionen Jenisten . . .	1 985 000 090 M.
Einkommen . . .	8 898 . . . 949 000 000
Soziale Lasten für alle Versicherten	200 000 000

Welche bescheidene Rolle spielen also die für die Arbeiterversicherung aufgewandten Summen! Das wird aber erst recht sinnfällig aus der folgenden Aufstellung. Sie enthält die Leistungen der Unternehmer für das Jahr 1909.

Jahr der Versicherten	Summe der Beiträge in 1000 M.	Leistung pro Arbeiter u. Jahr M.
Krankenversicherung . . .	18 404 208	120 973
Unfallversicherung . . .	23 767 000	198 981
Invalditätsversicherung . . .	15 444 300	94 218

Insgesamt leisteten die Unternehmer 414 171 000 M. an Beiträgen. Auf einen Arbeiter, der zu allen Versicherungen gehört, würde demnach eine Jahresleistung von 23,49 M. entfallen! Rechnen wir für jeden der Arbeiter nur 250 Arbeitstage, anstatt 300, so kommt auf einen Arbeitstag für alle 3 Versicherungen zusammen die Riesenlast von sage und schreibe 94 Pf.! Nimmt man aber an, daß jeder von der Versicherung Erfaßten im Jahresdurchschnitt nur 200 Arbeitstage geleistet habe, dann entfällt auf jeden Arbeiter pro Tag für alle drei Versicherungen doch erst ein Betrag von 11,75 Pf. Daß das eine erhebliche Last für den Unternehmer wäre, daß dadurch die Existenzfähigkeit der Industrie gefährdet werden könne, daß für eine solche Leistung die Arbeiter dem Unternehmer besonders dankbar sein müßten, so dankbar, um auf die Wahrnehmung ihres politischen Rechtes zu Gunsten der Kapitalisten zu verzichten, das kann nur pfäffische Demagogie und freche Nachhut verlangen!

Nun sind wir aber immer noch von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Beiträge der Unternehmer auch in Wirklichkeit eine Belastung für sie bedeute. Aber auch das ist falsch! Ebenjowenig, wie die Aktionäre und andere Profitgläubiger ihre Zinsen und Dividenden erarbeiten, verdienen sie die Unternehmerbeiträge zur Arbeiterversicherung. Was die Unternehmer bezahlen, ist nur ein Teil vorenthaltener Löhne. Die Beiträge gehören einfach zu den Produktionskosten, genau so wie die Ausgaben für Löhne, Rohmaterial, Steuern, Maschinen, Gehälter usw. Sie werden bei den Kalkulationen mit veranschlagt und erscheinen nachher wieder mit im Verkaufspreis. Daß es zulässig ist, die Beiträge der Unternehmer als Geschenk dieser an die Arbeiter anzusprechen, daß die Beiträge nicht im geringsten die Konkurrenzfähigkeit der Industrie lähmen, das hat sogar ein freikonservativer Abgeordneter (Schmidt-Altenburg) freimütig eingeräumt. Auf der am 24. November 1907 in Dresden abgehaltenen Generalversammlung des Deutschen Tabakvereins machte er nach dem offiziellen Bericht folgende Ausführungen:

„Meine Herren, ich bin fest überzeugt, daß bei Ihnen allen zunächst, als diese soziale Gesetzgebung eingeführt wurde, und als zum erstenmal die großen Beiträge für die Krankenversicherung und später vor allen Dingen für die Alters- und Invaliditätsversicherung gezahlt werden mußten, gar mancher geküßelt hat. Heute aber werden diese Beiträge, die alljährlich in gleicher Höhe wiederkommen, gebucht, sei es auf Unkostenkonto, sei es auf Lohnkonto; denn es ist ja ein Teil des Lohnes, und sie werden selbstverständlich mitkalkuliert und erscheinen im Preise der Ware schließlich wieder. — bei schlechter Konjunktur vielleicht nicht ganz in vollem Maße, und wir leben ja jetzt in sehr ungünstiger Konjunktur für uns und hoffen, daß es bei günstiger Konjunktur wieder anders werden möge. Jedenfalls ist aber soviel sicher, daß man von einem besonderen Drüden dieser Belastung kaum reden kann, namentlich schon um deswillen, weil, wenn Sie die Summe, die für die soziale Gesetzgebung jetzt gezahlt wird, nicht als Prozentteil des Lohnes ansehen, sondern sie mal umrechnen als Prozentteil Ihres Jahresumsatzes, schließlich nicht mehr als 1/2 Prozent des Jahresumsatzes

herauskommt, und zur Kalkulation, zur Aufrechnung auf die betreffenden Fabrikate dreht es sich tatsächlich nur um 1/2 Prozent. Meine Herren, das ist eine so geringe Summe, daß es unbillig und Unrecht wäre, davon ein großes Geschrei zu machen und zu behaupten, daß wir nicht mehr zahlen könnten, wenn unseren Arbeitern in Zukunft erhöhte Vorteile durch weitere Versicherungseinrichtungen zugewandt werden sollten.

Meine Herren, so wie die Sache in unserer Industrie liegt, liegt sie ja bei weitem in den meisten Industrien in ganz Deutschland. Alle diejenigen Industrien, die ausschließlich im Inland arbeiten, oder die wenigstens zum bei weitem größten Teile im Inland arbeiten, können sich durch diese Beiträge zu der sozialen Gesetzgebung in keiner Weise belastet fühlen, denn diese Beiträge treffen genau proportional ihrer gesamten Konkurrenz; es ist also kein einziger in irgendeiner Form bedroht.

Zudem darf doch nicht vergessen werden, daß diejenigen Länder, mit denen wir im Weltmarkt in allererster Linie zu konkurrieren haben, d. h. England und Amerika, so erheblich höhere Arbeitslöhne bezahlen, daß durchaus nicht gefolgert werden kann, daß wir im Nachteil sind.“

So spricht ein konservativer Abgeordneter! Die ultramontanen „Volksfreunde“ aber wollen den Arbeitern einreden, sie müßten wegen der sozialen „Geschenke“ gern und willig den Lebensmittelwucher und die uns vom Schnapsbrot befreite Steuerbelastung ertragen. Ja, das Zentrum brachte es gar fertig, auf seinem letzten rheinischen Parteitag ein Referat gegen die Sozialpolitik erstatten zu lassen. Der Fabrikant Herr, der auch in einer Broschüre gegen eine weitere „Belastung der Industrie“ durch soziale Gesetze Stellung genommen, kramte als Referent die bekanntesten Scharfmacherargumente gegen die Arbeiterversicherung aus. Allerdings, Zentrumsleute können auch anders! Wenn es ihnen gerade in den Kram paßt, die ultramontane Fraktion aus parteipolitischen Gründen etwas Kritik für notwendig hält, dann können ihre Gefolgsleute die Dinge auch mal in ihrer Wirklichkeit zeigen. So bezeichnete die „Deutsche Holzarbeiterzeitung“, ein christliches Gewerkschaftsblatt, im Jahre 1908 die Arbeiterversicherung als ein Verlegenheitsprodukt, das wenig koste, dabei aber die Handhabe bieten sollte, „um jede freiheitliche Regierung in der Arbeiterkassette niederzuhalten. Zuderbrot und Peitsche“. Das Christenblatt machte damals auch eine Berechnung auf über die Kosten und bemerkte dazu:

„Alles in allem, durch die von Unternehmenseite betriebenen Zahlenspielerien kann höchstens in denkaufen Äußen Eindruck gemacht werden. Denkende Arbeiter dagegen wägen das Für und Wider, das Wohin und Woher genau ab und kommen ganz sicher zu dem Schluss: daß von einer Ueberbelastung der deutschen Industrie durch die Kosten der sozialen Fürsorge nicht gesprochen werden kann.“

Jetzt, wo die ultramontane-konservative Wirtschaftspolitik das Volk in Not und Sorgen gestürzt, wo man verbrecherischer Weise zu einem Kriege hehlt, um des Volkes Empörung in Strömen rauchenden Blutes zu erlösen, da sollen die Wähler noch aus Dankbarkeit die „Peitsche“ küssen, die sie züchtigt.

Um den zentriemisch-scharfmacherischen Schwindel aber noch nach der anderen Seite aufzudecken, geben wir die folgende Aufstellung über die Ergebnisse der Deutschen Aktiengesellschaften nach den Angaben in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs. Es betragen:

Die Zahl der Gesellschaften	Das dividendenberechtigte Kapital in 1000 Mark	Die Dividende in 1000 Mark	Die Dividende in Prozent
1907/08 . . . 4578	12 603 741	1 022 596	7,76
1908/09 . . . 4579	13 001 776	959 704	7,38
1909/10 . . . 4607	13 460 039	1 043 900	8,07

Trotz der angeblich ruinösen sozialen Lasten nimmt das Aktienkapital kräftig zu, und nach einem kleinen Rückschlag aus Anlaß der Krise steigen auch die Dividenden wieder. Für das laufende Jahr geht sie noch wieder über den letzten Satz hinaus. Ein Durchschnitt von 8 Proz. kann sicher als eine sehr respektable Verzinsung gelten. Aber die Profitmacher und ihre Dienstbeflissenen im ultramontanen Lager bringen es fertig, die sozialen Lasten als eine Gefahr für die Rentabilität der Industrie erscheinen zu lassen. Es wird die allerhöchste Zeit, daß die Wähler der Schwindelfirma Zentrum und Scharfmacher das Handwerk gründlich legen.

Zur Reichstagswahl.

Liberales Wahltheater.

Mit bemerkenswertem Geräusch war im Wahlkreise Solingen der „liberale“ Gewerkschaftssekretär Anton Erkelenz als Reichstagskandidat der Fortschrittlichen Volkspartei eingeführt worden. Da dieser interessante Arbeiterführer hinter den Kulissen schon einiges geleistet hatte — man erinnere sich seiner Vorschläge an die Hirsch-Dundersche, durch radikales Gebahren in allgemeinen Metallarbeiterversammlungen den Metallarbeiterverband in aussichtslose Streiks zu heben! —, so hielten die Solinger Fortschrittler ihn für den Kandidaten, den sie gebrauchen konnten. Ihre Spekulation erwies sich indessen als total verfehlt. Herr Erkelenz wurde selbstverständlich von allen in Betracht kommenden Gewerkschaftsorganisationen in der nachdrücklichsten Weise abgelehnt. Dann aber erwies sich der Herr Fortschrittler vor den Kulissen als ein so ungeschickter Künstler, daß die national-liberalen Jobbrilanten ihren fortschrittlichen Kompromißfreunden rund heraus erklärten: „Mit diesem Kandidaten wollen wir uns nicht kompromittieren.“ Um nur eines zu erwähnen: In einer Versammlung wurde der Hirsch-Dundersche Gewerkschaftssekretär von einem angetrunkenen Versammlungsbefucher durch Zwischenrufe wiederholt unterbrochen. Das brachte ihn demnach außer Fassung, daß er vollkommen vergaß, was für eine Rolle er zu spielen habe als „Arbeiterfreund“. Er stürzte vom Podium in den Saal, griff den armen Teufel, der auf die freundliche Einladung zum Besuch der freisinnigen Versammlung hineingefallen war, beim Schlafrock, schleifte ihn aus dem Saal und warf ihn vor die Tür.

Anton Erkelenz, der vom Publikum ausgepöffelt war, wurde nun schamlos von den Kompromißliberalen zurückgepöffelt und als „liberaler“ Reichstagskandidat nach Gießen verfehlt.

Die Solinger Kompromißliberalen haben sich nun eine neue Kraft engagiert, den Kölner Rechtsanwalt Wiesany, von dem sie besseres erwarten, denn der soll, wie uns berichtet wird, schon zirka 10 Jahre lang wirklich als Schauspieler tätig gewesen sein. Wenn die Arbeiter im Solinger Kreise, angewidert von dem Komödienstück der Kompromißliberalen, den Vorstellungen des Herrn Wiesany fernbleiben, dann wird Herr Wiesany vor leeren Bänken seine Monologe sprechen müssen. Und wenn am Abend des 12. Januar der Vorhang gefallen sein wird, dann wird er sich sagen müssen, daß nach dem Spiel auf dem liberalen Wahltheater dem Nimen ebenjowenig Kränze geflochten werden, wie nach dem Spiel auf den Brettern, die die Welt bedeuten sollen.

Für den Liberalismus aller Spielarten ist die Solinger Wahlkomödie überaus charakteristisch.

Zum Schaben noch den Spott!

In einer Wahlversammlung zu Neuenfelde leistete sich Dr. Diederich Hahn, der Direktor des Bundes der Landwirte, nachdem er sich von seinem Kollegen Dr. Varenhorst hatte über den armen Alee loben lassen (Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ Nr. 620 vom 7. Dezember) folgende Verhöhnung der deutschen Arbeiter:

„Ebenso darf derjenige, der seine Zigarre raucht, der seinen Schnaps trinkt, ein wenig für das Reich mitrauchen und ein wenig für das Reich mittrinken. (Große Heiterkeit und lebhaft Zustimmung.) Das dürfen auch unsere Arbeiter tun. Sie sollten einmal bedenken, was wir heute an sozialen Lasten für sie aufringen. In vier Jahren legen wir das für sie auf die hohe Kante, was uns die Franzosen nach dem großen Kriege an Kriegskostenentschädigung zahlen mußten, nämlich 5 Milliarden Mark.“

Was aber legen die durch Hölle, Grenzsperrre und Teuerung ausgewucherten Arbeiter den regierenden Junkern auf die Kante?! Werden die Unternehmerbeiträge zur Arbeiterversicherung nicht

*) Die scheinbaren Unrichtigkeiten der Prozentberechnung erläutern sich daraus, daß die jeweilige letzte Kapitalerhöhung nur für einen Jahresbruchteil an der Dividende partizipiert.

aus der Kasse bezahlt, die die Arbeit füllt? Wer bezahlt die ganze Herrlichkeit der Agrarier und das Jubelleben ihrer Söhne, wenn nicht die Massen des erwerbstätigen Volkes in Stadt und Land? Und dafür noch der freie Lohn! Jene Sätze des wackeren Dieberich sollten im ganzen Reiche angeschlagen werden!

Zentrumswahlswindel.

In einem für die Bahlagitation herausgegebenen Buch des Zentrumsredakteurs N. Krauß in Düren, das den Titel führt: „Der Reichstagswahlkampf 1911/12“, wird auf Seite 179 eine Tabelle über die Höhe der Waisenrenten auf Grund der Reichsversicherungsordnung abgedruckt. Es heißt dort: „Nachfolgende Tabelle ist wohl geeignet, die Höhe gegen die Hinterbliebenenversicherung in das rechte Licht zu stellen.“ Nach der Tabelle sollen, ohne daß Beiträge nach dem 1. Januar 1912 bezahlt sind, folgende Renten zur Auszahlung kommen:

Lohnklasse	eine Waise	zwei Waisen
I	34,20 M.	60,50 M.
II	30,—	52,40
III	27,20	44,20
IV	20,—	36,—
V	10,20	17,80

Krauß schreibt dazu: „Gewiß ist diese Rente nicht übermäßig hoch.“ Das wird auch kein Mensch behaupten, aber trotzdem ist schon etwas hinzugefügt; denn nach Artikel 69 des Einführungs-Gesetzes sind in dem Fall, daß nach dem 1. Januar 1912 keine Beiträge entrichtet sind, die Renten in allen Klassen gleich. Es wird für jede Waise 25 M. Reichszuschuß und für eine Waise $\frac{1}{100}$, für jede weitere Waise je $\frac{1}{100}$ des Grundbetrages der Lohnklasse I gegeben. Dieser Grundbetrag ist 60 M., folglich erhält eine Waise $\frac{1}{100}$ von 60 M. = 0,60 M., dazu 25 M. Reichszuschuß, also insgesamt 25,60 M., und jede weitere Waise 26,50 M., also insgesamt 60,50 M., oder, da die Monatsrente auf 5 Pf. abgerundet wird, erhält eine Waise 24,20 M. und zwei Waisen erhalten 60,50 M. in allen Lohnklassen. Alles, was der Zentrumsmann den Berechtigten der höheren Lohnklassen mehr in Aussicht stellt, wird nicht ausbezahlt.

Reaktionäre Herausforderung.

Die drei konservativen Gruppen, in die im Reichstag die äußerste Reaktion sich gliedert, haben heute ihre Wahlauftrufe erlassen. Der Aufruf der Konservativen ist ziemlich kurz. Die Herren sprechen nicht gerne mit dem verachteten Volke und nur mit Grimm fügen sie sich der Not, vor den verhassten Wahlen über ihre Politik etwas zu sagen. Wie schön wäre es, wenn ihr heißester Wunsch schon erfüllt und das Reichstagswahlrecht beseitigt wäre. Wieviel besser ist es doch für konservative Politiker unter dem geliebten Dreiklassenwahlrecht Preußens, wo Landrat und Gutsherr im trauten Verein den Abgeordneten ernennen können und der Wähler nichts zu sagen hat.

Da man die konservative Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht kennt, muß immerhin ausdrücklich hervorgehoben werden, daß der Wahlauftritt mit keinem Worte erklärt, daß die Konservativen am Reichstagswahlrecht festhalten wollen. Nicht daß wir irgendwelchen Wert auf solche Versicherung gelegt hätten, aber ihr Fehlen ist doch bemerkend.

Der konservative Aufruf beginnt mit einem schwachen Rechtfertigungsversuch des niederträchtigen Volksverrats, den die Konservativen bei der Finanzreform begangen haben. Drei Motive haben die Konservativen geleitet, als sie den Bülowblock sprengten und mit dem Zentrum die Finanzreform machten. Sie wollten erstens Bülow stürzen und damit eine Wahlreform in Preußen weiter hinauszögern. Sie wollten zweitens und vor allem sich ihre Schnapentreue erhalten, die Millionen der Liebesgabe für ewige Zeiten sichern, zur selben Zeit, wo sie den Armen all die spärlichen Genußmittel, ja selbst die Streichhölzer maßlos verteilten! Wäre die Liebesgabe abgeschafft worden, so wäre nicht nur die Streichholzsteuer völlig überflüssig gewesen, es wäre auch ohne weiteres möglich gewesen, die Zuckersteuer zu ermäßigen und die Grenze bei der Altersversicherung der Arbeiter von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen. Aber die Schnapsgrafen bestanden auf ihren 46 Millionen, die unser Schnapsboykott allerdings immer mehr vermindern wird, und deshalb müssen aus den Taschen der Kermisden jährlich durch die Streichholzsteuer 25 Millionen Mark herausgeholt, können die 5 Millionen Mark, die die Herabsetzung der Altersgrenze gekostet hätte, nicht aufgebracht werden, muß der Zucker weiter unerträglich teuer bleiben.

Das dritte Motiv der Konservativen war, die Erbschaftsteuer zu vereiteln, weil diese Leute gewohnt sind, aus den Steuergeldern des Staates große Summen in die eigene Tasche zu leiten, aber mühselig werden, wenn sie selbst für den Staat auch nur das geringste leisten sollen. Deswegen haben die Konservativen die Finanzreform gemacht. Und wenn sie das in ihrem Aufruf eine „entschlossene Tat“ nennen, so wollen wir gerne glauben, daß die Konservativen zu solchen Schandtaten sich wieder entschließen würden, wenn ihnen das Volk am 12. Januar noch die Macht dazu läßt. Nur das eine ist richtig an dem konservativen Aufruf, daß „manche der bewilligten Steuern nicht einwandfrei“ sind.

Selbstverständlich ist, daß die Konservativen versichern, daß sie an der Schutzollpolitik festhalten. Ueber die Feinerung verlieren sie kein Wort. Sie können ja auch den Wählern nicht gut sagen, daß sie durch künstliche Fabrikation von Feinerung die Gewinne der Großgrundbesitzer ungeheuer erhöht haben und in Zukunft durch ihren lächerlichen Zolltarif noch weiter erhöhen wollen.

Bum Schluß des Aufrufs kommt dann die „nationale Wahlarole“ der „wahren Patrioten“. Die nationalen Interessen sollen dem Auslande gegenüber tatkräftig vertreten und der koloniale Besitz weiter ausgebaut werden. Daher müsse die Wehrkraft zu Wasser und zu Lande stark und mächtig erhalten werden. Die Konservativen seien bereit, dafür die notwendigen Opfer zu bringen.

Das heißt aus dem konservativen in ehrliches Deutsch überlegt: sie sind bereit, den Volksmassen hunderte Millionen neuer indirekter Steuern aufzupacken.

Damit das aber ungehindert vor sich gehen kann, muß natürlich die Sozialdemokratie niedergedrückt werden. Die Partei der Liebesgaben und des Steuerraubzugs forderer daher den entschlossenen Kampf gegen die Partei der Arbeit. Neue Ausnahmengesetze gegen die Sozialdemokratie, Vernichtung des Koalitionsrechts durch ein Arbeitswilligengesetz, das ist der heißeste Wunsch der Konservativen.

So enthält der konservative Wahlauftritt die Volksfeindschaft dieser gefährlichsten, entschlossensten, vor-

feiner Gewalttat zurückweichenden Gegner der Arbeiterklasse in vollkommener Weise. Die Konservativen sind wenigstens aufrichtig. Sie reden nichts von neuen Rechten; sie wollen ihre Herrschaft und nichts als ihre Herrschaft. Daß die Großgrundbesitzer, daß die 3000 abliggen Familien, die heute in Preußen und damit im Reiche herrschen, konservativ wählen werden, das ist verständlich. Aber ein feiger erbärmlicher Knecht ist, wer diesen Feinden und Verächtern des Volkes am 12. Januar seine Stimme gibt.

Die Reichspartei.

Die Partei der Scharmacher, die sich in Preußen Konservativen, im Reiche Reichsparteiler nennen, das Grüppchen, das sich um die berühmten Herren von Jeditz, Krendt, Gamp, von Liebert und Konjorten schart, legt an die Spitze seines Wahlauftrufes natürlich das „Eintreten für ein nach außen starkes Reich“. Die Panzerplattenpatrioten wollen eben Geld in ihren Beutel tun!

Um die Politik der Kriegshändler, bei denen ihr Weizen blüht, nach Möglichkeit zu verschärfen, fordern sie dann nicht nur „Erschließung des Kolonialbesitzes“, sondern auch „Schaffung von Siedlungsgebieten“. Da es derartiges in unseren jetzigen Kolonien nicht gibt, soll also Deutschland nach neuem Kolonialerwerb ausschäpfen, nach neuen internationalen Konflikten.

Natürlich sind die Herren auch für den „Schutz der nationalen Arbeit“, worunter sie die Hochschulgölle für Industrie und Agrarierum verstehen, also Ausplünderung der Massen!

Und damit die Massen sich gegen solchen Schutz der nationalen Arbeit, will sagen des Geldsacks der Schlotbarone und Krautjunker, nicht zur Wehr setzen können, „begrüßen“ die Herren Reichsparteiler es in ihrem Wahlauftruf, daß aus der Arbeiterklasse heraus (!) auf nationaler (lies: gelber) oder christlicher Grundlage eine Gegenbewegung gegen die Sozialdemokratie (das heißt die freien Gewerkschaften) entstanden ist, die nach Kräften unterstützt werden soll.

Dies den Selben nicht nur, sondern auch den Christlichen gependete Lob ist schmerzlich, aber freilich wohl verdient.

Dann kommt eine Philippika gegen die „sozialdemokratische Unterwürfung“:

„Sozialdemokratischer Terrorismus greift in das freie Selbstbestimmungsrecht der Arbeitgeber und Arbeiter ein. Es ist Pflicht des Reiches, hiergegen mit allem Nachdruck Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Wir sind bereit, hierbei mitzuarbeiten.“

Also Ausnahme- und Knebelgesetze gegen das kämpfende Proletariat!

Das Volk der Arbeit sieht, was diesmal auf dem Spiel steht, wenn der Scharmacherflügel am 12. Januar nicht zu Paaren getrieben wird!

Die Deutsche Reformpartei.

diese antisemitisch aufgefarbte konservative Sektion, erscheint gleichfalls mit ihrem Wunschzettel. Ihr Aufruf dreist das „große Werk der Finanzreform“ des Schnapsblocks, donnert gegen den Ganjand und legt sich für das „nationale Schutzollsystem“ ins Zeug.

Insofern deckt sich ihr Wahlprogramm ganz mit dem der Agrarier und freikonservativen Scharmacher.

Aber auch darin, daß der Vorstand der Deutschen Reformpartei gelobt, „fortzuarbeiten an der Verstärkung unserer nationalen Rüstung“.

Also ein unumwundenes Bekenntnis zur indirekten Steuerplünderung und Volksauswucherung und zum unerlösten Betrüsten!

Fehlt nur noch die Aufreizung zu Knebelgesetzen wider den Umsturz. Aber das würden die Herren Reformpartei er gegebenenfalls auch machen, ohne daß es im Wahlauftruf steht.

„Jetzt gilt es!“ heißt diese reaktionäre Spielart als Devise vor ihrem Wahlauftruf. An der Tat, jetzt gilt es, der ganzen reaktionären volksfeindlichen Sippschaft die Quittung für begangene und geplante Missetaten auszustellen!

Der Krieg.

Nach den heute vorliegenden offiziellen Telegrammen aus Tripolis hat die Division Becori Gerardi, die sich jetzt in Anzara festgesetzt hat, die Zählung mit dem Feinde verloren. Aus den wortreichen Meldungen läßt sich nur herauslesen, daß die Italiener einige verlassene Beduinencampes beschossen haben.

Es ist anzunehmen, daß die türkische Leitung in den Bergen des Dschebel Lathona und Dschebel el Selaa die türkischen Truppen und die arabischen Irregulären sammeln wird, um dem Vordringen der Italiener entgegen zu treten. Inwiefern die Türken noch auf die Unterstützung der Araber rechnen können, läßt sich jetzt freilich nicht sagen, da hierüber noch keine zuverlässigen Nachrichten vorliegen. Jedenfalls werden aber die Italiener mit einer sehr starken Truppenmacht durch die Sanddünen, die die Dase von Tripolis von dem Gebirge trennen, in das Bergland ziehen und sich jeden Gebirgspass erst erkämpfen müssen. Die Beschwerden und Verluste des Expeditionskorps werden erst jetzt recht groß werden. Vorläufig können die Italiener nicht an einen energischen Vorstoß in das Innere denken, da sie die nötigen Transportiere noch nicht beisammen haben. Auch sind sie in der Cyrenaika nicht über den engen Kreis der von ihnen besetzten Küstenstädte herausgekommen.

Ueber die Dardanellenfrage herrscht noch immer Unklarheit. Rußland hat seine Forderung auf freie Durchfahrt seiner Schwarzen Meeresflotte offenbar nicht in eine offizielle diplomatische Form gekleidet, es sucht aber unter der Hand die Erfüllung seines Wunsches zu erreichen. Der Versuch des russischen Ministers des Aeußern Saranow in Paris wird mit der Dardanellenfrage in Zusammenhang gebracht.

Rom mazedonischer Vandalenkrieg.

Salonik, 7. Dezember. (Meldung des Wiener L. L. Korrespondenz-Bureaus.) Sechs mohammedanische Landleute sind auf der Straße drei Stunden von Salonik entfernt von Bulgaren überfallen und niedergemacht worden. Obgleich die bulgarische Bevölkerung Mazedoniens die letzten Attentate des Revolutionskomitees aufs schärfste verurteilt, haben die Behörden auch für Salonik die strengsten Maßnahmen ergriffen, um Repressalien zu verhindern. Alle Polizeistationen sind durch Gendarmerie und Militär verstärkt worden, alle wichtigen Anstalten und Gewerke werden bewacht, das Passagiergepäck wird auf den Eisenbahnen polizeilich untersucht, allenfalls werden Reservisten des zweiten Jahrganges zur Bewachung der Bahnhöfe herangezogen.

Die Revolution in China.

Verhandlungen.

Schanghai, 6. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Es sind alle Vorbereitungen getroffen für die Zusammenkunft, welche hier zwischen den Vertretern Juanshikais und den republikanischen Delegierten stattfinden soll, um über die Friedensbedingungen zu verhandeln.

Peking, 6. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Da die Führer der kaiserlichen und der kuffenbischen in Hankau bisher nicht imstande waren, zu einer endgültigen Entscheidung zu kommen, ist der Waffenstillstand auf weitere drei Tage verlängert worden. Die Kaiserinwitwe hat ein Edikt erlassen, in dem sie erklärt, daß der Regent infolge der Unzufriedenheit und Unruhen im Lande auf die Regentschaft Verzicht geleistet hat. Das Edikt gibt ferner der Bereitwilligkeit des Kronen-Ausbruchs, dem Wunsche nach einer repräsentativen Regierung nachzukommen.

Die Revolutionäre und die Anleihen.

New York, 7. Dezember. Der gegenwärtige Sekretär für auswärtige Angelegenheiten der revolutionären Regierung in Schanghai, Wutingfang, ehemaliger chinesischer Botschafter in Washington, teilte, wie der „New York Herald“ berichtet, dem französischen Konsul und dem Vertreter der Vereinigten Staaten mit, daß die gegenwärtige revolutionäre Regierung keinerlei Anleihen anerkennen würde, die in letzter Zeit von der Mandchurenregierung mit auswärtigen Mächten abgeschlossen oder über die augenblicklich verhandelt wird, sofern das Geld zum Kampfe gegen die revolutionäre Verwendung findet. Er teilte ferner dem deutschen Konsul mit, daß die revolutionäre Regierung absolut nichts von einem Boykott deutscher Waren wisse, er machte ihn jedoch auf die Gefahr aufmerksam, die darin bestehe, wenn Deutschland fortjähre, Munition und Waffen an die Mandchus zu verkaufen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Dezember 1911.

Der Zwist im klerikalen Zentrumslager.

In der letzten Mittwochnummer des „Vorwärts“ veröffentlichten wir einen den „Südd. Monatsheften“ auf den Redaktionsstisch geflogenen Brief des Generalsekretariats des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften an den Verleger der „Köln. Volksztg.“, Herrn F. A. Vachem. Die Echtheit dieses Briefes ist, da der Verfasser sich nicht nur höchst bespöttelnd über den Bischof Korum von Trier äußert, sondern auch seine eigene Richtung zynisch als die der „schläueren opportunistischen Kreise“ im katholischen Lager bezeichnet, mehrfach als gefälscht betrachtet worden; doch kann über die Echtheit des veröffentlichten Briefes jetzt nicht mehr gestritten werden, da sich in der gestrigen Nummer der „Kölnischen Volksztg.“, Herr A. Stegerwald, der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, selbst als Verfasser des schönen Briefes meldet und die Richtigkeit des Textes zugibt. Er erklärt in seiner Zuschrift an das Kölner Zentrumsblatt:

Die „Frankfurter Zeitung“, die „Kölnische Zeitung“ usw. entnehmen dem Dezemberheft der „Süddeutschen Monatshefte“ einen Brief, den ich vor drei Jahren (17. Oktober 1909) an Herrn Verleger F. A. Vachem schrieb. Mit der Veröffentlichung des Briefes sollen offensichtlich in der Hauptstadt wahlpolitische Zwecke verfolgt werden. Der Brief, von dem ich je eine Kopie an einige absolut zuverlässige Personen geschickt hatte, ist, wie unweifelhaft feststeht, nicht durch die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Auf welchem dunklen Wege er in die Redaktion der „Süddeutschen Monatshefte“ gelangte, entzieht sich natürlich meiner Kenntnis. Auf keinen Fall konnte ich bei Abendung des Briefes vermuten, daß derselbe jemals in die Öffentlichkeit gelangen werde.

In dem Briefe wird das Ergebnis einer Konferenz mitgeteilt, die von Herrn F. A. Vachem vorbereitet war und zwischen Herrn Bischof Korum sowie den Herren Harrern Stein und Treig einerseits und dem Herrn Abgeordneten Giesberts und mir andererseits in Trier stattfand. In der damaligen Situation war, infolge der kurz vorher stattgefundenen Jülicher Konferenz und auf Grund einer Aeußerung des Herrn Abgeordneten Giesberts in einer hageren Versammlung, wonach einzelne katholische Geistliche des Saarreviers im Wechselschritt gegen die christlichen Gewerkschaften gearbeitet hätten, der Streit zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Pastoralstellen an der Saar auf dem Höhepunkt seiner Schärfe angelangt. Aus dieser Situation heraus ist der Inhalt des Briefes und das Ergebnis der betreffenden Konferenz zu beurteilen.

Inzwischen ist der Gewerkschaftsstreit an der Saar erfreulicherweise in ein viel ruhigeres Stadium getreten. Daß man bei streng vertraulichen Schreiben Form und Ausdruck nicht in dem Maße abwägt, wie bei den für die Öffentlichkeit bestimmten Aeußerungen, daß man nicht jedes Wort auf die Goldwaage legt, braucht kaum besonders betont zu werden. Ebenso galt es bisher als eine Verletzung der elementarsten Pflicht des journalistischen Anstandes, vertrauliche Aeußerungen in den politischen Kampf zu zerren. Eine solche Kampfmethode, allseitig angewandt oder gar als einwandfrei hingestellt, müßte eine völlige Vergiftung und Verwilderung des politischen und öffentlichen Lebens bewirken.

Einzelne Wendungen in dem Schreiben sind nicht näher ausgeführt und daher vielleicht mißverständlich; insbesondere was da von dem Gegensatz zwischen der „schläueren opportunistischen“ und der „doktrinären weltfernen Richtung“ im deutschen Katholizismus gesagt ist. In den in Betracht kommenden Fragen sind nach meiner Uebergzeugung nicht nur taktische Verschiedenheiten, sondern auch tiefgehende prinzipielle Gegensätze vorhanden.

In der Hauptsache finden sich in dem Brief lediglich die Streitpunkte innerhalb des katholischen Lagers Deutschlands herausgearbeitet, die ohnedem allgemein bekannt sind. Mehrere der in Frage stehenden Differenzpunkte werden heute in weiten katholischen Kreisen anders beurteilt, als es damals (vor drei Jahren) noch der Fall war. Damals herrschte über den Charakter der deutschen Zentrumspartei noch viel größere Unklarheit, wie auch der Begriff „Moderнизм“ noch ungeklärt war und vielfach noch in anderem Sinne als heute gebraucht wurde.

Köln, den 6. Dezember 1911.

A. Stegerwald.

Der veröffentlichte Brief ist also richtig. Daß er aus der damaligen Situation heraus beurteilt werden muß und Herr Stegerwald sich offener ausgesprochen hat, als er getan haben würde, wenn er die spätere Veröffentlichung seines Schreibens geahnt hätte — ist zweifellos richtig; aber gerade, weil Herr Stegerwald frisch von der Leber seine Meinung herunterredet, ist der Brief so interessant, denn er zeigt, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften (und auch Herr F. A. Vachem,

denn sonst würde Stegerwald sich nicht ihm gegenüber in diesem Ton äußern) Herrn Korum und seine gleichgesinnten Antisemiten als bornierte weltfremde Doktrinare und Fanatiker betrachten, die in ihrer Eitelkeit ganz unbeherrschbar sind.

Zugleich aber beweist der Brief, daß Stegerwald die Legende von der Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften und ihrer Unabhängigkeit vom hohen Klerus selbst nicht glaubt. Nach seiner Ansicht sind auch die christlichen Gewerkschaften streng katholisch — der Unterschied ist nur, daß die Berliner Richtung das offene Bekenntnis zum Katholizismus verlangt, während die „schlauerer opportunistische“ Kölnener Richtung bewußt die Doffentlichkeit täuscht und betrügt.

Nationalliberaler Schwindel.

In der „Magdeburger Zeitung“ fordert Professor Metzger an leitender Stelle eine „Reform des Religionsunterrichts“. Der konfessionell-dogmatische Unterricht, der auf dem mittelalterlichen Satz: *cujus regio, ejus religio* (wessen die Herrschaft, dessen Religion hat zu gelten) beruhe, müsse beseitigt werden. Toleranz auf religiösem Gebiete müsse zum herrschenden Prinzip gemacht werden.

Es ist ja begreiflich, daß die Herren Nationalliberalen sich während der Reichstagswahlkampagne gerne für die Vertreter des geistigen Fortschritts und der religiösen Toleranz aufzuspielen suchen. Leider läßt sich dadurch die Tarnschicht nicht hinwegschmelzen, daß gerade die Herren Nationalliberalen seinerzeit den Ausschlag für die Konfessionalisierung des Schulwesens, für die Unterdrückung der Simultanschulen gegeben haben. Wir erinnern nur daran, daß der am 13. Mai 1904 vom Abgeordnetenhaus angenommene konservativ-freikonfessionell-nationalliberale Kompromißantrag folgende Grundsätze der Regierung zur Pflicht machte:

- in der Regel sollen die Schüler einer Schule derselben Konfession angehören und von Lehrern ihrer Konfession unterrichtet werden;
 - Ausnahmen sind nur aus besonderen Gründen, insbesondere aus nationalen Rücksichten... zulässig;
 - erreicht die Zahl der schulpflichtigen Kinder einer Konfession die Hälfte einer angemessenen Höhe, so hat diese Minderheit den Anspruch auf Einrichtung einer Schule ihrer Konfession.
- Die Frucht dieses Kompromißantrages war dann das Gesetz betr. die Unterhaltung der öffentlichen Volksschule vom 28. Juli 1906. Dies Schulgesetz war ein voller Sieg der Reaktion. Es legte die konfessionelle Volksschule als Regel fest, während es die Simultanschule nur als Ausnahme zuließ.

Gerade die Nationalliberalen sind es also gewesen, die durch ihr Zusammengehen mit den Konservativen und Freikonfessionellen der Reaktion die Rastrianten aus dem Feuer holten. Wenn jetzt nationalliberale Zeitungen behaupten, von nationalliberaler Seite werde die Klerikalisierung und Konfessionalisierung der Volksschule bekämpft, und auf ausichtslose nationalliberale Anträge verweisen, die die Klenden der Herren Nationalliberalen wieder gut machen sollen, so ist das nichts als durchsichtigste und verächtlichste Wahlmanoe!

Der Flottenrummel.

Die Herren Flottenoffiziere a. D. sind munter an der Arbeit, ihre Meinung zu der zweifellos bevorstehenden Flottenvorlage zu sagen. Das Interessante dabei ist, daß jeder dieser Herren eine andere Stellung einnimmt — ein Beweis dafür, was auf die Ansichten der Herren Sachmänner zu geben ist!

In der „Vossischen Ztg.“ leitet Artikel Konte Admiral z. D. Steige über „Flotten- und Friedensstrategie“. Er meint, Deutschland solle auch künftig kein Wettläufer mit England treiben. Das Wortchen „auch“ ist gut; liegt die Tatsache doch klar vor aller Welt, daß seit dem Jahre 1900 Deutschland tatsächlich in ein Wettrennen mit England eingetreten ist. Herr Steige will nun zwar kein Wettrennen, aber er verlangt, daß unsere Flotte als Defensivflotte jederzeit gegen einen etwaigen Überfall gewappnet sei. Die überlegene Weltmacht der aufgeschickerten Kampfkräfte müsse die fehlende Masse der Seestreitmacht Deutschlands ersetzen.

Der Flottenstrategie des freisinnigen Organs will also ganz offenbar auf eine vermehrte Indienststellung hinaus, die uns natürlich auch einen ganzen Posten Geld mehr kosten würde. Zudem äußert sich der freisinnige Flottenmann auch nur höchst vorsichtig über etwaige Neubauten. Er will diese Frage „nicht aufrollen“, da sie ja „völlig zur Kompetenz des Reichsmarineamts“ gehöre. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß diese Vorsicht wesentlich auch durch Wahlrücksichten diktiert ist. Kommt die Flottenvorlage, so werden sie auch die Herren Freisinnigen bewilligen!

Gegen die Flottenverleumdungen wendet sich in einem Artikel der Berliner „Deutschen Nachrichten“ der Kapitän zur See a. D. E. Persius. Er bezeichnet die Pläne des Flottenvereins als unerlos, die Ansicht, mit Panzerkreuzern den englischen Handel schädigen zu können, als absurd.

Alle Vorurteile nach steht mit der bedeutenden Umwälzung im Kriegsschiffbau, die durch den Motorschiffbau in nächster Zeit bedingt wird, eine Verästelung des Minen-, Schiffs- und Minenbootschiffbauers bevor. Also gerade bei diesem Typ ist äußerst bedachtigstes Vorgehen geboten, sonst werden Millionen fortgeworfen... Die deutsche Flotte sieht heute unbeherrschbar an zweiter Stelle unter den großen Seemächten... Auf lange Jahre hinaus sichern wir uns unser Gelehd den zweiten Platz. Warum sollen wir es abermals erweitern? Glaubt man mit einer Wahlparole derart operieren zu können? In einem ausichtslosen Wettrennen mit England sollte sich unser Volk nicht verwickeln lassen. Die Pläne des Flottenvereins sind unerlos, werden in diesem Jahre die sechs Panzerkreuzer demilitärisiert, so verlangt er im nächsten zehn neue Minenboote als Gelehd für die veraltete Kaiser- und Wirtelschiffklasse. Diese Forderung wurde bereits von einem die Interessen der Panzerplattenfabrikanten vertretenden Berliner Blatt aufgestellt.

Als Dritter meldet sich der Konte Admiral z. D. Kalau v. Dose. Seine Darlegungen wenden sich schmerzhaft gegen eine Auffassung, wie sie der Kapitän zur See a. D. Persius vertritt. Er fordert nämlich schärfstes Wettrennen. Im „roten“ Tag schreibt er:

„Das Resultat aller dieser Erfahrungen kann nur sein, daß es unsere Lebensaufgabe sein muß, unsere Kampfmittel ohne jede Rücksicht auf andere und namentlich auf England, das überall gegen uns hegt, so zu stärken, daß sie unter allen Umständen unsere friedliche Entwicklung verbürgen. Und sollte England für jedes unserer neuen Panzerboote zwei oder mehr auf Stapel legen, so soll ihm das nicht verargt sein, bis zur Grenze, die ihm seine Verrücktheit fähigkeit setzt.“

Was bei einem solchen Lohwobohu widerstreitender fachmännischer Ansichten herauskommen wird, ist unschwer voranzuzugagen: Wir werden sowohl die Flottenvermehrung erhalten, als auch die verreckte Indienststellung! Die Ausgaben werden also in doppelter Beziehung eine enorme Steigerung erfahren!

Jeder wirkliche Gegner des uralten Wettrennens darf keinem Liberalen, auch nicht dem „entschiedensten“, seine Stimme geben, sondern einzig der Sozialdemokratie, die jede Art von Mehrausgabe für den Moloch Marinismus verweigert!

Ein Dementi des Hansabundes.

Der Hansabund versendet an die liberale Presse folgende Erklärung:

„Aus der sozialdemokratischen magdeburgerischen „Volkstimme“ übernehmen die abergerarischen Blätter eine Nachricht, wonach von angeblich geheimen Plänen des Präsidenten des Hansabundes, Geheimen Justizrats Prof. Dr. Nieher gesprochen wird, die sich im Zusammenhang mit dem Hansabund auf eine neue politische Gründung nach den Wahlen beziehen sollen.“

Diese und die damit im Zusammenhang stehenden Ausführungen des sozialdemokratischen Blattes sind aus der Luft gegriffen. Demgegenüber sei festgestellt, daß der Hansabund nach seinen vom Präsidium und Direktorium am 4. Oktober 1906 einstimmig gefaßten Richtlinien eine wirtschaftliche Vereinigung ist. An diesem Grundsatze etwas zu ändern, liegt nicht der geringste Anlaß vor.

Das Dementi ist wertlos. Die Magdeburger „Volkstimme“ bemerkt dazu:

„Wie leichtfertig solche „Erklärungen“ abgegeben werden, geht aus der Tatsache hervor, daß in unserem Bericht über die Geheimnisse des Hansabundleute in Magdeburg ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß Nieher davon habe, es handle sich um eine neue wirtschaftliche Gründung, die in Kraft treten soll, sobald der Hansabund einige Mandate habe! Warum also „richtig“ stellen, was gar nicht behauptet ist.“

Warum der Reichstag nur geschlossen wurde.

darüber äußert sich die „Nordd. Allgem. Ztg.“ an der Spitze ihrer Freitagnummer dahin, daß der Grund für dieses im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Reichstages gewählte Vorgehen einfach darin liege, daß dem Präsidium Zeit zur Beglaubigung der vielen Beschlüsse des Reichstages und zur Abwicklung der sonstigen Reichstagsgeschäfte gelassen werden mußte. Der Erlaß einer kaiserlichen Verordnung über die Auflösung des Reichstages und den Zeitpunkt der Neuwahlen steht unmittelbar bevor.

Heimarbeitseisend im sächsischen Landtage.

Am Mittwoch wurde im sächsischen Landtage über die sozialdemokratische Interpellation verhandelt, die die Regierung befragt, weshalb sie die von den Gewerkschaften geplante Heimarbeitseisendabteilung auf der Internationalen Hygieneausstellung vereitelt habe. Andere Genossen im sächsischen Landtage beschränkten sich indes nicht auf diesen Punkt, sondern entrollten zugleich ein Bild vom Stand der Heimarbeit in Sachsen. Sie veranlaßten zu diesem Zwecke auf dem bedeutend erweiterten Tische des Hauses eine Heimarbeitseisendabteilung im Kleinen. Da lagen dicht nebeneinander Erzeugnisse der Spielwarenindustrie, von Näh- und Nähmaschinen, Weberei, kunstlichen Blumen und Volamenten. An jedem Stück war ein Zettel befestigt, auf dem angegeben war, wieviel eine ganze Familie die Woche über an dieser Arbeit verdienen. Auf diese Weise wurden Hungerlöhne von 9 und 10 M. für die Woche bei 15- bis 18stündiger Arbeit von Mann, Frau und Kindern festgestellt. Die Unzulänglichkeit der Behauptungen war durch mehrere Photographien veranschaulicht. Dieser Anschauungsunterricht über die Heimarbeit erregte das Interesse der Abgeordneten aller Parteien. Freilich war man auch fleißig bemüht, die Angaben über die Hungerlöhne anzuzweifeln. Begleugnen konnte man sie freilich nicht.

Die Interpellation wurde vom Genossen Riem begründet, der die Verhandlungen über die Heimarbeitseisendabteilung schilderte und dabei die einseitige Haltung der sächsischen Regierung scharf kritisierte. Der Minister des Innern Graf Wipthum v. Eckardt führte aus, die Regierung hätte die Heimarbeitseisendabteilung keineswegs vereitelt wollen, doch habe sie verstanden müssen, daß unter dem Deckmantel der Objektivität in dieser Ausstellung politische Agitation getrieben werde. Die Gewerkschaften hätten nur einseitig die Schattenseiten der Heimarbeit darstellen wollen, während die Regierung auch Verhältnisse der Lichtseiten gefordert und zu diesem Zwecke die Einsetzung einer Ausnahme-Jury vorgeschlagen habe. Diese hätte aber die Generalkommission der Gewerkschaften abgelehnt. Schließlich verstieg sich der Minister bei der Schilderung der sogenannten Lichtseiten der Heimarbeit dazu, von „Heimarbeitseisend“ zu reden.

Die es damit in Wirklichkeit ansteht, schilderte Genosse Diefel auf Grund eines umfassenden Materials. Er entwarf ein dasterees, aber wahres Bild von den Zuständen in der Hausindustrie und belegte seine Angaben mit Beispielen und statistischen Angaben. Vergeblich mühten sich, eine große Anzahl bürgerlicher Redner ab, den Eindruck dieser Glendtschilderung abzuwägen und die Angaben anzuzweifeln. Genosse Riem wies die einzelnen Angriffe noch wirkungsvoll zurück, worauf der lebhaften, oft stürmisch verlaufenen Debatte ein Schlußantrag ein Ende bereitete.

Antliche Wissenschaft.

In dem Juniheft von Dittels „Annalen für das Deutsche Reich“ veröffentlichte Professor Wittschowsky einen Aufsatz über: Die steuerliche Belastung im deutschen Volk“, der mit sogenannter voraussetzungsloser Wissenschaftlichkeit den Beweis führte, daß die Steuerlasten des Reiches (ohne Induftriezölle und Frachtkundenstempel) von den unbemittelten Volksschichten nur zu einem Drittel, zu zwei Dritteln aber von den bemittelten Volksschichten getragen würden.

Nun stellt das „Berliner Tageblatt“ eine genaue Uebereinstimmung dieser „wissenschaftlichen Untersuchung“ mit einer der vorgelegten Regierungsbroschüren fest, die sich „Berechnung über die Steuerverteilung in Deutschland“ nannte.

Es gibt wohl nur zwei Möglichkeiten: entweder ist die „wissenschaftliche Arbeit“ von der besten, zu bestimmten politischen Zwecken verfaßten amtlichen „Berechnung“ abgeschrieben, oder — Herr Wittschowsky hat auch die amtliche Berechnung gemacht, natürlich im Auftrage der Reichsregierung und gibt ihrem Inhalt dann nach das unverdächtige Gewand einer wissenschaftlichen, objektiven Untersuchung! Die Wissenschaft freilich hat längst festgestellt, daß nicht nur die indirekten, sondern durch Ueberwälzung auch die direkten Steuern und Zölle zum größten Teil von den Besitzlosen aufgebracht werden müssen.

Die persische Krise.

Teheran, 6. Dezember. Aus Schiras, Isfahan, Kerman, Fars, Arabistan, Turistan und Kurdisten sind Depeschen eingetroffen, die beweisen, daß das Volk nachdrücklich einen Widerstand gegen das russische Vorgehen fordert. Ein Telegramm aus Tabris an den Reichskanzler sagt: Wenn Teheran nicht kämpfen will, wollen wir kämpfen. Ein Telegramm aus Isfahan meldet, daß der russische Konsul den Polizeichef aufgefordert habe, vor ihm zu erscheinen. Als der Polizeichef nicht Folge leistete, habe der Konsul ihn noch zweimal aufgefordert und ihm schließlich befohlen, in voller Uniform zu erscheinen, sonst würde er Gewalt gebrauchen.

Eine neu gebildete Partei hat dem Kabinett angezeigt, daß sie den Russen selbständig Widerstand leisten werde, wenn die Regierung nicht binnen vierundzwanzig Stunden auf diplomatischem Wege ein Aufhören des russischen Vormarsches, der russischen Landungen und der Einmischungen Russlands in die inneren Angelegenheiten Persiens erreiche. Sardar Afad ist hier angekommen und hat den Vordatieren befohlen, Leben und Eigentum der Europäer unter allen Umständen zu achten.

Oesterreich.

Eine Lektion für den Thronfolger.

Wien, 7. Dezember. (Privattelegramm.) Aus der von uns schon kurz gemeldeten Interpellation unserer Genossen wegen der durch den Thronfolger geförderten Kriegstreiberereien seien noch folgende Stellen wiedergegeben:

„Zum erstenmal wurde offiziell zugestanden, daß in Oesterreich eine kleine, aber mächtige Partei besteht, die zu einer Politik rät, die geeignet wäre Spannungen, die leider zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn bestehen, zu verschärfen, den Dreibund zu sprengen und dadurch die Gefahr eines Krieges zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien herbeizuführen. Die demonstrative Art, in der Erzherzog Franz Ferdinand sein Bedauern über die Entlassung Conrad v. Hödenborfs der Doffentlichkeit mitgeteilt hat, die Erklärung, daß er sich als Soldat der Entscheidung des Kaisers füge, aber nur schweren Herzens füge, hat Doffentlich bestätigt, was schon lange vermutet wurde: daß an der Spitze der Kriegspartei der Thronfolger selbst steht. Das Eingreifen des Thronfolgers in die Doffereichische Politik war schon lange bekannt. Es ist nicht unser Amt, die Rechte des Kaisers von Oesterreich gegen seine Eingriffe und gegen die Leute, welche den Thronwechsel nicht erwarten können, zu verteidigen, aber mit allem Nachdruck müssen wir feststellen, daß die Völker Oesterreichs an einem Kaiser reichlich genug haben; von zwei Kaisern gleichzeitig herrschen zu werden, hat man kein Bedürfnis. Leider ist die große Gefahr, die von der Thronfolgerpartei ausgeht, damit noch nicht beseitigt. Muß durch die Demonstration des Thronfolgers nicht in ganz Europa Unruhe erzeugt werden? Wie betrachten die Demonstration des Thronfolgers als eine schwere Schädigung aller Nationen des Reiches. Unter diesen Umständen muß die Frage aufgeworfen werden, ob die Doffereichische Regierung den Willen und die Kraft besitzt, allen Neigungen zu einer aggressiven Politik entgegenzutreten.“

Auf die Interpellation antwortete heute der Ministerpräsident Stürgkh mit ein paar patriotischen Verlegenheitsphrasen, die nur höhnisches Gelächter hervorriefen.

Gegen Schluß der Sitzung protestierte Abg. Dr. Adler namens des Klubs der deutschen Sozialdemokratie aufs entschiedenste gegen die heutige Erklärung des Ministerpräsidenten, die eine diesem nicht zustehende Zensur des Inhaltes der sozialdemokratischen Interpellation darstelle, und sagte: Wenn der Ministerpräsident erklärt, es werde von dem parlamentarischen Brauche ab, Mitglieder des Herrscherhauses in die Debatte zu ziehen, so antworten wir ihm, daß es von der Verfassung abweicht, wenn Personen, die eine Verantwortung nicht tragen, sich in die wichtigsten Staatsgeschäfte mengen. Redner verlangte dann Aufschluß über die auswärtige Lage.

Frankreich.

Die Marokkoverhandlungen.

Paris, 7. Dezember. Wie aus Madrid gemeldet wird, herrscht dort bezüglich der französisch-spanischen Verhandlungen eine optimistische Auffassung. Die Verhandlungen würden einen raschen Fortgang nehmen. Canalejas habe erklärt, daß er die Cortes am 10. Januar einberufen wolle und daß er hoffe, der Kammer in einer ihrer ersten Sitzungen das französisch-spanische Abkommen vorlegen zu können.

Ein Renegat des Sozialismus gestorben.

Paris, 7. Dezember. Der Deputierte Gerauld Richard, Direktor des „Paris Journal“, ist gestorben.

Spanien.

Ein Kriegsgerichtsprozeß.

Madrid, 7. Dezember. Heute früh begann vor dem Kriegsgericht in Suca bei Valencia ein Prozeß gegen 22 Personen, die angeklagt sind, am 18. Juli während der revolutionären Unruhen, die dem Generalstreik folgten, den Untersuchungsrichter, zwei Gerichtsschreiber und einen Gerichtsdieners in Suca ermordet zu haben.

England.

Die auswärtige Politik im Unterhaus.

London, 7. Dezember. Unterhaus. Der Premierminister Asquith kündigte an, daß die Debatte über die auswärtige Politik am 14. d. M. wieder aufgenommen werden solle. — Wie das Reutersche Bureau erfährt, werden die persische Frage und die Zuckerkonvention die hauptsächlichsten Gegenstände der Debatte bilden.

Annahme der Versicherungsbill.

London, 6. Dezember. Unterhaus. Die dritte Lesung der Versicherungsbill wurde heute mit 224 gegen 21 Stimmen angenommen. Ein Amendement, welches das Prinzip der nationalen Versicherung billigte, aber erklärte, die Vorlage sollte in der nächsten Session noch weiter geprüft werden, war mit 320 gegen 223 Stimmen abgelehnt worden.

Rußland.

Eine stürmische Sitzung.

Petersburg, 6. Dezember. Die heutige Abend Sitzung der Reichsduma verlief stürmisch. Der sozialdemokratische Deputierte Gegejchari führte die Besprechung der Interpellation über die Ernennung Stolypins dazu aus, die Ursachen der Auflösung der zweiten Duma zu erörtern. Die Mitglieder der Rechten sämten, um die Rede zu verhindern. Der Präsident mußte schließlich die Sitzung abbrechen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung weigerte sich Gegejchari, dem der Präsident das Wort entzog, die Tribüne zu verlassen, weshalb die Sitzung abermals unterbrochen werden mußte. Bei der Wiedereröffnung konnte der Lärm fort, wofür drei Sozialdemokraten für fünf bis zu fünfzehn Sitzungen ausgeschlossen wurden. Außerdem wurde Gegejchari und ein Mitglied der Rechten von der heutigen Sitzung ausgeschlossen. Unter Lärm endete die Sitzung um Mitternacht.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Former und Gießereiarbeiter

finden sich, nachdem ihr Streik nach einer Dauer von neun Wochen beendet war, gestern in ihren Streiklokalen ein, um sich berufsgruppenweise einschreiben zu lassen behufs der Wiederaufnahme der Arbeit am Freitag, den 8. Dezember. Vorerst wird nur ein Teil der Arbeiterschaft die Arbeit aufnehmen, bis die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben wieder in alter Weise geordnet sind. Auch die Dreher, Fräser und andere Metallarbeiter, die Sympathiestreiks zugunsten der Former begonnen haben, müssen sich bereit halten, heute Freitag die Arbeit wieder aufzunehmen. Nach den Abmachungen in der Verhandlungskommission ist zu erwarten, daß bei der Wiedereinstellung aller Arbeiter in durchaus loyaler Weise verfahren wird. Zumutungen, den gelben Vereinen beizutreten oder Bedingungen ähnlicher Art dürfen nicht gestellt werden. — Die Ausgesperrten werden, der Vereinbarung gemäß, ohne Kürzung ihrer bisherigen Rechte vom Montag ab wieder eingestellt.

Eine Branche des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die Modell- und Fabrikstischler und Modell-drechsler, hatte zum Mittwochsabend eine Versammlung der Vertrauensmänner einberufen und als Tagesordnung angesetzt: „Die Aussperrung in der Metallindustrie.“ Die Vertrauensmänner hatten sich zahlreich eingefunden, um über Mittel und Wege zu beraten, auch ihrerseits zu helfen, die Maßregel der Unternehmer in der Metallindustrie wirkungslos zu machen. Zu ihrer Ueberraschung hörten sie, daß einige Stunden vorher der Streik der Former aufgehoben wurde und die Aussperrung als erledigt anzusehen ist. Für die Versammelten blieb die Tagesordnung daher nur zur allgemeinen Besprechung bestehen, mit Rücksichten auf die verfloßene Bewegung und mit Mahnungen, aus mancher gewonnenen Erfahrung gute Lehren zu ziehen.

Der Streik in der Damenkonfektion.

Wenn die Konfektionäre sich wirklich eingebildet hatten, sie könnten mit einer Versammlung arbeitswilliger Meister und ähnlichen Nachschafften einen Keil in die Bewegung treiben, so mußten sie gestern eine bittere Enttäuschung erleben. Aus der geplanten Protestversammlung gegen den Streik wurde ein gewaltiger Waffenprotest der streikenden Meister gegen die arbeitswilligen und gegen diejenigen unter ihnen, die hinter dem Rücken der Organisationen mit den Konfektionären gemeinsame Sache machen. Die Versammlung in den „Arminhallen“ kam überhaupt nicht zustande. An Besuchern fehlte es allerdings nicht; die Meister waren in so großen Massen gekommen, daß es den Einberufern und Veranstaltern der Versammlung viel zu viele waren. Das brachte auch der Schneidermeister Treuherz zum Ausdruck, als er sich bemühte, die Versammlung zu eröffnen, und er tat es in Worten, die allgemeine Erregung und Entrüstung hervorriefen und hervorrufen mußten. Er behauptete nämlich, daß ein großer Teil der Versammelten sich auf eine ganz gemeine Art von „Betrug“ Zutritt verschafft hätten, denn so viele Einladungen wären gar nicht ausgegeben worden. Da erhob sich ein gewaltiger Protest. Es wurde gerufen: Wir haben Karten, wir sind geladen! Ein kleiner Teil ergriff Partei für die Einberufer, und wenn diese Leute auch die lautesten waren, so wurde es doch bald klar, daß es nur wenige waren, die Mehrheit aber aus streikenden Meistern bestand. Da es den Einberufern nicht gelingen wollte, Ruhe zu schaffen, stieg der Vorsitzende des Verbandes der streikenden Meister, Herr Drews, auf einen Stuhl, wurde von der Mehrheit mit Hochrufen begrüßt, und es gelang ihm auch, sich soweit Gehör zu verschaffen, daß es klar wurde, daß die Versammlung der Vertreter der streikenden die Leitung übertragen wollte. Nachdem diese dann auf der Bühne Platz genommen hatten, ließ Herr Drews beim Saalinhaber anfragen, ob er nun dem Arbeitgeberverbande für das Damenschneidergewerbe den Saal für eine Stunde überlassen wollte. Darauf kam jedoch die Aufforderung des Saalinhabers, den Saal innerhalb 10 Minuten zu räumen. Herr Drews lud nun die Anwesenden ein, sich nach der „Neuen Philharmonie“ zu einer Mitgliederversammlung des Verbandes zu begeben.

Das Verhalten des Saalinhabers der „Arminhallen“ hat in den Kreisen der streikenden Meister eine gewisse Erbitterung hervorgerufen. Er soll behauptet haben, daß er sie und die Arbeiterschaft überhaupt nicht mehr brauche und dergleichen mehr. Wie uns jedoch andererseits mitgeteilt wird, soll hier ein Mißverständnis vorliegen, da der Herr, als er vom „Arbeitgeberverband“ hörte und las, nicht wußte, mit wem er es zu tun hatte. Von anderer Seite wird wieder behauptet, daß die Einberufer nicht auf den Saal verzichteten wollten, und der Inhaber sich somit rechtlich gebunden fühlte, ihn für sie freizumachen.

Die streikenden Meister zogen in großen Scharen nach der „Neuen Philharmonie“, und auf dem Wege wurden auf den vorbeifahrenden Vorführern Drews Hochrufe ausgebracht. Inzwischen fanden sich im Saale der „Arminhallen“ wiederum einige arbeitswillige Meister und Werkstätteninhaber ein. Es konnten wohl ungefähr 100 Mann sein, unter ihnen auch eine Anzahl Konfektionäre und wohl auch einige streikende oder indifferente Meister. Der Herr Kaliski, der eigentlich referieren sollte, war, offenbar in großer Verstärkung und Betrübnis über das Mißlingen der ersten Versammlung von der Bildfläche verschwunden. Statt seiner nahm nun ein anderer — soweit uns bekannt ist, war es Herr Feldmann aus Niddorf — das Wort und führte aus: Bei der Bewegung im Jahre 1896 seien die Herren Kaufleute so außerordentlich lebendwürdig gewesen, daß sie 33% Proz. Lohnhöhung bewilligten. Diesmal stehe es aber weit schlimmer, daß die Meister vom Arbeitgeberverband sich mit den Arbeitnehmern koalieren und mit ihnen gemeinsam einen Tarif aufstellen. In dem die Löhne der Meister und die ihrer Arbeitnehmer ausgeführt seien. Da könnten dann die Geimarbeiterinnen kontrollieren, was der Meister für das Stück kriegt, und das werde den Meistern großen Schaden bringen. Darum solle man einen Verband gründen, einen gelben, wie ihn ja auch die Arbeiter in der Metallindustrie hätten, aber man könne ja lieber nicht Gelbe, sondern arbeitswillige sagen. Es müsse ein eingeschriebener Verein sein, damit er auch mit den Herren Fabrikanten verhandeln könne, aber man wolle nicht in die Fußstapfen des alten Verbandes treten und seinen Tarif ausarbeiten. —

Es trat ein anderer Meister auf, der mit Herrn Feldmann nicht ganz einverstanden war und sagte, er habe schon oftmals Tag und Nacht gearbeitet, um die Muster fertigzustellen, und der Konfektionär habe dann auch gute Geschäfte abgeschlossen und viel Befehle gekriegt, aber als die Saison da war, sei ihm, der doch die Muster machte, die Arbeit entzogen worden, weil andere die Sache um 15 Groschen billiger lieferten. Dieser Zustand müsse beseitigt werden und das sei es, was die streikenden Meister vom Verband wölen. — Nachdem man so noch eine

Weile hin und hergeredet hatte, wurde das Kind aus der Taufe gehoben und erhielt den stolzen Namen „Verband der selbständigen Damenschneidermeister Groß-Berlins“. Es wurde zur Eingetragung in eine Liste aufgefordert und es fanden sich dann auch Leute, die ihr Bekenntnis zur Arbeitswilligkeit unterschriftlich festlegten. Ein nicht geringer Teil der Versammelten hatte es jedoch vorgezogen, vorher den Saal zu verlassen. —

Um die Nachschafften zu kennzeichnen, die zu dieser gelben Vereinsgründung führten, sei noch mitgeteilt, daß unter den Namen, die sich auf dem einladenden Zirkular finden, mehrere von streikenden Meistern sind, und daß man die betreffenden Personen gar nicht gefragt hat, ob sie ihre Namen zu dem Ding hergeben wollten oder nicht.

Die Mitgliederversammlung der streikenden Meister, die von den Arminhallen gekommen waren, füllte den großen Saal der „Neuen Philharmonie“ samt den Galerien bis auf den letzten Stehplatz. Der Vorsitzende sah sich diesmal veranlaßt, nicht die Konfektionäre, sondern einige Kriminalbeamte, die sich eingeschlichen hatten, wiederholt und unter Verwufung auf sein Hausrecht zum Verlassen des Saales aufzufordern, und erst dann gelang es, die ungeladenen Gäste loszuwerden. Nach den vorhergegangenen Ereignissen war die Versammlung in einer ausgezeichneten Kampfesstimmung, und Herr Drews sowie die übrigen Streikleiter der Meister wurden mit stürmischem Beifall begrüßt. Drews schilderte die Lage und die Bedeutung der so unwillkürlich zustande gekommenen Demonstration. Eine Einladung zu neuen Verhandlungen mit den Fabrikanten ist noch nicht eingegangen. Die Herren haben offenbar gehofft, hinter dem Rücken der maßgebenden Organisationen etwas erreichen zu können. Aber sie werden nun wohl einsehen, daß nicht Herr Kaliski, sondern der Verband die Meister vertritt. Der Kampf wird nun mit um so größerer Energie fortgesetzt. — Nachdem sich noch mehrere Disputationen geäußert, wobei auch ein Herr Böllering zu Wort kam, der sich als „sogenannter Streikbrecher“ vorstellte, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung der Meister der Damen- und Kinderkonfektion spricht ihr Bedauern darüber aus, daß es einzelne Kollegen, ohne von irgend jemand einen Auftrag zu haben, unternommen, über den Kopf jeder Korporation hinweg mit den Fabrikanten zu verhandeln.“

Sie erklärt sich mit den Maßnahmen des Verbandes einverstanden und erwartet, daß der Verband Deutscher Damen- und Mädchenmanteil-Fabrikanten auf Grund ihrer, der Berliner Damenmanteil-Schneiderinnung, sowie dem Verein Berliner Schneidermeister für Damenkonfektion gemachten neuen Vorschläge weiter verhandeln und einen Termin hierzu schnellstens festsetzen wird.“

Zu der Kommandantenstrafe war die Schutzmannschaft außerordentlich stark vertreten, und in einem Hofe gegenüber den „Arminhallen“ waren an die 20 Mann oder mehr verdeckt. Auch in der Köpenicker Straße, bei der „Neuen Philharmonie“, hatte die Polizeibehörde außerordentliche Maßnahmen getroffen, als schwedte Berlin in der Gefahr einer Damenschneidermeister-Revolution.

Achtung, Tapezierer! Da die Firma Rudolph Herzog nach vorausgegangenen Verhandlungen den Tarif anerkannt hat, wird hiermit die Sperre über die Firma aufgehoben. Ebenso sind die Sperren über die Firmen Domeyer und Sattel hiermit erledigt. Die Verbandsetzungen.

Deutsches Reich.

Vergewerbeerichtswahlen im Ruhrrevier.

Glänzender Sieg des Vergarbeiterverbandes.

Am 6. Dezember fanden im Ruhrrevier die Wahlen der Beisitzer zum Vergewerbeericht für den Oberbergamtsbezirk statt. Früher waren die Orte und Gemeinden des Ruhrreviers in Wahlbezirke eingeteilt. Nach der Neuerteilung sind die Wahlbezirke nach Bezirken gebildet. Diese Neuerteilung ist vorgenommen worden, ohne die Vergarbeiter oder deren Beisitzer zu zerschneiden. Man merkt es der neuen Wahlbezirkseinteilung an, daß die Grubenherren ihre regelnde Hand dabei im Spiele gehabt haben. Diese Wahlbezirkseinteilung nach Bezirken ist für die Unternehmer äußerst günstig. Zunächst wurde dadurch erreicht, daß alle Vorarbeiten, die der Vergarbeiterverband schon getroffen hatte, über den Haufen geworfen wurden. Dann, was für die Grubenherren das Wichtigste war, wurden jetzt die Wahlen auf den Jochenbureaus vorgenommen. Konnte doch dadurch ihr sattem besamter Terrorismus viel größere Wirkungen erzielen, als wenn die Wahlen in öffentlichen Lokalitäten vorgenommen werden. Aus daß nach dieser Neuerteilung die Wahlberechtigung und Wählbarkeit an die Arbeitsstelle gebunden ist, ist sehr vorteilhaft für die Unternehmer. Kann doch so in Einschüchterung der Wähler und der Kandidaten viel mehr geleistet werden, als wenn die Wählbarkeit und Wahlberechtigung an den Wohnort gebunden ist. Und in Einschüchterungen und Terrorismus ist Großes geleistet worden.

Auf der Frage „Vorbringen“ bei Votum wurde dem Kandidaten des Vergarbeiterverbandes schon am Tage vor der Wahl erklärt, er solle am 15. Dezember keine Arbeit kündigen, oder seine Kandidatur niederlegen, dann könne er bleiben. Zu Stimmzetteln wurde Papier demütigt in Stärke wie Postkartenkarton. Der Betriebsführer war Wahlvorsteher. Diese Wahl erinnert an die Reichstagswahlen in den 80er Jahren mit den Pappebestimmzetteln. — Auf der Frage „Verteiler“ bei Eisen waren die Gelben ihrer Farbe getreu geblieben und hatten zu Stimmzetteln gelbe Papiere genommen. Auf anderen Jochen wieder wurden die Stimmzettelveiler des Verbandes dem Jochenplatz gewiesen, während alle anderen auf dem Jochenplatz bleiben durften. Wo bekannt wurde, daß die Wahl auf den Jochenbureaus vorgenommen werden sollte, hat der Vergarbeiterverband sofort Beschwerde beim Oberbergamt geführt. Darauf hat das Oberbergamt geantwortet:

„Die Befürchtung einer Beeinflussung der Wähler durch die Jochenverwaltungen bei den Vergewerbeerichtswahlen erscheint nicht begründet.“

Wie gestern abend lagen nach einem dem „Vorwärts“ zugegangenen Privattelegramm von 193 Orten die Zahlen vor. Danach erhielten Stimmen: Verband 81 586, Christliche 34 080, Polen 13 125, reine Jochenkandidaten 7984, Kirche 1174. Das Kandidatenverhältnis stellt sich wie folgt: Verband 182, Christliche 32, Polen 27, Jochen 8, Kirche 0.

Das Resultat der Wahl war also für den Vergarbeiterverband ein glänzendes!

Behörden und Unternehmer im Kampfe gegen die Gewerkschaften.

Das traute Verhältnis zwischen Behörden und Unternehmern im Kampfe gegen die Arbeiterschaft offenbart sich wieder einmal in einem Rundschreiben, das die Mitglieder des Buchhändler-Gewerverbandes zu Leipzig an ihre Markthelfer abzusenden bereitgelegt hatten für den Fall, daß am Dienstagabend die Buchhändler-Gewerkschaft die Arbeit niederlegte. Das ist nun freilich nicht geschehen, aber darum bleibt das nunmehr im Schrein ruhende Rundschreiben doch ein Dokument von bleibendem Werte. Es lautet:

„Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß im Falle eines Streikes jeder arbeitswillige unter polizeilichem Schutz steht, für den hinreichend gesorgt ist. Sollten Sie auf der Straße von irgend jemandem belästigt werden, so sind Sie berechtigt, sich eine solche Belästigung un-

dingt zu verbitten. Hört die Belästigung trotzdem nicht auf, so gehen Sie ruhig bis zum nächsten Schutzmann, die zahlreich auf den Straßen verteilt stehen werden, und veranlassen diesen, denjenigen, der Sie belästigt hat, zu arrelieren. Außerdem habe ich einen besonderen juristischen Beirat engagiert, der auf meine Kosten die Interessen meiner arbeitswilligen Angestellten bei Gericht vertreten wird. Der betreffende Herr wird jeden meiner Angestellten täglich im Geschäft befragen, ob Belästigungen stattgefunden haben und den Tatbestand kurz zur weiteren Verfolgung protokolllarisch festlegen. Ich hoffe auf diese Weise allen meinen arbeitswilligen Angestellten den denkbar größten rechtlichen Schutz gegen Angriffe von Streikenden oder Streikposten verschafft zu haben.“

Ich bin ferner bereit, auf Wunsch meine arbeitswilligen verheirateten Angestellten morgens durch Droßkolen abholen und abends durch Droßkolen nach ihren Wohnungen bringen zu lassen, die unverheirateten an geeigneter Stelle einquartieren.“

Ein Streik ist zurzeit, nachdem das Schiedsgericht zugunsten der Arbeitgeber entschieden hat, ein glatter Tarifbruch. Lassen Sie sich also nicht durch den Terrorismus unvernünftiger Elemente, die an Hab und Gut nichts zu verlieren haben, zu Rechtsbruch und Treulosigkeit gegen Ihre Firma verleiten!“

Aus der Form des Rundschreibens geht klipp und klar hervor, daß die Buchhandlungsinhaber sich vorher mit der Polizei verständigt haben müssen, sonst könnten sie doch schwerlich die so unbedingte Zusage geben, daß die Schutzleute zahlreich auf den Straßen verteilt stehen würden. Von weiterem Interesse ist natürlich auch die Methode der Feststellung von angeleglichen Streikvergehen. Bei der gegenwärtigen Terrorismuswut gegen die Gewerkschaften ist es natürlich sehr nett, wenn die Unternehmer zeigen, mit welchen Mitteln sie zu arbeiten gewillt sind.

Ausland.

Englische Pinkertons.

London, 4. Dezember 1911. (Fig. Ber.)

Die Organisation der freiwilligen Polizei oder der nationalen Konstabler, wie man sie jetzt getauft hat, die bei wirtschaftlichen Kämpfen den Kapitalisten als bewaffnete Streikbrecherarmee dienen sollen, wird ernstlich weiterbetrieben. Die Regierung hat es abgelehnt, den Leuten, die sich anmaßen, bei Streiks die Polizei zu spielen, das Handwerk zu legen. In den höheren Gesellschaftskreisen bringt man dem Unternehmen viel Interesse entgegen. Damen sammeln Gelder zur Ausrüstung der Kommandos, und wer nicht geneigt ist, auf streikende Arbeiter mit dem Totschläger einzuhauen oder eine Zeitlang selbst Arbeiter zu spielen, kann sich für die geringe Summe von 44 Schilling einen Substitut kaufen. Und wer nach dem Titel „Spezialschutzpatron“ der Truppe trachtet, kann ihn erlösen, indem er 200 Pfd. Sterl. zur Ausrüstung einer Kompanie von 120 Mann hergibt.

In Arbeiterkreisen denkt man ernstlich daran, Verteidigungsmaßnahmen gegen diese gewalttätige Streikbrecherorganisation zu treffen. Die Eisenbahnerorganisation in Bradford nahm vor einigen Tagen in geheimer Sitzung eine Resolution an, in der die Organisation der freiwilligen Polizei als eine Bedrohung der bürgerlichen Freiheiten bezeichnet und die Schaffung einer Gegenorganisation befürwortet wurde. Die Resolution forderte zur Gründung einer Gewerkschaftsliga zum Schutze der Person auf, deren Zweck sein soll, auserwählte Gewerkschafter zu instruieren und auszurüsten, die den Kommandos der Kapitalisten erfolgreich entgegenzutreten können. Manche Leute in England, die sich Sozialisten nennen, lehnen das Wort Klassenkampf oder gar die Idee des Klassenkampfes ab. Die kommenden Kämpfe dürften sie von der Wirklichkeit des Klassenkampfes in recht sinnfälliger Weise überzeugen.

Letzte Nachrichten.

Erfolgreiche Streikbewegung.

Königsberg i. Pr., 7. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Streik der Tagelohnarbeiter und Chauffeurs, der Dienstag früh beschlossen wurde, ist heute abend zugunsten der Ausständigen beendet worden.

Gegen das Vorgehen Rußlands in Persien.

Paris, 7. Dezember. „Siecle“ veröffentlicht eine aus Kalkutta vom 7. Dezember datierte Depesche, in welcher der Präsident des Vereins zur Verteidigung Persiens im Namen von 50 000 in Indien wohnhaften Persern in scharfer Weise gegen das Vorgehen Rußlands in Persien Einspruch erhebt und den Bestand der Großmächte zum Schutze der Integrität und der Verfassung Persiens anruft.

Die Debatte über die Kongoprobleme beendet.

Brüssel, 7. Dezember. (B. L. B.) Die Deputiertenkammer beendet heute die Debatte über die Kongoprobleme und nahm den Antrag der Liberalen und Sozialisten an, der bestimmt, daß über den Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission verhandelt wird. Die Kammer lehnte das Tadelvotum für den Kolonialminister ab, nahm dagegen eine Tagesordnung Woeffe an, die die Anlagen gegen die Kolonialverwaltung zurückweist, aber den Wunsch nach Reformen ausspricht.

Die Botschaft über die auswärtigen Beziehungen.

Washington, 7. Dezember. Die Botschaft des Präsidenten Taft an den Kongress, welche die auswärtigen Beziehungen behandelt, gibt zunächst einen historischen Rückblick über das vergangene Jahr und macht sodann wichtige Vorschläge für die Ausdehnung der kommerziellen Interessen der Vereinigten Staaten. Nachdem er die fortschreitende Entwicklung des Prinzips internationaler Schiedsgerichte berührt hat, weist Taft auf den bisher unerreichten hohen Stand der amerikanischen Ausfuhr im vergangenen Jahre hin. Der gesamte auswärtige diplomatische Dienst werde unter besonderer Rücksicht auf die Anforderungen der Handelsinteressen des Landes organisiert. Taft weist sodann auf die dringende Notwendigkeit eines biegsamen Zolltarifs hin, um die Vereinigten Staaten in den Stand zu setzen, eine Politik des Lebens und Nehmens zum Vorteile ihres Handels zu verfolgen. Der Doppeltarif von 1909 sei von Vorteil gewesen. Es sei wünschenswert, daß der Minimaltarif eine Freiliste einschlicke, damit er eine angemessene Bedeutung für die Länder habe, die nur Artikel der Freiliste importierten. Taft schlägt ferner besondere Maßnahmen zur Förderung der Geschäftsentwicklung der amerikanischen Banken im Auslande und zur Entwicklung der amerikanischen Handelsflotte vor.

Taft teilt ferner mit, daß in Petersburg Vorparaden begonnen hätten bezüglich der Bohrtage. Es seien Verhandlungen im Gange, um eine klarere Auslegung des Vertrages von 1892 zu erzielen. Ich glaube, fügt der Präsident hinzu, das Ausland sich ernstlich mit dem Vertrag beschäftigt und daß ein günstiger Fortschritt erzielt worden ist, um die Fortsetzung der Konferenzen zu gewährleisten, in der Hoffnung, daß diese jede Berechtigung einer Beschwerde über Vertragsverletzungen aus dem Wege räumen werden.

Ein Edikt über das Kopfschneiden in China.

Peking, 7. Dezember. (B. L. B.) Heute ist ein Edikt erlassen worden, durch das das Abschneiden der Köpfe gestattet wird. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterstufungsbl.

Stadtverordneten-Versammlung.

38. Sitzung vom Donnerstag, den 7. Dezember 1911, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Mischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und veranlaßt zunächst die Einführung der beiden für die verstorbenen Stadtd. Worggraff und Lemp neugewählten Mitglieder Tischler und Bürgerdeputierter Woldersky (Soz.) und Justizrat Kahne (N. L.), die darauf auf die Städteordnung verpflichtet werden.

Zur Kenntnis der Versammlung bringt der Vorsitzende dann eine Eingabe der Grundbesitzer an der Ködikerstraße, welche gegen die Charakterisierung, die der Stadtd. Jucht ihrer Petition bezüglich der Errichtung des Jugendhauses in voriger Sitzung hat zuteil werden lassen, Protest erheben und einen nachträglichen Ordnungsruf verlangen. Der Vorsitzende beschränkt sich auf die Feststellung, daß jedem Stadtverordneten die freie Meinungsäußerung verbürgt ist.

Mit dem Verkauf, Kauf und Austausch von städtischen Ländereien in den Gemarkungen Buch und Blankenburg zum Zwecke der Herstellung besonderer Vorortgleise der Berlin-Stettiner Bahn hat sich der eingesezte Ausschuss unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß in der Gemarkung Buch das Mittelwegerecht für die Stadtgemeinde Berlin und ihre Rechtsnachfolger auf den von der Eisenbahnverwaltung neben dem 2 Meter breiten Zugangsweg anzuliegenden Weg dauernd gesichert wird.

Ohne Debatte tritt die Versammlung diesem Vorschläge bei. Den Erwerb des Grundstücks Nordstraße 10/11 für 1 650 000 Mark hat der eingesezte Ausschuss einstimmig zur Genehmigung empfohlen. Das Grundstück soll freigelegt werden, damit im Zuge der Bauarbeiten noch der Nordstraße eine Parallellstraße mit der Welle-Allianzstraße zur Entlastung der letzteren geschaffen werden kann. Die Anlegung der neuen Straße soll erfolgen, sobald die Dragonerkaserne frei wird.

Auch hier stimmt die Versammlung ohne Diskussion zu. Zum Bau eines

Verpflegungshauses (Hospitals) für solche Obdachlose, welche infolge körperlicher Schwäche oder leichter Erkrankung — an Rheumatismus, Unterernährung usw. — nicht einer Krankenhaushilfe, sondern nur einer zeitweiligen Fürsorge bedürfen, werden 235 000 M. gefordert. Die Anstalt soll die städtischen Krankenhäuser entlasten. Der Bau soll auf dem zum Vaublod des städtischen Obdachlosen gehörigen, noch unbebauten Grundstück Ede Dierstr. 2 und Stargarder Straße errichtet werden.

Von den Stadtd. Stapp (N. L.), Dr. Isaac (N. L.) und Dr. Lazarus (Fr. Fr.) wird Ausführberatung beantragt.

Stadtdr. Jacoby legt für die Ausführberatung alle noch etwa erforderlichen Auskünfte zu. In den Jahren 1909/10 hätten 1150, 1910/11 1197 Leichterkranke den Krankenhäusern überwiesen werden müssen.

Stadtd. Jucht (Soz.): Wir hätten es lieber gesehen, wenn die Vorlage ohne Ausführberatung zur Annahme gekommen wäre. Schon seit Jahren schwebt die Angelegenheit. Im vorigen Jahre wurde uns ein Projekt mit 80 Betten vorgelegt; in der Deputationsberatung wurde gefordert, es für 120 Betten einzurichten. Jetzt endlich kommt eine Vorlage an die Versammlung; vorläufig bietet sie zur Unterbringung der Verzeffenden genügend Platz. Eigentümlich ist es doch, daß in der vorigen Sitzung die Herren des „Jugendhaus“ mit ganzen 40 Plätzen für völlig ausreichend erklärten, während heute dieselben Herren Ausführberatung wünschen, weil ihnen die 90 Plätze hier noch nicht auszureichen scheinen. Ich bitte jedenfalls um tunlichste Beschleunigung.

Die Vorlage wird einem Ausschuss überwiesen.

Den gänzlich veralteten, 1826 ins Leben gerufenen

„Gesunde-Belohnungs- und Unterstützungsfonds“

hat der Magistrat angelehnt des starken Rückganges der Einnahmen (aus der 5-Silbergrubenabgabe der Dienstboten bei Dienstantritt oder Stellenwechsel) endlich zu reformieren sich entschlossen.

Die Anstalt soll als selbständige juristische Person erhalten bleiben, die Zweckbestimmung auf weibliche Dienstboten beschränkt, die Beitragspflicht und die Vorschriften über die Einnahmeverteilung aufgegeben, die Aufnahme in das „Hospital“ — auch der Name soll eine Änderung erfahren — erleichtert werden. Die Anstalt wird dann in Zukunft eine reine Wohltätigkeitsanstalt darstellen. Zur Gewährung des zurzeit erforderlichen jährlichen Zuschusses von 19 000 M. soll ein Kapitalbetrag von 500 000 M. aus

Infantimentitel angeboren oder er konstatierbar sei. Ganz besonders erbaulich aber ist die Tatsache, daß der Minister, der als Handlanger dient, der famose Herr Canaleja ist, dem die liberale Presse aller Länder als die fleischgewordene Gedankenfreiheit verhimmelt hat.

Das Theater als Zeitung. Im Wettstreit um Sensationen ist die Direktion des Pariser Athene-Theaters auf die Idee gekommen, die neuesten Begebenheiten in einer Art dramatisch-zerlegter Zeitung auf dem Theater vorzuführen. Die Szene stellt einen Redaktionsaal dar. Der Redaktionssekretär sitzt an einem Tisch, eine Maskenschreiberin tippt. Hinter einem großen amerikanischen Schreibtisch sieht man einen Redakteur hocken. Der Schreibtisch aber ist in Wirklichkeit ein Klavier, der Redakteur der musikalische Begleiter der verschiedenen Redaktionsredakteure, die nach einander eintreten und die Aktualitäten in Chansonform zum Besten geben. Dazwischen gibt es allerlei Alts, die dem Ganzen etwas dramatische Bewegung verleihen sollen. Das Programm dieser gespielten Zeitung wird jede Woche erneuert werden, so daß diese schließlich doch nur ein Wochenblatt ist, was den Herren Autoren erlaubt, ihren Wit, soweit sie einen solchen haben, nicht allzu sehr abgeben zu müssen und so ist die ganze Geschichte einfach eine Kombination des auf den Pariser Theatern seit langem beliebten und eigentlich recht erschöpfenden „Actuon“-Genres mit der Aktualitätsfokussierung des Klaviers. Natürlich muß sich die „geheilte Zeitung“ auf Rücksicht auf das Publikum an die liebliche Gattung der „unparteiischen“ Journale anschließen. Aber am Ende wird auch die scheinliche Widerspiegelung des bürgerlichen Zeitungsbetriebes zu einem lohnenden Geschäft werden, wenn die Meister ihres Stils neben der ewigen Rede das weisse Geschweigen zur Geltung bringen.

Im Reiche der Lepra. Etwa sechs Kilometer von Taschent kommt man an eine hohe Mauer, über deren Eingangstor die Inschrift steht: Kirchan Machan — d. h. das Dorf der Ausschägigen. Die Menschen, die hier leben, sind ausgeschieden aus der übrigen Welt: acht Hektar sind hier die Welt für die Unglücklichen, die dem Leide geweiht sind, acht Hektar eines blühenden, duftigen, schattigen Gartens. Bis zur Erde drängen sich die Äste der Obstbäume unter der Last schnellerer Früchte. Überall wachsen die prächtigsten Blumen; die Terrasse vor dem Hause ist von blütenbedeckten Rosenheden umgeben. Und umringt von allem Glanz einer verschwenderischen Natur leben hier die Ausschägigen. Da bereiten einige Männer das Mittagessen, die Frauen nähen; dort spielen drei Kinder, zwei von ihnen sind Kinder von Ausschägigen, das dritte gehört dem Wächter, einem gesunden Menschen. Noch sind die jugendlichen Körper verschont geblieben, aber sie tragen den Keim der Krankheit in sich und müssen ihr früher oder später zum Opfer fallen. In einem Wassergraben sitzen zwei Kranke — Bilder des gräßlichen Elends. Das Gesicht des einen ist mit Krusten und Schorf bedeckt, das eine Auge ist beinahe vollständig ausgehöhlet, die Nase ist eingefallen, die Oberlippe weggestreift, die Sprache nur noch ein heiseres Flüstern. Noch schrecklicher sieht der andere aus — die Feder sträubt sich, ihn zu schildern. Auf einem Bett

dem Reservofonds der Sparkasse zunächst auf 30 Jahre als unveränderliches Darlehen der Anstalt zugeführt werden.

Stadtd. Ladewig (N. L.) begrüßt die Vorlage mit Genugtuung. Auch

Stadtd. Galland (N. L.) freut sich, daß dieses patriarchalische Institut den dringendsten Anforderungen der Jetztzeit entsprechend umgestaltet werden soll.

Stadtd. Kahlenszer (Soz.): Auch wir sind erfreut, daß diese Einrichtung endlich ein etwas modernes Aussehen erhalten soll. Wir haben uns ja schon vor mehr als 10 Jahren für diese Reform eingesetzt und sehen jetzt endlich unsere Auffassung zum Durchbruch gelangen.

Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen. Von den Stadtd. Rammann, Cassel und Rosenow ist mit Unterstützung der bürgerlichen Fraktionen der Antrag gestellt, dem Magistrat zu erlauben, zu Ehren des Andenkens des Dichters Heinrich v. Kleist dem Park am Alten Botanischen Garten den Namen „Heinrich-v.-Kleist-Park“ beizulegen.

Stadtd. Galland: Wir können von dem Antrage nur sagen: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt!“ und hoffen, daß der Magistrat nun auch zustimmen wird.

Der Antrag wird angenommen. Im Anschluß an den Beschluß der Versammlung vom 8. November, wodurch der Magistrat um die Gewährung einer

angemessenen Teuerungszulage

für diejenigen städtischen Angestellten und Arbeiter ersucht wurde, die ohne Gefährdung ihres Unterhalts für sich und ihre Familie nicht auskommen können, will der Magistrat nunmehr eine solche Zulage, und zwar in Form einer einmaligen Beihilfe gewähren. Diese soll 40 M. betragen und allen städtischen Angestellten und Arbeitern zuzukommen, die verheiratet sind und nicht über 2000 M. jährliches Dienstfeinkommen haben, auch mindestens drei Monate im städtischen Dienst stehen. Erforderlich sind bei circa 12 500 Empfängern 500 000 M. Ein Rechtsanspruch auf die Beihilfe soll nicht gegeben sein. Die Beihilfen sollen tunlichst noch vor Weihnachten angewiesen werden.

Vom Stadtd. Dr. Nathan (Fr. Fr.) ist beantragt, auch verwitwete Personen mit einem oder mehreren Kindern einzubeziehen.

Stadtd. Dr. Wehl (Soz.): Die Vorlage ist pünktlich eingelaufen. Binnen 4 Wochen sollte der Magistrat eine Vorlage machen, so haben wir am 9. 11. beschlossen; und heute, mit einer Pünktlichkeit, die wir sonst beim Magistrat nicht gewohnt sind (Unruhe), wird sie uns zur Beschlussfassung vorgelegt. Offenheit wird der Magistrat in Zukunft bei ähnlichen Vorlagen ein bißchen Automobiltempo einschlagen. Der Magistrat will die Beihilfe auf 40 M. bemessen. Sie können es uns nicht übel nehmen, wenn wir diese Summe in Vergleich stellen zu den 60 M., die 1906 in ähnlicher Situation von den städtischen Behörden gegeben wurden. Damals war die Teuerung nicht entfernt so schwer wie heute, und der Wert des Geldes ist seitdem weiter gesunken. Aber abgesehen davon muß eine Reihe anderer Fragen aufgeworfen werden. Aus dem Wortlaut der Vorlage ist nicht klar zu ersehen, ob auch solche Personen darunter fallen, die verheiratet gewesen sind, also Geschiedene und Verwitwete, die Kinder zu versorgen haben. Wie soll es ferner mit den Wademeistern gehalten werden, die im Sommer tätig sind, am 1. Oktober entlassen werden und vielleicht erst am 15. Oktober als Schulheizer oder dergl. angestellt werden? Hier sollte das Datum von 14 Tagen bei der Entscheidung über das Dreimonatsminimum nicht in Betracht kommen. Auch das Hilfspersonal in Krankenhäusern fällt vielleicht nicht ohne weiteres unter die „Beamten und Bediensteten“; und soll ferner das Kalender- oder das Staatsjahr zugrunde gelegt werden? Es sollte hier überall weitherzig bei der Auslegung verfahren werden.

Eine besonders „warme“ Lanze möchte ich für diejenigen unverheirateten Arbeiter einlegen, die für Vater, Mutter, ältere oder jüngere Geschwister zu sorgen haben. Häufig ist gerade für diese Armen eine solche Verpflichtung, die sie edelmütig auf sich nehmen, der Grund, daß sie sich nicht verheiraten; man würde gegen sie eine Härte begehen, wenn man sie ausschloß. Alle diejenigen, die einen eigenen Haushalt haben, die für Angehörige zu sorgen haben, sollten die Teuerungszulage erhalten. Schwierigkeiten sind ja gewiß vorhanden, diese Art Ledige ausfindig zu machen; aber wenn die Verzeffenden mit Vorlegung ihrer Beweismittel sich melden — der „Verband der städtischen Angestellten und Arbeiter“ würde dem Magistrat gern dabei zur

Seite stehen — ließe sich diese Schwierigkeit doch leicht überwinden. Bei den Teuerungszulagen kann es aber nicht sein. Wir haben in der Teuerungszulage einen Anstoß, so drängt sich um so mehr die

Notwendigkeit einer Lohnerhöhung

auf. Wir bringen keine Anträge ein, um die Erledigung der Vorlage nicht aufzuhalten, empfehlen aber unsere Anregungen dem Wohlwollen des Magistrats.

Stadtdr. Lebermann: Namens des Magistrats erkläre ich, daß auch Verwitwete mit Kindern unter die Vorlage fallen sollen. Was diejenigen Ledigen betrifft, die einen besonderen Haushalt oder besondere Pflichten gegen Angehörige haben, so muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es unmöglich ist, in einer Stadt wie Berlin solches durchzuführen, wenn die Sache schnell gemacht werden soll; auch ist es allzuleicht möglich, daß solche Verpflichtungen auch zu Unrecht geltend gemacht werden. Es sind zurzeit bei den

Lehrern Haushände künstlich konstruiert

worden, um das höhere Wohnungsgeld zu bekommen. Die zahlreichen Einzelfälle, die angeführt worden sind, werden Sie in einer Ausführungsanweisung, die bereits ausgearbeitet ist, befriedigend berücksichtigt finden.

Stadtd. Dr. Nathan zieht nach der Erklärung des Stadtrats seinen Antrag zurück.

Stadtd. Einvaldt (N. L.) stimmt den Magistratsvorschlägen zu und plädiert für sofortige Annahme.

Stadtd. Dr. Wehl: Die Bedenken des Stadtrats dagegen, auch die Ledigen in der angegebenen Beschränkung zu unterstützen, kann ich nicht teilen. Daß früher solche Unterstützungsfälle fingiert worden sind, gebe ich zu; bei einer so großen Zahl städtischer Angestellter kann es auch Betrüger geben. Aber deswegen soll man doch nicht die anständigen und ehrlichen Elemente leiden lassen. Der „Verband der städtischen Arbeiter“ hat durch seine Vertrauensmänner Einblick in die Verhältnisse und kann dafür bürgen, daß hier

Betrug und Schwindel ausgeschlossen sind.

Will der Magistrat loyal und weitherzig verfahren, dann muß er auch den Ledigen, die nachweisen, daß sie Angehörige zu unterstützen haben, die Beihilfe gewähren.

Stadtd. Rosenow: Nach den Darlegungen vom Magistratsrat haben wir jetzt keinen Anlaß mehr, besondere Wünsche zu unterstützen.

Der Magistratsvorschlag gelangt einstimmig zur Annahme. Damit ist auch die Petition der in den Ruhestand getretenen städtischen Beamten erledigt.

Nach einer weiteren Magistratsvorlage sollen nachträglich 14 530 M. bewilligt werden, die der Transport- und die innere Einrichtung von

2 Nördlichen Baracken

eröffnet hat. Diese beiden Baracken hat der Magistrat angelehnt der Annahme der Scharlach- und Diphtherie-Epidemie vom Zentralkomitee des Preussischen Landesvereins vom „Roten Kreuz“ geliehen und sofort beim Rudolf-Birchow-Krankenhause aufstellen lassen.

Stadtd. Dr. Wehl: Wegen der Errichtung der beiden Baracken ist natürlich nichts einzuwenden. Wie sieht es denn aber mit der endlichen Errichtung des so notwendigen

zweiten Kinderkrankenhauses?

Nach den Angaben unserer Zentralmeldestelle sind im Quartal April-Juni 1911 wegen Blahmangels in den Krankenhäusern an Kindern abgemeldet worden 205; im Quartal Juli-September allein von der Zentralmeldestelle 532! Diese Zahl macht doch unser Herz zusammenkrampfen. Nun herrscht zurzeit eine starke Diphtherie- und Scharlachepidemie. Die Schuldeputation hat dankenswerterweise ein Merkblatt herausgegeben, worin mögliche Absonderung der erkrankten Kinder dringend angeraten wird. Diese Absonderung ist selbst in geräumigen Wohnungen nur sehr schwer durchführbar, geschweige denn in den Köchern, den sogenannten Wohnungen, in denen viele Arbeiter mit ihrer Familie hausen müssen. Da bleibt doch oft nichts übrig, als die Ueberführung in ein Krankenhaus. Diphtherie und Scharlach wüden auch vor den Häusern der Wohlhabenden nicht halt. Wo sollen nun die Kinder Aufnahme finden, wenn ihnen die Krankenhäuser verperrt sind? Denn diese beiden Baracken können doch nur Wenigen Unterschlupf geben.

Die Krankenhausdeputation hat schon im Mai bei den Kran-

unter einem Pflanzentuch liegt der älteste Kranke; beinahe dreißig Jahre steht er dahin, ein lebendiges Skelett.

Die Frauen leben in einer besonderen Abteilung. Die jüngste ist etwa fünfzehn, die älteste vierzig Jahre. Die meisten haben sich hier mit Ausschägigen verheiratet; zwei gebaren Kinder, die anderen blieben kinderlos. Wer von den Männern arbeitsfähig ist, beschäftigt sich mit Gartenbau; was dadurch erzielt wird, dient natürlich nur zum Gebrauch der Kranken. Die Ausschägigen, eine Kolonie von etwa fünfzig Personen, leben von Wohlthatigkeitspenden. Täglich wird aus der Stadt Fleisch herbeigeschafft, ein halbes Pfund für jeden. In demselben Hause mit den Kranken zusammen wohnt in einem besonderen Zimmer der Polizist, ein Sarte. Er verkehrt ganz unbefragt mit den Kranken und ist sogar mit ihnen gemeinschaftlich. Auf die Frage, ob er die Anstaltung nicht fürchte, antwortete er: „Wenn Gott nicht will, so wirst Du nicht krank.“ Sein Vorgänger lebte ununterbrochen zwölf Jahre lang unter den Ausschägigen und kam gesund von dort zurück. Täglich besucht ein Heilwächter die Kolonie, die unter Oberaufsicht des Stadtdr. steht. Noch vor fünfzehn Jahren durften die Ausschägigen betteln, nicht in der Stadt, aber auf der Landstraße. Der Kranke zog dort um sich einen Kreis, den er nicht überschritt. In diese Kolonie kommen nur Kranke, deren Leiden schon weit vorgeschritten ist. In dem Ambulatorium des Taschentener Hospitals werden die leichteren Kranken behandelt, die jahrelang unbehindert leben; man muß daher erstaunt sein, daß die Seuche nicht einen viel größeren Umfang annimmt.

Notizen.

— Herr Wode glaubt nicht mehr an seine Flora. So behauptet wenigstens ein „börnehmer Russe“, der mit Herrn Grotor in Paris in Differenzen geraten ist. Dieser ... Grotor hat in der Florosaffäre eine höchst merkwürdige Rolle gespielt und auch in unserer Redaktion damals eine Vorstellung gegeben. Nach diesem russischen Schwärzmann hat er Herrn Wode die Flora angedrückt (wofür ja der Umstand sprechen würde, daß er 80 000 M. Schmutz dabei gemacht haben soll). Willig ist diese internationale Größe, die früher mit „echten“ Rembrandts handelte, jedenfalls nicht; sie verlangt 200 000 M. Schadenersatz wegen Verletzung ihrer Ehre.

— Der billige Wagner. Lohengrin und Tristan, die beiden Werke Richard Wagners, die mit Tannhäuser die am weitesten ins Volk gedungenen Werke des Meisters sind, werden jedoch von den Originalbesitzern zu erheblichen verbilligten Preisen angekauft. Der Klavierauszug zu 3 Händen, dem der vollständige Text untergelegt ist, kostet jetzt 2 M., der Klavierauszug mit Text kostet 3 M., die vollständige Orchesterpartitur in Taschenformat kostet 12 M.

— Leibs Atelier, das er lange Jahre mit seinem Freund Eperl in Kutterling bei Albing (Oberbairern) bewohnte, wird als Ergänzung der von der Stadt München angekauften Sammlung von Bildern Leibs in die Heimat des Meisters übergeführt werden. — Leibl hat bekanntlich von der Heimat, die ihn zu Zeiten schlecht genug behandelte, nichts wissen wollen.

Kleines feuilleton.

„Tante Eulalia.“ Das ist nicht etwa der Titel eines hinterlassenen Werkes von Wilhelm Busch, sondern Eulalia lebt wirklich und ist sogar die Tante eines leidhaftigen Königs. Don Alfonso von Spanien ist ihr Neffe. Dinge es nach Busch, wäre die Tante die strenge Hüterin altmodischer Sitte und der Neffe ein ungezogener, zu respektlosen Streichen aufgelegter Schlingel. In der Wirklichkeit ist die Sache umgekehrt. Eulalia trägt kein so heiligen Dämonenpöbel und der Neffe droht mit dem Vater. Eulalias Verbrechen ist nun nicht gar so schlimm. Wir wissen nicht, ob diese Infantin von Spanien einem Marquis von Vio begegnet ist, aber in ihrem Buch „Au fil de la Vie“ (Im Lauf des Lebens), das sie in einem Pariser herausgegeben hat, legt sie für eine Person, die dem weltlichen und partimgeschwängerten Willen der spanischen Dynastie entsammt, einen bemerkenswerten, schrittweisen Liberalismus an den Tag. Sicher sind darin keine wertvollen neuen Gedanken, aber immerhin ist es schon löblich, daß die Dame erste Letztüre treibt und über ihr Verhältnis zur modernen Welt nachdenkt. Gefreulich auch, daß sie nicht, wie andere ihrer Standesgenossinnen, ihre Emanzipation durch Annehmen ihrer Sepualaffären und sonstigen skandalösen demonstrieren will. Ein Kapitel des Buches behandelt auch den Sozialismus, von dem sie freilich keinen klaren Begriff hat. Vor allem mit dem Klassenkampf weiß sie nichts anzufangen. Aber schließlich ist es schon ganz respektabel, wenn eine Prinzessin sozialer Idealismus erworben hat, um zu schreiben: „Es möchte so weit kommen, daß niemand genug reich wäre, um jemand zu kaufen und zu knechten, und niemand zu arm, daß er gezwungen wäre, sich zu verkaufen.“ Dazwischen findet man wiederum erdumme Stellen.

Aber alle diese Reyerereien wären vielleicht noch nicht so schlimm gewesen, hätte die Verfasserin nicht auch an dem Gebäude der „Christlichen Familie“ gerüttelt, bei dem die bigotte Königin-Mutter streng die Wacht hält. Eulalia spricht sich nämlich, von persönlichen Erfahrungen belehrt, entschieden für die Ehescheidung und für das Recht der Wiederverheiratung aus. Auch diese Dinge sind nun schon seit langem und oft besser gesagt worden, aber in der Tat noch von keiner Infantin von Spanien. Darum schloß sie der junge Mensch, der vorläufig noch König von Spanien ist, berufen, diese Schmach von seinem erlauchten Hause abzuwehren, setzte sich als „Familienoberhaupt“ in Possitz und sprach der Infantin telegraphisch den „Wunsch“ aus, daß die Publikation des Buches verbotenen werde, bis er seine Autorisation gegeben habe. Worauf die Infantin ganz vernünftig erwiderte, daß sie erstaunt sei, daß der König über ein Buch urteilen wolle, das er nicht kenne, und daß sie im übrigen angelehnt dieser Zustimmung den Verzicht mit ihm abbede.

Das Komische ist nun, daß sich dieser Familienanzug zu einer Staatsaffäre ausgewachsen hat, die die Diplomaten in Atem hält und den Ministerialrat in Wadert beschäftigt. Es gibt auch viele Leute, die aufgeregt diskutieren, ob der schreiblustigen Prinzessin der

fenhäntern wegen der Kinderabwickelungen angefragt, und sämtliche Vorstände haben die dringende Notwendigkeit eines zweiten Kinderkrankenhauses scharf betont. Die Deputation hat darauf vor wenigen Wochen nochmals ihrerseits dem Magistrat die schleunigste Errichtung eines solchen, und zwar möglichst im Osten, als in einer kinderreichen Gegend empfohlen. Schon in der Anleihe von 1904 standen 1 1/2 Millionen für die Errichtung eines zweiten Kinderkrankenhauses; das Geld ist aber für andere Zwecke in Anspruch genommen worden, und in der neuen Anleihe steht nichts davon.

Stadtrat Selberg: Der Beschluß von 1904 war ein Akt der Fürsorge für die Zukunft. Die Summe ist aber zum Ausbau des Radialsystems XI verwendet worden. Seitdem hat die Stadt in mancher Beziehung für die Kinder Fürsorge getroffen: die Kinderstation zu Hummelburg, die der Wasserverwaltung, und die uns die ganze Welt beneidet, in der Kürassierstraße; das Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Krankenhaus ist ausgebaut und hat 87 Betten mehr als vorher; ebenso sind Kinder in großer Anzahl im Stedon-Krankenhaus untergebracht. In Charlottenburg sind Krankenhäuser entstanden, die Kinder aufnehmen. Das Kinderkrankenhaus, das 300 Betten enthalten sollte, ist notwendig aber für einen großen Teil davon ist inzwischen doch Platz geschaffen worden. Die Abweisungszahlen geben kein klares Bild, weil darunter auch die sind, welche heute abgewiesen sind, aber morgen aufgenommen werden. Der Magistrat sieht auf demselben Standpunkt wie die Deputation. Ich werde mich bemühen, die Sache in die Wege zu leiten.

Stadt. Sachs (A. L.): Es wäre besser, wenn die Kinder auf die bestehenden Krankenhäuser verteilt werden, damit man nicht ein Kind, das im Westen erkrankt, nach dem Osten schleppen muß; das muß gehen. Die Zahlen des Dr. Wehl ängstigen mich nicht. Das Krankenhaus für Säuglinge ist etwas anderes; diese Anregung ist erster Bedeutung wert.

Stadt. Dr. Wehl: Nachdem der Vorträger hier öffentlich erklärt hat, er sei durch meine Zahlen nicht beängstigt, bedauere ich hervorheben zu müssen, daß er die Sache mehr vom Standpunkt einer gesättigten Existenz ansieht. (Unruhe.) Auch der Magistrat hält ein Kinderkrankenhaus für notwendig, und nur Herr Sachs allein hat in der Deputation dagegen votiert. Die Auffteilung von noch mehr Kinderbetten in den Krankenhäusern ist nach den Erklärungen sämtlicher Direktoren untunlich. Keine Zahlen stammen von der Amtsstelle und dürfen sich doch auf eine genaue Personalaufnahme gründen. Den chronischen Rotlauf, das schwerkranken Kinder auch in epidemiefreien Zeiten abgewiesen werden, habe ich nochmals betonen müssen und wollen, und in dieser Beziehung bin ich mit der Erklärung des Magistratskommissars zufrieden.

Die Vorlage wird genehmigt.
Schluß der öffentlichen Sitzung 7 Uhr.

Aus der Partei.

Gemeindevahlfrage in Bayern.

In Kempten im Allgäu eroberten unsere Genossen bei der Gemeindevahl zwei Mandate. Die Stimmenzahl der Sozialdemokraten stieg von 900 auf 9020. — Die Gemeindevahl in Kaufbeuren brachte unseren Genossen einen Sieg im Rathaus, in dem die Sozialdemokratie bisher nicht vertreten war.

Die zweite Wahlliste in Stuttgart.

Von der bürgerlichen Presse war berichtet worden, daß zur Gemeindevahl in Stuttgart von sozialdemokratischer Seite zwei Listen aufgestellt worden seien. Der offiziellen Partei-Liste hätten die Revisionisten eine Liste gegenübergestellt, auf der sich ein Teil anderer Namen befänden. Wir stellen schon fest, daß die auf der zweiten Liste genannten Genossen, die sich auf der offiziellen Partei-Liste nicht befinden, erklären, daß ihnen von der ganzen Sache gar nichts bekannt sei. Man kommt Licht in das Dunkel. Die Parteileitung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart hat festgestellt, daß der im „Schwäbischen Merkur“ veröffentlichte zweite „Sozialdemokratische Wahlvorschlag“ vom Buchdrucker Joh. Jos. Häfeler und zwei jüngeren Kollegen in einer dortigen Druckerei ohne Wissen der auf dem Vorschlag genannten Genossen zusammengestellt worden ist, angeblich, um Bestecher und Korruptoren sowie den „Schwäbischen Merkur“ zu blipieren. Das Begleitschreiben an die „Württembergische Volkszeitung“ trägt eine gefälschte Unterschrift, ob auch das Begleitschreiben an den „Schwäbischen Merkur“, ist nicht festgestellt worden. Die drei Buchdrucker gehören der Parteiorganisation nicht an. Es sollen nur vier Exemplare des Wahlvorschlags hergestellt worden sein. Die Stuttgarter Parteileitung erklärt die Genossen, jeden Versuch, sie zur Abgabe eines anderen Wahlvorschlags als den von der Parteiverammlung beschlossenen zu veranlassen und dadurch die Geschlossenheit und Disziplin der Parteigenossenschaft im Wahlsampf zu lockern, energisch zurückzuweisen und der Parteileitung sofort Mitteilung von solchen parteischädigenden Quertreibereien zu machen.

Eine Warnung.

Der Sozialdemokratische Verein Frankfurt a. M. gibt bekannt:

Schon längere Zeit versucht ein gewisser J. König in Gemeindevahl- und Parteileitung Unterstützung zu erhalten. Er gibt an, daß er in Paris verunglückt sei, der Prozeß wegen Entschädigung zwar noch schwebt, aber sehr aussichtslos stehe. Er befindet sich nur momentan ohne Mittel. Durch Aufzählung seiner Verdienste um die Arbeiterbewegung versucht er, von den Genossen Geldmittel zu erhalten. König ist im Besitz eines Empfehlungsschreibens des Sekretärs der Maurerunion in Paris, Genossen Vachet, gelangen konnte. König ist in Paris als ein Individuum bekannt, welches nur auf Kosten der Organisationen lebt und dieselben ausbeutet.

König ist ungefähr 50 Jahre alt, von schlanker Statur und hat dunkelrotes Haar.

Aus der Frauenbewegung.

Die „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ nimmt ihren großen Rund monatlich ein wenig reichlich voll. Weniger dann, wenn es sich darum handelt, festzustellen, daß ihre Anhängerinnen ihr oberstes Prinzip, die Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Mann und Frau, schmählich über Bord geworfen haben, als wenn sie den Splitter im Auge des Nächsten entdeckt zu haben glauben. Dann schlägt sie denartig talpatisch ins Wasser, daß ihr die träben Augenlein überlaufen, und sie meint triumphierend, die ganze Welt sei blind geworden. So ging es ihr auch in ihrer Nummer vom 1. Dezember, die dem „Vorwärts“ ein auszuweisen — wollte.

Bekanntlich brachten die amerikanischen Zeitungen zuerst die irtümliche Mitteilung, daß das Frauenwahlrecht in Kalifornien ein Plaisir erlitten. In Form des Redaktionskommissars teilte das auch der älteste und kräftigste deutsche Vertreter des Frauenstimmrechts, der „Vorwärts“, und zwar in seiner Nummer vom 27. Oktober nach Einblick in die vorerwähnten amerikanischen Blätter. Schon 24 Stunden später konnte der „Vorwärts“ seinen Lesern und Lesertinnen gesperrt gedruckt die kalifornische Siegesbotschaft mitteilen und hätte den Sachverhalt auf.

Wenn die Redaktion der „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ nicht durch den eigenen Schlag ins Wasser total verblendet gewesen wäre,

hätte sie die Nachricht des „Vorwärts“ vom 28. Oktober schärfer übersehen können. Außerdem aber sollte doch eigentlich gerade einer Redaktion, die sich mit Wahlrechtsfragen beschäftigt, bekannt sein, wie oft bei Abstimmungen, an denen ein großer Landbezirk beteiligt ist, zunächst solche Berichte eingehen, und wie schwer und schwankend und geirrend die Feststellung des richtigen Wahlergebnisses ist. Und gerade der „Vorwärts“ war es, der damals die Aufklärung brachte, daß die erste Volkszählung dadurch zustande gekommen war, weil zunächst die Resultate der Abstimmung aus den großen Städten vorlagen, die ungünstig für das Frauenstimmrecht waren, daß dann aber die später eingehenden Nachrichten vom flachen Lande die große freundliche Ueberraschung brachten, daß die Frauenstimmrechtsfrage gestiegt habe. Das ist ein Vorwissen, das — wie gesagt — bei Abstimmungen in Wahlbezirken mit starker Landbevölkerung sich unendlich oft wiederholt. Es findet seine Erklärung in der Schwierigkeit, mit welcher in solchen Landstrichen die Uebermittlung der Abstimmungsergebnisse verbunden ist. Die Redaktion der „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“, die doch der Verbreitung des Stimmrechts in weitere Kreise dienen will, braucht anscheinend solche Dinge nicht zu wissen.

Soziales.

Misshandlung in der Coblenzer Ortskrankenkasse.

In diesen Tagen ist ein Prozeß zu Ende gegangen, der sich eines Lebensalters von 2 1/2 Jahren erstreckte und der von dem Coblenzer Werker der Coblenzer Ortskrankenkasse gegen diese geführt wurde. Der Prozeß endete in letzter Instanz zugunsten des Werkers. Die Vorgeschichte des Prozesses ist für die Art, wie die Christen in den Krankenkassen, in denen sie die Macht haben, wirtschaften, außerordentlich bezeichnend. Der Coblenzer Werker war bei der Coblenzer Ortskrankenkasse lebenslanglich angestellt. Sein Vertrag schrieb ihm ausdrücklich vor, „jegliche Wahlagitation zu unterlassen“. Nachdem Werker zur Zufriedenheit der Coblenzer Kassenmitglieder seinen Posten fast 15 Jahre versehen hatte, fand der christliche Vorstand mit der ihm eigenen Scharfsinnigkeit eines Tages heraus, daß der Werker doch Wahlagitation treibe. Man war natürlich sofort mit christlichem Eifer hinter dem Verbrecher her, machte ihm hochnotpeinlich den Prozeß und entließ ihn kurzerhand.

Werker war kein Mann, der sich die Behandlung gefallen ließ, er strengte gegen die Kasse den Prozeß an und gewann in allen Instanzen. Auch das Reichsgericht in Leipzig schloß sich den Urteilen der Vorinstanzen an, trotzdem die Herren Vorstandsmittglieder Kadernacher und Schüler die Coblenzer Kasse in Leipzig in allerhöchsteigener Person vertreten hatten. Der Prozeß kostete den Coblenzer Kassenmitgliedern zwischen 5000 und 6000 M. Zu dieser Summe kommt noch das Gehalt für Werker für die letzten 2 1/2 Jahre. Außerdem muß W. wieder eingestellt werden. Die Entlastung in den Kreisen der Versicherten ist in Coblenz um so größer, als der Vorstand den Prozeß angestrengt hat, ohne vorher die Mitglieder zu befragen. Das wird die „Schwarzen Krankenkassenpraktiker“ natürlich nicht abhalten, in Zukunft ein wachsameres Auge auf die sozialdemokratisch geleiteten Krankenkassen zu haben.

Gerichts-Zeitung.

Der Fall Herrmann.

jensei bei den Moabiter Vorgängen durch bis jetzt unbekanntem Polizeibeamten verübte grundlose Niedermeißelung eines ruhigen, an keiner Ausschreitung beteiligt gewesenen Mannes, ist immer noch nicht erledigt. Die Personen in Uniform, welche den bedauernswerten Arbeiter Herrmann niedersabelten, sind trotz angeblich eingehender Bemühungen der Staatsanwaltschaft immer noch nicht entdeckt. Weil die Mühlen der Staatsanwaltschaft in diesem Falle so unbegreiflich langsam mahlen, darum kann die Witwe des widerrechtlich Getöteten nicht zu ihrem Recht, einer Rente für sich und ihre Kinder kommen.

Bekanntlich hat Frau Herrmann, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, beim Landgericht I eine Zivilklage eingereicht, um in erster Linie den Polizeistatist, und falls die Klage gegen diesen keinen Erfolg haben sollte, die Stadt Berlin zur Zahlung einer Rente zu veranlassen. Mehrere Termine haben in dieser Angelegenheit bereits stattgefunden. Der letzte war am 5. August. Damals beschloß die Zivilkammer, das Verfahren bis zum 1. Dezember auszusetzen, in der Erwartung, bis dahin werde das Ermittlungsverfahren beendet sein, welches die Staatsanwaltschaft unter dem Druck der im Moabiter Prozeß festgestellten Tatsachen eingeleitet hatte, um den oder die unbekanntenen Mörder Herrmanns ausfindig zu machen.

Gestern fand wieder ein Termin vor der Zivilkammer statt. Wieder bekamen wir vom Nichterliche zu hören, daß die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft immer noch nicht abgeschlossen sind. Das Urteil vom Moabiter Strafprozeß genügt dem Zivilgericht nicht, um daraus festzustellen, ob es Herrmann war, der von Polizeibeamten erschlagen worden ist. In dem Strafammerurteil ist zwar vom Niederschlagen eines Mannes auf menschenleerer Straße die Rede, aber der Name des Mannes ist nicht angegeben. — Rechtsanwalt Schumacher, der im Zivilprozeß den Polizeistatist vertritt, bestreitet, daß der Getötete, von dem im Strafammerurteil die Rede ist, Herrmann gewesen sei. Auch im gestrigen Termin beantragte Rechtsanwalt Schumacher wieder die Aussetzung des Verfahrens, bis die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen gegen „Unbekannt“ abgeschlossen habe. Die Staatsanwaltschaft wolle ja das Ermittlungsverfahren möglichst beschleunigen. Der Vertreter des Fiskus berief sich auf das Zeugnis der Pastoren Dietrich und Wille von der Reformationskirche sowie einer Frau Dunkel, welche bekunden sollen, daß in den Moabiter Tagen an der fraglichen Stelle mehrere Verwundungen von Straßenpassanten vorgekommen seien, also nicht feststehe, daß der im Strafammerurteil erwähnte Niederschlagene Herrmann gewesen sein müsse.

Rechtsanwalt Rosenfeld berief sich, wie schon früher, auf das Zeugnis der auch im Moabiter Prozeß aufgetretenen Heleute Jordan. Doch könne das Gericht schon heute auf Grund der Strafammerurteile zu einem Urteil kommen. Was darin angegeben sei über einen Mann, der ohne Veranlassung in menschenleerer Straße von Polizeibeamten niedergeschlagen wurde, beziehe sich tatsächlich auf Herrmann, denn kein anderer von dem im Strafprozeß erörterten Fällen sei so verlaufen wie der Fall Herrmann. Daß es sich nur um diesen handle, werde erforderlichen Falles Landgerichtsdirektor Lieber und die übrigen Mitglieder der dritten Strafammer bezeugen. Auf den Abschluß des Ermittlungsverfahrens gegen „Unbekannt“ könne man nicht länger warten. Der Polizeipräsident habe doch sehr wenig getan, um die Täter zu ermitteln, und wenn er wolle, könne das Ermittlungsverfahren noch Jahrzehnte hingezogen werden. Ränger als ein Jahr sei es her, als Herrmann erschlagen und seine Familie des Ernährers beraubt wurde. Die Witwe befinde sich in einer Notlage, die sie auf Grund der Zivilprozeßordnung berechtige, eine Beschleunigung ihres

Nachverfahrens zu verlangen. Eine nochmalige Sinaus-schiebung dieses Prozesses würde mit einer Rechtsverweigerung gegenüber der Klägerin gleichbedeutend sein. Wenn die Staatsanwaltschaft versichere, sie wolle das Ermittlungsverfahren möglichst beschleunigen, so sei darauf nichts zu geben, denn das sei schon von Anfang an gesagt worden und doch sei noch nicht abzusehen, wann die Ermittlungen zu Ende kämen.

Damit war die Verhandlung wieder einmal beendet. Einen Beschluß hat das Gericht in der gestrigen Sitzung nicht verkündet.

Das Verfahren im Fall Herrmann beleuchtet blickhell die preussisch-deutschen Justizzustände noch greller, als das seit Jahren unerledigt gegen den Fürsten Eulenburg schwebende Meineidsverfahren. Der alte Arbeiter Herrmann geht am 27. September 1910 auf die menschenleere Straße, um seinen Sohn, der von der Schule kommen sollte, vor etwaigen Schäden zu bewahren. Er, der niemand etwas zu Leide getan, wird von zwei uniformierten Beamten mit Säbelhieben traktiert, niedergeschlagen und so malträtiert, daß er an den Folgen der polizeilichen Brutalitäten wenige Tage später im Krankenhaus verstarb. Und bis heute kann die Polizei und Staatsanwaltschaft die schuldigen Polizisten nicht ermitteln, hat sie noch nicht unter Anklage gestellt! Ja, dem Zivilgericht, vor dem die arme Witwe ihr Recht sucht, wird in dem Arm gefallen. Ihm werden, dem Gesetz widersprechend, die Akten nicht ausgehändigt. Das zeigt, wie abgrundtief entfernt von Gerechtigkeit das Verhalten von Polizei und Staatsanwaltschaft ist, wenn es sich um Rechte eines Arbeiters, seiner Witwe und Kinder handelt.

Die Reichsregierung hatte den „Panther“ nach Agadir entendet, um Leben und Eigentum von 5 Deutschen zu schützen. Wann wird sie ein Armeekorps aufbieten, um die Staatsanwaltschaft und Polizei zur Herausgabe der Akten, die preussischen Anklagebehörden zur Anklageerhebung gegen die am Tode Herrmanns Schuldigen zu zwingen und von dem Polizeipräsidenten und seinem Präsidenten das Geld einzutreiben, auf das Herrmanns Witwe und Kinder seit länger als einem Jahre Anspruch haben?

Ein ungetreuer Kassenbeamter.

Unregelmäßigkeiten bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, die zum Teil durch ungenügende Kontrolle ermöglicht worden sind, führten gestern den Rentanten Richard Weide unter der Anklage der Unterschlagung vor das Schöffengericht Berlin-Mitte. Der Angeklagte, der seit mehreren Jahren bei der genannten Ortskrankenkasse tätig ist, war früher Vorstandsmitglied und ist später Rentant geworden. Als solcher hatte er die Gelder der Mitglieder in Empfang zu nehmen, die die Selbstversicherer in dem Kassenraum der Ortskrankenkasse abzuliefern haben. Zur Kontrolle der Kasse diente früher eigentlich nur die Hebeliste, die ausschließlich nur dem Kontrollbeamten unterliegen sollte, an die aber, wie die Verhandlung ergab, auch der Angeklagte zur Entlastung des Kontrollbeamten wiederholt herankam. Einige besondere Fälle erregten nun den Verdacht, daß der Angeklagte Gelder, die er in Empfang genommen, nicht in das Kassabuch eintrug, sondern sich behielt und den Vorgang durch entsprechende Eintragungen in die Hebeliste zu verdunkeln suchte. Durch die Tätigkeit des vom Magistrat beauftragten Revisors, Magistratssekretärs Quander, und eingehende Nachprüfungen des Kassenvorstands konnten 1011 Fälle festgestellt werden, bei denen solche Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Diese Fälle liegen bis zum Jahre 1908 zurück und umfassen Summen im Gesamtbetrag von 3500 M., die der Angeklagte unterschlagen haben soll. Der Schreibsachverständige Rechnungsrat Dragotin hat festgestellt, daß in der Hebeliste zahlreiche Eintragungen von der Hand des Angeklagten herrührten. Der Angeklagte bestritt entschieden, irgendwelche strafbare Handlungen vorgenommen zu haben; nach seiner Behauptung sei er an Tagen, wo sich manchmal Hunderte von Personen an den Kassenschalter herandrängten, unglücklich überlastet gewesen, außerdem habe in der ganzen Verwaltung eine derartige Unordnung geherrscht, daß ihm keinerlei Schuld an den Unregelmäßigkeiten in der Kasse zugemessen werden könne. Der Kontrollbeamte sei erst ganz ver spät zum Dienst gekommen, er habe diesen auch verständig entlasten müssen, kurz, es habe eine ziemliche Unordnung geherrscht. Er habe keinerlei Gelder veruntreut; das Plus, welches sich hin und wieder in seiner Kasse ergab, habe er dazu verwendet, das Konto, welches sich mehrfach zeigte, zu decken. — Der Ankläger vermochte auf Grund der Beweisaufnahme dieser Darstellung nicht zu folgen, er hielt die Unterschlagungen für festgestellt und beantragte 6 Monate Gefängnis. — Das Gericht kam zur Beurteilung des Angeklagten. Wie der Vorliegende in der Begründung des Urteils hervorhob, ist durch die Beweisaufnahme unzweifelhaft erwiesen, daß die Kontrollverhältnisse nicht solche waren, wie man sie bei diesem Institut wünschen und verlangen muß, und daß der Angeklagte Befugnisse ausübte, die er nicht ausüben durfte, wenn nicht jede Kontrolle illusorisch werden sollte. Die einzige Kontrolle bestand in der Hebeliste und es mußte dem Angeklagten unmöglich gemacht werden, an die Hebeliste heranzukommen. In Wirklichkeit war aber das Gegenteil der Fall und der Kontrollbeamte brachte dem Angeklagten zu großes Vertrauen entgegen. Inzugeben ist, daß der Angeklagte außerordentlich viel zu tun hatte, er erhielt aber vierteljährliche Monatsgehälter in Höhe von 45 M. und es spricht gegen ihn, daß er nicht ein einziges Mal von dem Vorhandensein eines Plus in der Kasse Anzeige gemacht hat. Erwägend für den Angeklagten fällt ins Gewicht, daß er sich eines fortgesetzten großen Vertrauensbruchs schuldig gemacht hat und es sich um ein gemeinnütziges Institut handelt, wo viele kleine Leute ihre Spargroschen abgeben. Andererseits hat das Gericht erwogen, daß für den Angeklagten eine außerordentlich große Verführung vorlag und man ihm seine Verfehlungen sehr leicht gemacht hat. Der Vorstand hätte unbedingt verhindern müssen, daß der Angeklagte sich auch die Befugnisse des Kontrollbeamten anmaßte und sich an die Hebeliste heranmachte. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis.

Der zweite Prozeß wegen der Futterdiebstahls auf dem Zentral-Viehhof.

bei welchen es sich nach der Behauptung der Anklage um Futtermittel im Werte von circa 6000 M. handeln soll, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Priester die 10. Strafammer des Landgerichts I. Wegen fortgesetzten Diebstahls waren die Oberreiter Paul Heinrich und Otto Heinrich angeklagt, während sich die Treiber Otto Vidtstein, Konrad Gluck und Hermann Heinrich wegen Beihilfe zu verantworten hatten. Die Angeklagten wurden beschuldigt, der Stadt Berlin gehörige Futtermittelreste die ordnungsmäßig hätten abgeliefert werden müssen, für sich behalten und in ihrem Interesse verwendet zu haben. — Da die Strafammer vorher eine sehr umfangreiche Strafsache zu verhandeln hatte, die sich wider Erwarten bis in die späten Nachmittagsstunden hingog, beschloß das Gericht, die Sache wegen Arbeitsüberhäufung abzuweisen und auf unbestimmte Zeit zu vertragen. Das Gericht beschloß, die Angeklagten gegen Stellung einer Kaution von je 3000 M. aus der Haft zu entlassen.

Heilmittel und Polizeigentzen.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg (20. Abteilung) hatte sich der Inhaber der Firma Dr. Michaelis u. Comp., Herr Dittke, wegen Uebertretung des § 1 der Verordnung von 1901 zu verantworten, nach der Heil- und Arzneimittel nur in dem Apotheken feilgehalten werden dürfen.

Der Angeklagte, der verschiedene Präparate zur Stärkung der Nerven usw. herstellt und dieselben an die Großhändler absetzt, hatte...

meinte der Vorsitzende nachmals: „Selbstverständlich hat die Polizei Agenten, Sie brauchen ihnen ja nichts zu verkaufen!“

Das Gericht folgte aber dem Antrage des Anwaltstalls und beließ es bei der schon im Strafbefehl festgelegten Strafe von 20 Mark oder 4 Tage Haft.

B. T. 2. Ungültig. Zunächst muß der Eigentümer unter Stellung einer Feil zur Einlösung aufgefordert werden unter der Androhung, daß nach erfolglosem Ablauf der Zeit Versteigerung erfolgt.

Unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Logiswirtin, Frau Martha Bethge widmen wir zu ihrem 50. Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch.

Köpenick. Sozialdemokratisch. Wahlverein. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse, Gastwirt Fritz Dörnbrack verstorben ist.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Rechner Paul Ludwig am 6. Dezember verstorben ist.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Am Donnerstag, 30. November, verstarb durch Unfall unser Genosse, der Maler Franz Kahlert.

Gesangverein „Männerchor“ Köpenick. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Sangesbruder, der Restaurateur Fritz Dörnbrack am Dienstag früh 7 1/2 Uhr verstorben ist.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute. Am 5. Dezember 1912 verstarb im Krankenhause am Urban der Zimmerer Wilhelm Unbehauen im Alter von 78 Jahren.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer Gustav Schreiber am 2. Dezember verstorben ist.

Todesanzeige. Am 6. Dezember verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Sohn, der Schankwirt Gustav Bassow.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener Ernst Fröhlich am 6. d. Mis. im Alter von 29 Jahren verstorben ist.

Am Dienstag verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegerohn, der Maurer Gustav Schreiber im noch nicht vollendeten 40. Lebensjahre.

Hahn Maccaroni Knorr. Advertisement featuring a rooster illustration and the brand name in a stylized font.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim. Bezirk Rummelsburg. Am Mittwoch, den 6. Dezember, verstarb unser Mitglied, der Stellmacher Wilhelm Schmidt.

Für den ersten Schnee! Empfehlung großer wasserabweisender Regen- und Winterkleider aus Wolle, Kaschmir, Alpaka, etc.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stellmacher Wilhelm Schmidt am 6. Dezember verstorben ist.

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von Kohlen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.

Knaben-Hosen. Für Weihnachts-Bescherungen. Ausnahmepreise für Tausende von Knaben- u. Jünglingssachen. Advertisement for Baer Sohn clothing store.

Danksagung. Für die herzliche Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben unvergesslichen Mutter.

Zigarren-W. Herbst Fabrik. gegr. 1862. Tel.: IV, 2573. BERLIN SW., Ritterstr. 83.

Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Gänse! Gänse! sowie Gänse-Artikel täglich frisch und in großer Auswahl. Hermann Leißner, Berlin C., Klosterstr. 95.

Vorzüglichen Astrachaner Caviar pro Pfund 7.-, 9.-, 11.- bis 24.- M. Oelsardinen, Neunaugen, Bratheringe, Sprotten billigst!

Klassiker-Ausgaben des Vorwärts HEINES WERKE :::: SCHILLERS WERKE. Je 3 Bände gut gebunden. Einzelleitet und bearbeitet von Franz Mehring.

Dänischer Kapitän-Kautabak in Rollen, Bündel und Enden. General-Vertrieb: Karl Röcker, Berlin O. 27.



Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132/37. Bei Briefen ist die genaue Adresse erforderlich.

Zur Vermeidung von Verwechslungen: Die Firma A. Wertheim hat zu ähnlich lautenden Firmen keine Beziehungen.

Freitag und Sonnabend, soweit vorhanden:

Grosser Lebensmittel-Verkauf

Die mit * versehenen Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen.

Hülsenfrüchte

- Victoria-Erbisen... Pfund 21 Pf.
Kleine Erbsen... Pfund 16 Pf.
Polierte Schäl-Erbisen... Pfund 22 Pf.
Polierte Spalt-Erbisen... Pfund 20 Pf.
Grüne Erbsen... Pfund 22 Pf.
Grosse Linsen... Pfund 32 Pf.
Mittel-Linsen... Pfund 25 Pf.
Kleine Linsen... Pfund 20 Pf.
Lang-Bohnen... Pfund 23 Pf.
Kleine Bohnen... Pfund 20 Pf.
Java-Reis... Pfund 23, 28, 34 Pf.
Rangoon-Reis... Pfund 16, 18 Pf.

Bourbon-Vanille

Inhalt 3 Stangen... Glas 40, 70 Pf., 1.10
Inhalt 1/10 Pfd... Glas 2.30, 2.50, 2.80

Fische

- Kabeljau u. Seelachs ohne Kopf in ganzen Fischen... Pfd. 9 Pf.
Schellfische... Pfd. 12 Pf.
Rotzungen... Pfd. 9 Pf.
Tafellachs i. ganz. Fisch... 32 Pf.
Kabeljau m. Kopf, i. ganz. Fisch... 7 Pf.
Seemuscheln... 100 Stück 33 Pf.
Lebende Plötzen... Pfd. 27 Pf.
Lebende Schleie... Pfd. 85 Pf., 1.05
Lebende Hechte... Pfd. 80 Pf., über 6 Pfund 65 Pf.
Lebende Aale... Pfd. 58, 85 Pf.
Lebende Karpfen... Pfd. 65, 75 Pf.

Backartikel

- Echtes Budapester Mehl... Pfd. 28 Pf.
Feinstes Kaiser-Auszug-Mehl... Pfd. 20 Pf.
Weizenmehl 000... Pfd. 17 Pf.
Weizenmehl nur in Düten... Pfund 16 Pf.
Süsse u. bitt. Riesenmandeln... 1.38
Süsse u. bittere Mandeln II... Pfd. 1.18
Sultaninen... Pfund 68, 85 Pf.
Korinthen... Pfund 36 Pf.
Rosinen... Pfund 52 Pf.
Zitronat u. Orangat... Pfund 58 Pf.
Selbsttätiges Backmehl... Pfd. 32 Pf.
Backpulver... Pfd. 45, 3 kl. Beutel 14 Pf.
Vanillin-Zucker... Pfd. 38, 3 kleine Beutel 14 Pf.
„Fix u. Famos“ Kuchenmasse... Paket 50 Pf.

Verschiedene Posten emailierter Geschirre

darunter:

Schmortöpfe, Ringtöpfe, Kasserollen, Pfannen, Wasserkessel, Gastöpfe, Küchenschüsseln... nach u. tief etc. etc.
Ein grosser Posten Aluminium-Kochgeschirre schwere Ausführung, zu besonders billigen Preisen.

Verkäufe.

Gastronen ohne Anzahlung...
Hermannsplatz 5 Handbleichhaus...
Zeytsche (sehr haltbar) in allen Größen...

Leihhaus Moritzplatz 58a...
Taschenbuch für Gartenfreunde...
Singermaschine...
Zeytsche (sehr haltbar) in allen Größen...

Die Grundbegriffe der Wirtschaft...
58 Mark hübsche elegante Wohnzimmern...
Prachtbetten...
Vornehme Herrenanzüge...

Möbelangebot...
Wohlfühlangebot...
Eine Pension für Berlin...
Möbelhandlung...

Bilder...
Fahrräder...
Kaufgesuche...
Verschiedenes...

Vermietungen...
Zimmer...
Arbeitsmarkt...
Stellenangebote...

Handbleichhaus...
Zeytsche...
Zeytsche...
Zeytsche...
Zeytsche...

Handbleichhaus...
Zeytsche...
Zeytsche...
Zeytsche...
Zeytsche...

Möbel...
Möbel...
Möbel...
Möbel...
Möbel...

Musikinstrumente...
Zum Antritt am 1. Januar 1912...
Kassierers...
Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“...

Musikinstrumente...
Zum Antritt am 1. Januar 1912...
Kassierers...
Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“...

Musikinstrumente...
Zum Antritt am 1. Januar 1912...
Kassierers...
Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“...

Die 40. Delegiertenversammlung der Bühnengenossenschaft.

Berlin, den 7. Dezember 1911.

Karl Vogt, der Hauptankläger Riffens, der den von ihm herbeigeführten Riffenprozess zu einem eigentümlichen Ausgang verhilft, indem er vor Gericht nicht erscheint, und der gestern auf der Tribüne sah, hat heute den Delegierten seine Anklagen in einem vor dem Eingang verteilten Flugblatt noch einmal unterbreitet. Man macht sich allgemein auf einen heißen Tag gefaßt, doch scheint immer mehr die Meinung durchdringen, daß man um der Segner willen nicht einen Präsidenten fallen lassen kann, der sich wie Riffen im Kampfe für die Genossenschaft bloßgestellt und zum Opfer gebracht hat, gegen den bislang immer noch unbewiesene Behauptungen vorliegen, die recht an den Haaren herbeigezogen scheinen, und unter dem die Genossenschaft einen überraschenden Aufschwung genommen hat. Sie ist von 8000 auf 14000 Mitglieder angewachsen, ihre Einnahmen sind, trotzdem der Bühnenerwerb alle früheren Vergünstigungen aufgehoben hat, von Jahr zu Jahr gestiegen, das unter seiner Präsidentschaft gegründete Rechtschreibbureau hat für die Schauspieler großen Nutzen gestiftet, und ebenso befriedigt kann die Genossenschaft auf die Tätigkeit des vor einem Jahre gegründeten Frauenkomitees blicken.

Das sind Dinge, die von den in Gruppen zusammenstehenden Delegierten lebhaft erörtert werden.

Inzwischen ist Karl Vogt im Saale erschienen, worauf ein Berliner Delegierter erregt gegen das Vogtsche Flugblatt protestiert. Vizepräsident Paul: Ich möchte dazu bemerken, daß Herr Vogt sich aufhalten mag, wo er will, und tun mag, was er will; er geht uns absolut nichts an. (Lebhafte Beifall.)

Defodor Jador, Dresden plädiert dafür, unter allen Umständen die Wahlen noch heute vorzunehmen, da viele Delegierte schon heute abreisen müßten, was Präsident Riffen nach Möglichkeit zu unterstützen verspricht.

Rickelt wendet sich dagegen, da Rückfragen auf Delegierte, die wie v. Ullmann, Rogdeburg, schon am Freitag abreisen, die Verhandlungen in unzulässiger Weise hemmen würden. Es entwickelt sich eine lebhaft geführte Debatte, in der Rickelt und Jador ziemlich heftig aneinander geraten. (Rufe: Schluß! Schluß!)

Von der Fraktion „Winds“, dem konservativen Flügel, wird die sofortige Vornahme der Vorstandswahlen zur Pensionatsankalt verlangt (die zugleich für die Genossenschaft gelten), um festzustellen, ob die Befolgung des Präsidenten beantragt wird oder nicht. Präsident Riffen verliert daraufhin den Beschluß des Zentralausschusses, der gegen die Stimme Rienschers-Karlbrüche gefaßt wurde und für den Präsidenten

eine Dienstaufwandsentschädigung verlangt, um den Inhaber dieses Amtes für alle Zeiten unabhängig zu machen. Der Antrag gelangt später zur Verhandlung. Die Präferenzliste ergibt die Anwesenheit von 6418 Stimmen.

Als der Präsident die im vorigen Jahre zurückgestellten Anträge zunächst zur Verlesung bringen will, wird von der Opposition außerordentlich erregt dagegen protestiert. Man merkt, daß die Opposition um jeden Preis die Präsidentenwahl so früh wie möglich vornehmen lassen will; sie verspricht sich offenbar von einem früheren Termin mehr Chancen. Nur mühsam vermag der Vizepräsident Paul die erregten Gemüter mit dem Hinweis zu beschwichtigen, daß mehr als zuvor die Augen der Öffentlichkeit auf die Verhandlungen gerichtet sind. Die Versammlung gibt dem Wunsch Riffens nach und

Rechtsanwalt Dr. Seelig-Mannheim, der Syndikus des Chorsängerverbandes, referiert nunmehr über die

Kartellierung von 60 000 Bühnenkünstlern,

die am 28. Oktober zwischen der Bühnengenossenschaft, dem Bühnenerwerb, den Musikerverbänden und dem Chorsängerverband unter Führung der Genossenschaft, vorbehaltlich der Genehmigung der Delegiertenversammlungen, beschlossen worden ist. Redner verspricht der Genossenschaft durch die Kartellverbände so viel Anregungen, so viel Arbeit zu geben, daß ihre Zeit mehr bleiben soll, sich selbst zu zerfleischen! (Lofender Beifall.) Die Hauptaufgabe aber muß und wird sein die Lösung der Fragen, die zwischen der Genossenschaft und dem Bühnenerwerb schweben. So lange aber der Bühnenerwerb die Bühnengenossenschaft nicht als völlig gleichberechtigt anerkennt, so lange darf der Bühnenerwerb und nicht als die richtige Vertretung der Theaterleiter gelten. Und gesteht der Bühnenerwerb diese Gleichberechtigung nicht gutwillig an, dann Kampf bis auf Messer, bis sie erkämpft ist. In diesem Kampfe haben Sie das Kartell ganz auf Ihrer Seite. Um des lieben Friedens willen Kotau zu machen, wäre Ihnen unmöglich! (Stürmischer Beifall auf der einen Seite, ungeheurer Widerspruch und Schlußrufe von Seiten der Opposition. Der furchtbare Lärm läßt nur einzelne Worte verstehen: Unerhört! Abtreten! Wir sind keine Arbeiter! Sie haben das Lokal verwechselt! Das ist Stimmmache!) Minutenlang vermag die Glode des Präsidenten nicht durchzudringen. Dr. Seelig gibt es schließlich auf, weiterzureden und tritt unter stürmischen Beifallstundgebungen von seinen Freunden ab. Andauernde Rufe um Ruhe rufen immer wieder neuen Lärm hervor.

Mehrere Minuten lang sieht es aus, als ob an ein Weiterverhandeln nicht mehr zu denken wäre. Die Delegierten verlassen die Plätze und schreien aufeinander ein, und man hat in diesem Augenblick den Eindruck, als ob die Sache Riffens durch die allzu temperamentvolle Rede Dr. Seeligs merklich gefährdet sei. Erst als Riffen nach langen vergeblichen Versuchen mit seiner Stimme durchdringt und verspricht, daß Dr. Seelig den Konflikt mit dem Bühnenerwerb nicht mehr berühren werde, darf dieser seine Rede zu Ende führen. Er fährt an, daß das Kartell

keine Streikorganisation

sei, da das für Bühnenkünstler mit ihren längeren Verträgen eine Unmöglichkeit sei. Nur mit gesetzlichen Mitteln wolle das Kartell für die Forderungen der angeschlossenen Verbände eintreten. Das sei aber muß sein ein anständiger, billiger, in sozialer Beziehung gerechter Normalvertrag. Der Redner kommt noch einmal auf diejenigen seiner Verhörer zurück, die den Tumult vorher entfesselt hatten und erklärt, keine Ermächtigung und keine Stimmmache beabsichtigt zu haben. Er habe nur im Sinne der Genossenschaft gesprochen. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Winds verlangt zu protokollieren, daß die rechte Seite geschwiegen habe. Unter beäufendem Beifall fordert darauf Rickelt die Protokollierung des begeisterten Beifalls von Seiten der Linken. (Erneuter Beifall.) Winds protestiert weiter gegen die Vergewaltigung von Zeit und Geld durch solche Reden. Die Rechte wird hier fortwährend, wenn sie dem Präsidium opponiert, als Knechte des Bühnenerwerbs hingestellt. Das ist eine Beleidigung, die wir aufs Schärfste zurückweisen!

Rickelt: Es war sehr verständlich vom Lokalausschuß, die Versammlung nach dem Zoologischen Garten zu verlegen. (Die Rechte springt spontan auf und Rickelts Worte gehen in einem ohrenbetäubenden Lärm unter, der sich immer wieder erneuert. Der Präsident rügt den Ausdruck, dem Rickelt eine harmlose Auslegung gibt.) Man sollte zunächst einmal jeden Redner zu Worte kommen lassen und ihn nicht niederdrücken, wie es hier mit Dr. Seelig geschah. Der Rechten die Opposition zu verabsäumen, fällt der anderen Seite gar nicht ein; aber man sollte dann doch Anregungen und Bedenken, wie sie von Dr. Seelig zur Sprache gebracht worden sind,

objektiv gegenübersehen können. Vielen Delegierten waren Dr. Seeligs Worte sehr willkommen!

Die Debatte über den Zwischenfall Dr. Seelig dauert noch eine Zeitlang an, wobei eine Reihe von Delegierten gegen die Redensart von der „rechten“ und der „linken“ Seite protestiert.

Holz-Feigel (Direktor der Pensionatsankalt des Oesterreichischen Bühnenerwerbs): Sie haben Dr. Seelig nicht austreiben lassen. Darum will ich versuchen, Ihnen an einem Beispiel zu zeigen, wie wertvoll das Kartell, der Zusammenschluß gleichartiger Berufsorganisationen ist. In Oesterreich beschloß der Direktorenverband und Bühnenerwerb die Gründung einer Theaterzentral-Kommission, wobei der Direktorenverband den Deutschen Bühnenerwerb mit einbeziehen wollte. Da haben die österreichischen Schauspieler protestiert und erklärt, daß sie eher wieder austreten würden, als einen Direktorenverein zuzulassen, der ihre deutsche Bruderorganisation nicht als gleichberechtigt anerkennen will! Das Kartell wird ein Segen für beide Teile sein.

Winter vom Königl. Schauspielhaus Berlin polemisiert gegen das Kartell. Derartige sozialistische Experimente mögen für Maurer und Zimmerleute passen, aber nicht für Schauspieler! (Widerspruch.)

Präsident Riffen: Sie können nicht mehr gegen das Kartell sprechen. Es ist auf der vorigen Delegiertenversammlung bereits genehmigt worden!

Winds begrüßt den Abschluß des Kartells, glaubt aber doch, daß die Oesterreicher den meisten Vorteil davon haben werden.

Nachdem Dr. Seelig noch einmal Joad und Ziele des Kartells in längerer Rede auseinandergesetzt hat, die diesmal ruhig angehört wird, teilt der Präsident Riffen mit, daß er, unbeschadet der Genossenschaftswahlen, bereits zum Kartellpräsidenten für 1912 ernannt sei.

Es folgt zunächst der Bericht über die Jahresarbeit der Zehnerkommission.

Zehner, Hamburg referiert über den zu bildenden Ehrenrat, der in allen Fragen, welche die Standeshere der Genossenschaftsmittel betreffen, zu urteilen haben wird. Das Urteil soll nur aus formalen Gründen ansprechbar sein. Der Ehrenrat soll uns helfen, Verräter in unseren Reihen selber zu richten, mit denen wollen wir nicht mehr vor ein preussisches Gericht gehen. Die Feste aus unseren Reihen sollen reinen Herzens und unbefangenen Gemüts und sollen nicht nur über die Angeklagten, sie sollen auch über die Kläger urteilen, und das gewährleistet ein gerechtes Urteil.

Erich Riegel, Berlin spricht gegen den Ehrenrat, der nur Denunzianten züchten würde. Vizepräsident Paul und Otto Hamburg treten wie Zehner für den Ehrenrat ein, während Rienscher-Karlbrüche klarere Bestimmungen wünscht. Otto tritt in diesem Zusammenhang für eine gründliche Umarbeitung der unmodern gemordenen Statuten ein.

Rickelt: Auch ich bin durchaus für einen Ehrenrat, der an Gelegenheiten geben würde, Beschuldigungen gegen Kollegen in den Kreisen der Genossenschaft zu prüfen. Es gibt Fälle, in denen man nicht immer vor Gericht gehen kann. Man denke nur an die Behauptung des Sozialdemokraten Tölke vor Jahren, Sebel bezöge ein Jahresgehalt von 600 Talern vom König von Hannover. Der Anwalt Webers lehnte es ab, den Prozeß zu führen, weil der König doch nicht vor Gericht erscheinen und alle Welt dann gesagt haben würde: Na, der Weibel hat das Geld also doch gekriegt! So kann es uns auch gehen, wenn irgendein Pamphletist, der nach nerotischer Verharmlichung lechzt, gegen uns angeht. (Lautes Bravo!)

Holz-Feigel empfiehlt ebenfalls die Bildung eines Ehrenrates. Eine weibliche Delegierte befragt ihn im Interesse der Schauspielerinnen.

In seiner Replik giebt Erich Riegel gegenüber der historischen Reminiscenz, die Rickelt vorgebracht hat, den Fall des Oberst Gade ein, der als hochanständiger Mann dennoch von seinen Kameraden infamiert wurde. Wir sind für den Ehrenrat nicht nur reif, sondern schon darüber hinaus. Jeder Ehrenrat ist eine veraltete Institution. Der Antrag wird angenommen.

Als Ehrenratsbeisitzer werden Laurence, Triantothheater, Wasser- mann, Deutsches Theater, Hochhammer-Frankfurt a. M., Frau Rim, Winds-Weipzig, als Stellvertreter Oskar Fuchs, Zehner, Frau Kubner, Kromer-Mannheim und Gemünd-Eberfeld gewählt.

Dann endlich, in schon vorgerückter Nachmittagsstunde, kommt der Antrag 4 des Dresdener Hoftheaters zur Verhandlung. Er lautet:

„Die Delegiertenversammlung wolle beschließen: die provisorische Befolgung des Präsidenten nicht zu erneuern, sondern wieder einen im Ehrenamt wirkenden Präsidenten zu wählen.“

Präsident Riffen legt für die Dauer dieser Verhandlungen den Vorsitz nieder, den Vizepräsident Paul übernimmt.

Defodor Jador begründet den Antrag. Wir wollen die Person Riffens aus der Debatte lassen. Wir erkennen die Arbeitsfähigkeit des Präsidenten durchaus an, aber wir wollen keine Amtshocherei bei uns großziehen und den Präsidentenposten wieder zu einem Ehrenamt machen! — Der nächste Redner Rickelt verzichtet für den Augenblick auf das Wort. Er will offenbar erst die Gründe der Segner kennen lernen.

Laurence, Berlin schildert die außerordentliche Arbeitsleistung, die auf einem heutigen Präsidenten ruht. Zwei Herren kann man nicht dienen. Den Mann, der an unserer Spitze steht, muß unsere nächste Aufgabe sein! Tun wir das und wir haben etwas Großes getan! (Stürmischer Jubel bei den Delegierten, der sich auf den Tribünen fortsetzt und wiederholt.) Winds protestiert erregt gegen die Beteiligung der Galerie an den Kundgebungen. Die Galerie hat kein Recht dazu; in keinem Parlament ist das Sitte. (Von mehreren Seiten ertönen laute Rufe: „Aron-prinz!“) Der Vizepräsident bittet die Tribünenbesucher, Kundgebungen zu unterlassen und bringt den Antrag 5, der einen festbesoldeten Präsidenten mit einer Amtsdauer von drei Jahren wünscht, zur Verlesung. Der Antrag 6, der sich mit dem des Hamburger Schauspielhauses deckt und einen besoldeten Generaldirektor fordert, wird mit diesem zusammen verhandelt werden. Der Antrag 7 (Willy Loehr-Berlin), der einen unbesoldeten Präsidenten wünscht, verlangt, daß kein Präsident vorgeschlagen wird, gegen dessen Persönlichkeit schwere Anschuldigungen vorliegen.

Gegen die summarische Behandlung dieser auseinandergehenden Anträge wendet sich Rickelt, indem er vorschlägt, sich erst darüber zu einigen, ob ein besoldeter oder ein unbesoldeter Präsident oder ein besoldeter Generaldirektor mit einem Ehrenpräsidenten über sich gewünscht wird.

Es tritt eine Pause ein, in der die Delegierten über die einzuschlagende Taktik beraten. Vorher wird die Resolution des Zentralausschusses noch einmal verlesen, die die Befolgung des Präsidenten empfiehlt.

Nach einer langen und erregten Debatte kommt man zur Abstimmung. Der Antrag Dresden wird mit 118 gegen 69 Stimmen unter anhaltendem Handclatschen und Hochrufen abgelehnt.

Der Antrag 5 (Schleswig-Bismar), der einen festbesoldeten Präsidenten vorschlägt, der von drei zu drei Jahren neu zu wählen wäre, würde eine Statutenänderung notwendig machen, für die eine Zweidrittelmajorität notwendig ist. Der Antrag erhält 114 Stimmen dafür, 74 Stimmen dagegen. Er wäre somit als abgelehnt zu betrachten, wenn die Statutenänderung in der Tatlung zu entscheiden haben. Die Sitzung wird um 7¼ Uhr per- tagt.

Aus Industrie und Handel.

Der Saatensand in Preußen.

Nach der Statistischen Korrespondenz ist der Saatensand in Preußen Anfang Dezember 1911, wenn 2 gut, 3 mittel, 4 gering bedeutet: Weizen 2,6, Spelz 2,1, Roggen 2,5, Raps und Hülsen 2,8, junger Klee 3,9.

In den Bemerkungen der Statistischen Korrespondenz heißt es: Während die Bitterung in der Saatzeit viel zu trocken war, trat seit Oktober überall Regen ein, der den jungen Saaten von großem Nutzen gewesen ist. Obgleich die Niederschläge in manchen Gegenden ziemlich reichlich gewesen sind, haben sie den Grundwasserstand doch nicht zu heben vermocht. In den Brunnen und Teichen fehlt es auch hier noch immer an Wasser. Da im übrigen die Bitterung, abgesehen von einigen fürnischen Tagen, vorherrschend mild war und die Befruchtung für die Winterbestellung gerade ausreichte, konnte diese überall erledigt und die Hilgarbeit für die Frühjahrbestellung ziemlich weit gefördert werden. Von den schädlichen Tieren sind es hauptsächlich die Mäuse, die sich wieder, nachdem sie im Laufe des Sommers durch Gift dezimiert waren, stark vermehrt haben. Andere Schädlinge werden selten genannt. Allerdings sollen auch die Krählinge hier und da erheblich geschadet haben. Infolge der langen Trockenheit, die ein gleichmäßiges Aufgehen der jungen Saaten sehr beeinträchtigt, sind die schon im August eingulandenden Delfrüchte, Wintererbsen und Hülsen am meisten zurückgeblieben, vereinzelt überhaupt nicht aufgegangen, während Winterweizen und -Roggen nach den Niederschlägen und der überwiegend günstigen Bitterung im Verichtsmonate erfreuliche Fortschritte machten; ebenso der Winterjvelz. Die Felder der Getreidefrüchte sind jetzt zumeist voll bestanden und gehen, namentlich der Roggen, kräftig erwidelt und gut bestockt in den Winter. Früh aufgegangene Roggen saaten stehen mitunter so üppig, daß bei starkem Schneefall ohne vorausgegangenen Frost ihre Auswinterung zu befürchten ist. Man beobachtet deshalb, sie entweder zu schärfen oder, wo es angängig ist, sie abweiden zu lassen. Der junge Klee hat sich auf einigen Feldern zwar wieder gezeigt, konnte sich jedoch im großen und ganzen wenig mehr bessern.

Hiermit ist die diesjährige Berichterstattung über den Saatensand beendet; die nächstjährige beginnt Anfang April.

Aus aller Welt.

Furchtbare Folgen der Rassenhetze.

Die Spannung zwischen Weißen und Negern hat in den nordamerikanischen Vereinigten Staaten eine Höhe erreicht, daß fast täglich brutale Ausschreitungen gegenüber den Farbigen zu verzeichnen sind. Wenn irgendwo Verbrechen begangen werden: der Nigger ist der vermeintliche Schuldige und die „lockende Volkseele“ beruhigt sich erst, wenn an einem Angehörigen der schwarzen Rasse ein seliger Lynchmord begangen ist. Ja selbst die bloße Anwesenheit der Schwarzen erscheint in manchen Orten den Weißen schon als ein todeswürdiges Verbrechen. So kommt aus Memphis die Meldung, daß in der Nähe von Clifton zwei Neger und eine Negerin von der weißen Bevölkerung ermordet worden sind, weil sie dem Verlangen der Einwohner, sich aus der Gegend, wo sie sich angesiedelt hatten, zu entfernen, nicht nachgegeben sind. Die weißen Herren der Schöpfung hatten die drei mehrere Male aufgefordert, sich davon zu machen, weil sie ein Zusammenwohnen mit Farbigen nicht dulden wollten.

Unsere amerikanischen Genossen haben noch ein gewaltiges Stück Kulturarbeit zu leisten, bis der infamen Rassenverhöhnung ein Ende bereitet wird.

45 Jahre unschuldig im Kerker.

Ein schwerer Irrtum der italienischen Justiz ist dieser Tage durch das Geständnis eines auf dem Todestritte liegenden Polizeibeamten korrigiert worden. In der Nähe von Rom wurde im Jahre 1866 ein junges Mädchen ermordet aufgefunden. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf einen jungen Verehrer der Ermordeten namens Giusti. Es wurde ihm der Prozeß gemacht und Giusti trotz aller Unschuldbetuerungen zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Welche furchtbaren Folterqualen mag der Unglückliche die ganzen Jahre hindurch ausgehalten haben, denn er war wirklich unschuldig. Am Dienstag hat der richtige Mörder, ein Arabier, vor seinem Tode seine Schuld bekant. Er hatte das Mädchen, in das er verliebt war, aus Eifersucht ermordet. Nach dem Geständnis wurde die sofortige Freilassung des Unschuldigen angeordnet.

Kleine Notizen.

Automobilunglück. Ein Automobil mit vier Insassen geriet gestern vormittag auf der Fahrt von Zwickau nach Leipzig beim Ausweichen mit dem Hinterrad in einen Graben und prallte gegen ein Haus. Frau Richter aus Zwickau war auf der Stelle tot, Frau Kraus aus Wiesbaden erlitt einen schweren Schädelbruch, während der Besitzer des Autos, Apel, schwere innere Verletzungen davontrug. Seine Gattin blieb unverletzt.

Tunneleröffnung. Aus unbekannter Ursache ist bei Dortmund ein Teil des von der Freie „Fremonia“ ausgehenden Tunnels, der von der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft zum unterirdischen Kohlentransport angelegt wird, eingestürzt. Von der im Tunnel befindlichen Arbeiterkolonne konnten sich alle retten bis auf zwei Mann. Die beiden Verunglückten konnten leider nur als Leichen geborgen werden.

Ein deutsches Kriegsschiff festgerannt. Das Minenschiff „Kaiser Wilhelm II.“ Stammschiff der Reserveflottilie, ist Mittwochnachmittag im dichten Nebel auf Breitgrund vor der Flensburger Bucht festgerannt. Eine Besatzung für das Schiff besteht aber nicht. Die Kreuzer „Urdine“ und „Danzig“ sind zur Stelle. — Wie uns ein Telegramm noch meldet, ist das Schiff gestern spät abend wieder flott geworden.

Typhusepidemie in Spanien. In der Stadt und Provinz Gijon grassiert in erschreckendem Maße der Typhus. Es sollen bereits 2000 Menschen erkrankt sein. Durchschnittlich sterben an der Seuche täglich 25 bis 30 Menschen.

Witterungsübersicht vom 7. Dezember 1911.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag.

Weiterprognose für Freitag, den 8. Dezember 1911. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und fahlen Winden; später aufklarend und etwas kälter.



Größte Puppen-

Spezial-Fabrik Berlins

P. R. ZIEROW

Berlin N., Schönhauser Allee 179.

Größtes Lager von Kugelhakenpuppen, Charakterbabys, Bälgen, Köpfen, Perücken, sämtl. Puppenartikeln.

Reparaturen und alle Ersatzteile.

Engros. Einzelverkauf.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Möbel

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Charlottenburg.

Uhren und Goldwaren.

Größte Auswahl, solide Bedienung.

Friedrich Stabenow,

Berliner Str. 146.

Wegen Geschäftsverlegung

nach Dresdener Str. 20 (September 1912)

Großer Verkauf sämtlicher Winterwaren in

Herren- und Knaben-Kleidung zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Diese gewaltige Preisreduzierung soll es uns ermöglichen, die kolossalen Vorräte vollständig zu räumen, und bieten wir Ihnen eine selten günstige Gelegenheit, Ihren Bedarf außergewöhnlich billig zu decken. — Einige Beispiele:

Großer Posten Ulster u. Paletots

Die letzten Neuheiten früher M. 20-28, 28-33, 36-45, 50-65 in Farben und Fassons in bester Ausführung jetzt M. 12-16, 18-24, 28-32, 36-48 usw.

Großer Posten Loden-Joppen

vorzügliche Qualitäten früher M. 10-16, 14-20, 18-25, warm gefüttert jetzt M. 7-11, 10-15, 14-19 usw.

Ein Posten Ulster und Paletots, Modell-Modell, z. T. auf Seide gearbeitet, vollständiger Ersatz für Maß; außerdem Pelze div. Art, bedeutend unter Preis.

Großes Lager für starke u. schlanke Figuren.

Außerordentlich günstiges Angebot in Schlafröcken, Hansjoppen, Kaisermänteln, Lodenpelzinen, Knaben- und Jünglings-Paletots, Pyjacks.

Unsere 9 Schaufenster geben Ihnen ein kleines Bild dieses Angebots.

Auch in allen anderen Abteilungen unseres Hauses bieten wir Ihnen eine hervorragende Auswahl der letzten Neuheiten zu unseren bekannt billigen Reklamepreisen.

Der frühere und jetzige Preis ist auf jedem Etikett vermerkt.

Heitinger & Co., Deutsche Compagnie,

Oranienstr. 40-41 am Oranienplatz.

Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 8. Dezbr. 1911. Anfang 7 1/2 Uhr.

S. Cyrenhaus.

Der Rosenkavalier. R. Schauspielschauspiel. Der Bettler von Syrakus.

Deutsches Haus I. Teil. Karfürsten. Die lustigen Weiber von Windsor.

Saberland. Spezialitäten. Virtuoso Busch. Gala-Vorstellung. Virtuoso Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania.

Zauberschauspiel 48/49. Ein Streifzug durch China, Tonking und Siam.

Kammerstücke. Die Kaffeetasse. Berliner. Sinnenweltentwürfelung. Die weiße Hand. Romische Oper. Der Freischütz. Neues Schauspielhaus. Bär. Neues. Das Rädel von Montmartre.

Wochen. Die Dame in Rot. Residenz. Ein Walzer von Chopin. Neues Cyrenhaus. Die moderne Eva.

Neues. Lotzhens Geburtstag. Genz und Hannu Ehler. Heden-les.

Schiller O. Maskerade. Ein ... Charlottenburg. Wilhelm Tell.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.

Freitag, abends 8 Uhr: Maskerade.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Don Carlos.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Das Urbild des Tartuff.

Sonntag, abends 8 Uhr: Zapfenstreich.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr: Wilhelm Tell.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Madame Sans-Gêne.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.

Sonntag, abends 8 Uhr: Maskerade.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr: Das Rädel von Montmartre. Urenie: Fritz Massary. Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues königl. Opern-Theater.

Sonntag, 10. Dezember, 8 1/2 Uhr: Göttergötter. Faust I. Teil. Abonnement-Vorstellung.

8 1/2 Uhr: Ein Sommernachts Traum. Abonnement-Vorstellung.

Freitag, abends 8 Uhr: Maskerade.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr: Wilhelm Tell.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Madame Sans-Gêne.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.

Sonntag, abends 8 Uhr: Maskerade.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater des Westens.

8 Uhr: Fatinitza.

Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die Dame in Rot.

Mittwoch und Sonnabend nachm. 4 Uhr: War und Maria.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander. Heute 8 Uhr: Ein Walzer von Chopin.

Schwanz in 3 Akt u. Scène u. Barré für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Gaeder.

Morgen und folgende Tage: Ein Walzer von Chopin.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstadt-Schauspielhaus.

8 1/2 Uhr: Sherlock Holmes mit Ferdinand Bonn.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

8 1/2 Uhr: Narrenspiel.

Morgen 4 Uhr: Donquixote.

8 1/2 Uhr: Narrenspiel.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Luisen-Theater.

8 Uhr: Die Nacht der Liebe.

Sonnabend nachm. 4 Uhr: Die Klein-Mise des Christkind lachen sing.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Vom Meran zum Ortler. Alice Schalek: Ein Streifzug durch China, Tonking und Macao.

Passage-Theater.

Das große Festprogramm. Der Triumph der Schönheit! Lebende Kunstwerke. Claire Waldoff. Der tapfere Herr Ängstlich. Barlesk-Sketch mit Georg Kaiser u. W. Goldmann in den Hauptrollen und 12 Varieté-Sensationalen.

Passage-Panoptikum.

Acht Wochen bei den Feuerfressern. Täglich zu sehen! Lebend Die wilden Essenen. Karawane sudanesischer Schrei-, Heul- und Faser-Fakire in einem besonders auf gebauten Dorf. Ohne Extra-Entree.

Kreuzberg-Festsäle SW., Kreuzbergstr. 48. Jeden Freitag: Hoffmanns Sänger. mit 8 Uhr. Entree 20 Pf. Sinfonieorch. u. Singsolisten gratis. Nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Jeden Mittwoch: Gr. Frei-Tanz. Anf. 8 1/2 Uhr. Für Vereine Sonnabende noch zu verg.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.

Die Nacht von Berlin! Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von G. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schütz. Anfang 8 Uhr. Hausen gestaffelt.

Apollo Theater.

Abends 8 Uhr: Neues Programm. 9 Uhr: Harry Walden mit seinem Ensemble in Dressitonia. Gaudville in 2 Akten von G. Oskolowsky und H. Reichhardt. Text von H. Schonger. Musik v. B. Kello.

Admiralpalast.

Am Bahnhof Friedrichstraße.

Eis-Arena.

Von 10 Uhr an geöffnet. Nachmittags: Militär-Konzert. Um 5 1/2 Uhr. Das Weihnachtsmärchen. Schneewittchen. Das prachtvolle Eisballott. Alpenzauber. Die kleine Charlotte. Apachenlanze — Pushballspiel. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr an halbe Preise. Restaurant ersten Ranges.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Zirkus Busch.

Freitag, 8. Dezember, 7 1/2 Uhr: Gala-Abend. Nach Unterbrechung d. Karl Hagenbeckschen Gastspiels durch die Erkrankung des Affen „MAX“.

Wiederauftreten von Max und Moritz.

Ferner: Fri. Stennis. Schulerreiterin Norman-Teima. Rektor und Lelette. Herr Ernst Schumann, Meistredressuren usw. Um 8 1/2 Uhr zum 57. Male: Original-Ausstattungsstück des Zirkus Busch in 5 Bildern.

Boigt-Theater.

Geleitbrunnen. Dabstraße 58. Freitag, den 8. Dezember 1911: Prinz und Bettlerin. Englisch-Sensationsdrama in sechs Akten von Siegf. B. Kuh. Rolleneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Herrnfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lachertolg! Das Kind der Firma.

mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher: Schmerzlose Behandlung. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Königstadt-Kasino.

Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße vom 1. bis 16. Dezember: „Familie Müller“ großes Volksstück in zwei Akten und das reichhaltige Spezialitäten-Programm.

Folies Caprice.

Heute: Premiere. Mandelblüths Volterabend. Voffe von Max Ernst. Vogelfassen. Voffe von Max Reichard. Musik von Walter Kello. Waffenübung. Voffe von Glinger und Kuffig.

Zirkus Busch.

Freitag, 8. Dezember, 7 1/2 Uhr: Gala-Abend. Nach Unterbrechung d. Karl Hagenbeckschen Gastspiels durch die Erkrankung des Affen „MAX“.

Wiederauftreten von Max und Moritz.

Ferner: Fri. Stennis. Schulerreiterin Norman-Teima. Rektor und Lelette. Herr Ernst Schumann, Meistredressuren usw. Um 8 1/2 Uhr zum 57. Male: Original-Ausstattungsstück des Zirkus Busch in 5 Bildern.

Boigt-Theater.

Geleitbrunnen. Dabstraße 58. Freitag, den 8. Dezember 1911: Prinz und Bettlerin. Englisch-Sensationsdrama in sechs Akten von Siegf. B. Kuh. Rolleneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Volks-Theater.

Higdorf, Hermannstr. 20. Sonntag, 10. Dezember: Sherlock Holmes. Detektivroman in vier Akten von H. Cadye.

Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill. Berlin N., Brunnenstraße 16. Zum letztmal: Berlin, wie es weint und lacht. Volksstück mit Bezug von Kallig. Musik von Gustav. Anfang 8 1/2 Uhr. Sonst ufm. gältig.

Casino-Theater.

Vollbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr Novität! Novität! Das Sensations-Lustspiel Der Kampf ums Dasein! Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Tochter des Strahlings.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Gesellsch. Robert Steidl. Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr: Bummelstudenten.

Theater in der Königsgrätzer Straße abends 8 Uhr: Splelerelen einer Kaiserin.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 102. Abends 8 Uhr: Der Hüttenbesitzer. Sonnabend 4 Uhr: Das veränderliche Schloß. 8 Uhr: Die größte Liebe. Sonntag 3 Uhr: Kostäppchen. 8 Uhr: Die größte Liebe. Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby. Sonntag nachm. 3 Uhr: Francklin.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 10. Dezember, abends 6 1/2 Uhr:

Öffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen

in Puhlmanns Theater, Schönhauser Allee 147.

Vortrag des Landtagsabg. Heinrich Ströbel:

„Unter schwarz-blauer Flagge.“

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

283/14*

Der Einberufer: Paul Dobrowski, Schliemannstr. 30.

RIXDORF

Achtung! Reichstagswähler! Achtung!

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei öffentliche Wähler-Versammlungen.

12. Kommunal-Wahlbezirk | 16. Kommunal-Wahlbezirk

bei
Wolf, Kirchhoffstraße 41.
Referent: Genosse Kunze.

bei
Hoppe, Hermannstraße 49.
Referent: Stadtkorrespondent Wermuth.

Tagesordnung:

1. Die Belastung des Volkes durch die Steuern und Zölle.
2. Freie Diskussion. 3. Verschiedenes.

237/7

In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung wird Massenbesuch erwartet.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Dritter Wahlkreis.

Sonntag, den 10. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, (großer Saal), Engelauer 15:

Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung:

Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Referentin: Genossin Friedländer.

Nach der Versammlung: Gefelliges Beisammensein.

— Entree inklusive Garderobe 20 Pfennig. — Tanz frei. —

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

214/9*

Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosen-Saal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Maschinenarbeiter.

Sonntag, den 10. Dezember ex., vormittags 11 Uhr, in den „Andreas-Festsälen“, Adalbertstr. 21:

Große öffentliche Versammlung aller in

Tischlereien, Holzbearbeitungsfabriken, Schneidemühlen und auf Holzplätzen beschäft. Maschinenarbeiter, Schneidmüller und Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:

„Wie verbessern wir unsere Lage?“

Diskussion.

Vergolder.

Die Kollegen werden dringend ersucht, die Berufsfraagezettel und die Hygiene-Statistikbogen umgehend nach dem Bureau des Verbandes, Engelauer 14, Zimmer 3, einzulenden.

Klavierarbeiter.

Mittwoch, den 27. Dezember, nachmittags 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal u. Nebenräume):

Großes Weihnachtsvergnügen.

Die Ausgabe der Billetts beginnt am Sonnabend, den 9. Dezember, abends von 7 1/2 Uhr an im Verkehrslokal von Biederstein, Adalbertstr. 50.

Die Vertrauensleute der einzelnen Betriebe werden ersucht, sich zeitig mit Billetts zu versehen.

93/17

Achtung!

Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagvormittag von 9-8 Uhr abends ist der Arbeitslosensaal im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, als Lokal für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter gedient. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.

Auch haben den Besuchern Unterhaltungsspiele zur Verfügung.

Die Vertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge auf den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.

Gesellschaftsspiele in allen Preislagen.

Schach, Domino, Dame, Hoch u. Kegelspiele usw.

Moderne Spazierhölzer und Tabakspfeifen aller Art.

Feine Wiener Meerschaum- und Bernstein-Spitzen.

Scheunert & Wirth, Blumenstraße Nr. 3 (neue Nr.)

an der Berliner-Theater-Strasse.

Orts-Krankenkasse Weissensee.

Bekanntmachung.

Gemäß § 66 der Kassensatzung werden hiermit die nachstehenden Veränderungen in der Zusammensetzung des Kassenvorstandes bekannt gegeben:

Neugewählt ist in der Generalversammlung am 28. November ex. an Stelle des durch Ablauf der Amts-dauer am 31. Dezember ex. ausscheidenden Herrn Hermann Müller der Metallarbeiter Karl Döner, hier, Götzstr. 15 (als Arbeitnehmer).

Wiedergewählt sind die bisherigen Vorstandsmitglieder Herren Gustav Peukert (Arbeitgeber)

und Heinrich Brodbeck (Arbeitnehmer).

Die Amtsdauer der Gewählten beginnt am 1. Januar 1912 und endet am 31. Dezember 1911.

Weissensee, den 4. Dezember 1911.

Der Vorstand. 283/7

A. A.: Fuhrmann, Vorsitzender.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 10. Dezember.

2. Abt.: 9 Uhr: Groß-Lichterfelde (Richter, Chausseestraße).

3. und 6. Abt.: Besichtigung des Verlehrs- und Baumgartens. 3. Abt.: Treffpunkt 9 Uhr Lauerer Platz 12.

6. Abt.: Treffpunkt 1 Uhr Invaliden-Strasse 51. (Ohne Rad.) Nachdem 6 Uhr: Obispo.

4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Hirschgarten, Startplatz und Heringstours.

5. Abt.: 2 Uhr: Biederstein (Waldstein).

7. Abt.: 2 Uhr: Franz-Buchholz (Röhne).

8. Abt.: 3 Uhr: Schmargendorf (Schilgenhaus).

9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Tour wird am Start bekannt gemacht. 13/10

Starts an den bekannten Stellen.

Nathan Wand

129 Stallger Str. 129.

Die schönsten

Herren-Winter-Paletots u. Ulster

und Anzüge sowie speziell

erhaltene, auf Selbst gearbeitete

Garderobe, von 46721.

Kavaliere getragen.

fast neu, für jede Figur passend.

Speziell gearbeitete sind in

großer Auswahl stets zu schauen.

bligen Stellen zu haben.

Nathan Wand

129 Stallger Str. 129.

Hochbahnstation Rottbuser Tor.

Bitte im eigenen Interesse auf

Hausnummer zu achten.

Innungs-Krankenkasse der Dach-, Schiefer- und Ziegeldecker zu Berlin.

Die am 30. November ex. bekannt

gewordene Wahlversammlung findet

nicht am 13. Dezember ex., sondern

am Dienstag, den 19. Dezember

1911, abends 8 Uhr, bei Woll-

schläger, Adalbertstr. 21, statt.

Der Vorstand. 283/8

Gustav Höpfer, Vorsitzender.

Offiziere in nur frischer, schöner Ware:

Nur ein Preis!

Fette Gänse 0,65

8-16 Pfund schwer. 177/9*

Nur allererste Qualität

Gänserrümpfe, halbe Gänse.

Fette Suppenhühner, 13 Pfund schwer.

F. Wegner, 60, Mariannenstr. 64.

93/14*

Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4-5-6

gegenüber der Breite Strasse



Für jede Körperform passende

Herren-Anzüge

Ulster-Paletots

von 21.— M. bis 75.— M.

Weihnachts-Geschenke

Morgenjoppen, Schlaf-
röcke von 8.50 bis 45.— M.

Beinkleider, Fantasie-
Westen von 4.— bis 18.— M.

Lodenjoppen, Pelerinen
von 8.50 bis 28.— M.

Knaben- und Jügl.-Kleidung

nur in eigenen Werkstätten
hergestellt, ist besonders preis-
wert und unübertroffen in Sitz
und solider Verarbeitung

Sonntag, den 10. Dezember, geöffnet von
8-10 Uhr und von 12-8 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Hof III, Amt Nord, Nr. 1289. Charitéstraße 3. Amt Nord, Nr. 1987.

Sonntag, den 10. Dezember 1911, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Versammlung der Bauanschläger.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert.

152/12

Die Branchenversammlung der Dreher findet für Monat Dezember nicht statt. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 10. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3 (gr. Saal):

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

Der ernannte Beschluß des Hauptvorstandes, die Auflösung unserer Zahlstelle zum 1. Januar.

Es ist Pflicht jedes Kollegen in Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung zu erscheinen. Es sind Vertreter des Haupt- und Hauptvorstandes geladen, veräumen niemand kein Mitgliedsbuch mitzubringen, da nur Mitglieder unserer Zahlstelle Zutritt haben.

Die Ortsverwaltung.

Otto Kühle Das proletarische Kind



Verlag Albert Langen München

Geheftet 3 M., gebunden 4,50 M.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag Albert Langen, München-B.

Volkshaus Charlottenburg

Rosinenstr. 3. Angenehmer Aufenthalt für Familien. Guter Mittagstisch mit Bier 70 Pf.

4 Kegelbahnen.

Seal

von 9.50 an, Perlaner mit

von 6.50 an, für eleg. Damen-

Paletots.

Zudlagers Koch & Seelund G. m. b. H.,

Gertraudenstr. 20-21, Petrifrage.

HERMANN TIETZ

In unserem Hause
Alexanderplatz

Freitag — Sonnabend

Soweit Vorrat

Wollene
Blusenstoffe Mtr. **85** Pf.

Blaugrüne Schotten 1¹⁵
ca. 108 cm breit Mtr.

Hauskleiderstoffe 60 Pf.
90 cm breit Mtr.

Wollmusseline 45 Pf.
Meter

Seid. Blusenstoffe 95 Pf.
mit Satinstreifen Mtr.

Seiden-Blusen 7⁵⁰
mit Einsätzen

Seidene Unterröcke 6⁷⁵
moderne Fassung

Ein Posten
Einsätze u. Tressen 20 Pf.
kunstseidene, durchweg Stück

Ein Post. **Kamelhaar-Stoff-Stiefel** 95 Pf.
f. Kinder, Größe 27-35

Ein Post. **Steppdecken** für Kinderbett. 1²⁵
ca. 60/125 cm

Ein Posten
Herren - Schals 35 Pf.

Ein Post. **Seid. Binder** 95 Pf.
breite offene Form

Ein Post. **Hosenträger** 65 Pf.
Gummiband

Ein Post. **Herren-Westen** 2¹⁰
in vielen Weiten

Ein Posten
Füllfederhalter 35 Pf.
jede Feder verwendbar

Ein Post. **Briefpapier** 35 Pf.
Repp-Post, 50 Bog., 50 Kuverts

Ein Post. **Briefpapier** 45 Pf.
100 Bogen, 100 Kuvert, Kuverts
undurchsichtig

Ein Post. **Briefpapier** 75 Pf.
leinenartig, 100 Bogen, 100 Kuverts,
in weiss und farbig

Zigarren

Grau Valor <small>beste Qual.</small> 10 Stück 60 Pf.	La Fregata 10 Stück 1 ⁰⁰
Seerose <small>beste Qual.</small> 10 Stück 65 Pf.	Legada . . . 10 Stück 1 ²⁰
Positanos 10 Stück 70 Pf.	Flor el Todo 10 Stück 1 ⁵⁰
Valencia <small>unsortiert</small> 10 Stück 80 Pf.	Fior de Navara 10 Stück 2 ⁰⁰



in fast allen
Abteilungen.

Porzellan

Kind.-Essservice mit Weihnachtbild, 4teilig . . . 85 Pf.

Trinktöpfchen mit Weihnachtbildern . . Stück 10 Pf.

Goldrandfassen 6 Paar 90 Pf.

Speiseteller weiss 10 Pf.

Salatschüsseln grosse Form Stück 43 Pf.

Kaffeesservice 9teil., f. 6 Pers. reich dekor. m. dünnen Tassen 2⁹⁵

ca. 8000 Stück
Speise-Teller Steingut Stück . . . 4 Pf.

Waschgarnituren Steingut nur grosse Formen 2teilig . . 1⁹⁰

Dejeuner's Steingut, dekoriert, mit Tablett, 6 teilig 1⁹⁵

Ein gross. Posten **Traube-Sektgläser** St. 25 Pf.

Glas

Teebecher mit Bordüre . . . 10 Pf.

Bierbecher mit Goldrand 12 Stück 90 Pf.

Kompottschalen zirka 15 cm 10 Pf.

Vasen aparte Form 38 Pf.

Likörservice 7teilig, ganz aus Glas . . . 85 Pf.

Abendbrotteller weiss Steingut . Stück 5 Pf.

Ein Posten **Tafel-Bestecke** **stark versilbert** **moderne Form**

Kaffeelöffel	50 Pf.	Dessertgabel	80 Pf.
Esslöffel	95 Pf.	Essmesser	1 ¹⁰
Dessertlöffel	80 Pf.	Dessertmesser	95 Pf.
Essgabel	95 Pf.	Fischbestecke <small>paar</small>	3 ⁰⁰

Die Berliner Parteigenossen im Reichstagswahlkampf.

Eine öffentliche Wählerversammlung, die stark besucht war, hatten die Genossen des dritten Wahlkreises am Mittwoch nach den Kaminhallen berufen. Genosse Franke, der Kandidat des Kreises, ging in seinem Vortrage von der Wahlloosfrage und der durch sie verursachten Kriegsgeschichte aus. Er zeigte, wie infolge der Eiferfücht unter den europäischen Großmächten die Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Lande fortgesetzt gesteigert worden sind und noch weiter auf Kosten des Volkes natürlich gesteigert werden sollen...

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Von Mariendorf T.B. wird uns mitgeteilt, daß am Sonnabend, den 9. Dezember, wie alljährlich die erste Gemeindefeier ihren Elternabend im Lokale von Joh. Groß, Chausseestraße 308, veranstaltet. Da das Lokal für die organisierte Arbeiterklasse geliebt ist und unsere Schulbehörde trotz Einspruchs unserer Gemeindevorsteher, welche beantragten, die Feier in der Aula zu veranstalten, aber trotzdem darauf beharrt, ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, das Lokal zu meiden.

Am den Parteigenossen und deren Kindern, die infolge dieser Verhältnisse an der Feier nicht teilnehmen können, Ersatz zu bieten, findet am selben Abend im Lokal von Jul. Preuß, Kurfürstentrasse 44, eine vom Bildungsausschuß des Wahlvereins arrangierte ähnliche Veranstaltung statt. Das reichhaltige und künstlerische Programm dürfte den Eltern sowie den Kindern einen genutzreichen Abend verschaffen.

Wir bitten die Lokalliste genau zu beachten.

Die Lokalkommission.

Schöneberg. Die Genossen des 1., 2. und 3. Bezirks treffen sich Sonntag, den 10. d. M., früh 8 Uhr, im Lokal von Friede, Rollendorferstr. 18 zur wichtigen Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Großlichterfelde. Heute abend 8 1/2 Uhr: Öffentliche Wählerversammlung im „Kaiserhof“, Kranoldplatz 2 (Niten). Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Dr. Jul. Rose. Berlin.

Zwischen 8 und 8 1/2 Uhr abends findet im Mesigen Rathaus, Schillerstraße, die Gewerbegerichtswahl statt. Es ist Pflicht der Genossen, daran teilzunehmen. Das Resultat wird im „Kaiserhof“ bekannt gegeben. Der Vorstand.

Sonntag, den 10. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal des Herrn Dürge in Großbeeren eine öffentliche Wählerversammlung statt. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Schriftsteller Genosse Julius Kallisch. Die Wähler von Groß-, Klein- und Neu-Beeren sowie Dabors, Heinersdorf, Frederikshof und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. Der Einberufer.

Jessen. Am Sonntag früh 8 Uhr treffen sich alle Genossen bei Ragner zur Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Rudow. Am Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 4 Uhr: Versammlung des Wahlvereins Rudow im Lokale des Herrn Kolbe, Köpenicker Str. 86a. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: G. Schenk-Schöneberg. Freie Diskussion. — In dieser Versammlung sind alle Genossen eingeladen.

Johannisdahl. Sonntag, den 10. Dezember, vormittags 8 Uhr: Wichtige Handzettelverbreitung für den ersten, zweiten und fünften Bezirk vom Genossen Bohin, Moosstr. 2, und für den dritten und vierten Bezirk vom Genossen Riban (Stiehbierhalle). Vorsitz: G. aus. Montag, den 11. abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Fritz Jubeil. Der Vorstand.

Königs-Wupperhausen, Wildau und Deutsch-Wupperhausen. Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr, für oben genannte Orte in Wildau beim Genossen Otto Schumann: Wahlvereins-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisversammlung. 2. Vortrag über die Wahlloosfrage und die Wahlloosfrage. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Alt-Landberg. Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet in Rodersdorf im Lokal von Adolf Rahms eine Wähler-Versammlung statt. Referent: Genosse Otto John.

Waldsdorf (Ostbahn). Am Sonntag, den 10. d. Mts., abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Dräger, „Heidekrug“, Waldsdorf-Süd, Köpenicker Allee: Volksversammlung. Tagesordnung: Die kommenden Reichstagswahlen, die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Referent: Genosse F. Rämig. 2. Diskussion.

Ferner findet am Sonntag, den 10. d. Mts., morgens 8 Uhr, eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkte: für Waldsdorf-Süd bei Mader, Köpenicker Allee, Ecke Winklerstraße; für Waldsdorf-Nord in Dräger's Restaurant, Bahnhofsstraße. Die Parteigenossen und Genossinnen werden ermahnt, sich nicht nur vollständig an der Flugblattverbreitung zu beteiligen, sondern auch für Massenbesuch der Versammlung Sorge zu tragen. Die Bezirksleitung.

Königsdorf. Der am Dienstag, den 12. Dezember, stattfindenden öffentlichen Versammlung wegen findet der Jahlabend schon heute Freitag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Bobes statt. Es ist die unbedingte Pflicht eines jeden Genossen, zu diesem Jahlabend, der sich mit der Verteilung der Arbeiten zu den Reichstagswahlen beschäftigt, zu erscheinen. Die Bezirksleitung.

Kernsdorf. Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Lokale von J. Anorr: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: A. Erdmer-Berlin.

Sonntag früh wollen sich die Parteigenossen an der Flugblattverbreitung rege beteiligen. Der Vorstand.

Schönendorf. Am Sonntag, den 10. Dezember, findet eine Flugblattverbreitung statt, wozu die Genossen morgens 7 1/2 Uhr zahlreich erscheinen wollen.

Für Roggen bei Weinide um 8 Uhr morgens. Staaten. Morgen Sonnabend, 9. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Die praktischen Arbeiten zur Reichstagswahl. Der Vorstand.

Seehagen-Rummelsburg. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung. Lichtenrade und Umgegend. Am Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Außerordentlicher Jahlabend in den bekannten Lokalen.

Ferner findet am Mittwoch, den 13. Dezember, eine öffentliche Versammlung im Wirtshause Lichtenrade, abends 8 Uhr, statt. Referent: Genosse Jubeil. — Die Genossen wollen für regen Besuch dieser Versammlung agitieren.

Tegel. Morgen Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, veranstaltet der Bezirkswohlfahrtsverein in Teppes Festsaal, Bahnhofsstr. 1, einen Lichtbildervortrag mit dem Thema „Eine Reise durch Israel“ und Erläuterungen von Jürgen Brand, Schriftsteller. Nach dem Lichtbildervortrag: Tanztänze. Entree 3 Personen 25 Pf., Jugendliche unter 18 Jahren 10 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Rege Beteiligung erwartet. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die sozialdemokratische Fraktion bekam gestern bereits einen Teil des Zuwachses, den die Stadtverordnetenwahlen im November ihr gebracht haben. Eingeführt wurde der neugewählte Stadtverordnete Genosse Woldersky, der schon jetzt in sein Amt eintritt, weil er als Ersatz für den verstorbenen Stadtverordneten Marggraf gewählt ist und dessen noch nicht abgelaufenes Mandat sofort zu übernehmen hat. Die Mandate der vier anderen Parteigenossen, die bei den Ergänzungswahlen im November neugewählt wurden, beginnen erst im Januar.

Das Projekt eines für Kranke des Obdachs bestimmten Verpflegungshauses, das neben dem Obdach errichtet werden soll, wurde erst noch einem Ausschuss überwiesen. Genosse Jucht mahnte, die dringende nötige Ausführung dieses Planes möglichst zu beschleunigen.

Mit der Umgestaltung des sogenannten Gesinde- und Unterstüpfungs fonds geht ein alter Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion in Erfüllung. Genosse Koblenger erinnerte daran, daß die Beseitigung der Zwangsbeiträge, die man bisher den Dienstmädchen abgenommen hat, ohne ihnen als Gegenleistung ein Anrecht auf Unterstützung zu gewähren, wiederholt von der Fraktion beantragt worden ist. Dem Magistratsantrag, unter Beseitigung dieser Beiträge das Gesindehospital als Wohltätigkeitsanstalt weiter bestehen zu lassen, wurde gestern allseitig zugestimmt.

Ueber die Feuerungsbeihilfe für Beamte und Arbeiter der Stadtgemeinde ist der Magistrat schneller zu einem Entschluß gelangt, als man es sonst bei ihm gewöhnt ist. Die Vorlage, die er hierüber den Stadtverordneten gemacht hatte, wurde angenommen. Allerdings gibt es nicht: zu mehr als 40 Mark pro Person hat der Magistrat sich nicht aufschwimmen wollen. Genosse Weyl trug noch eine Reihe Wünsche vor, um Klarheit darüber herbeizuführen, wie weit der Kreis der zu berücksichtigenden Personen gezogen werden soll. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Magistrat als Arbeitgeber die Pflicht der Humanität empfinden und vom nächsten Jahre ab eine dauernde Lohnzulage gewähren werde. Die Antwort des Magistratsvertreters Stadtrat Ledermann klang nicht sehr ermutigend. Eine Unterstützung auch für Unverheiratete, die noch Eltern oder Geschwister zu ernähren haben, erscheint dem Magistrat bedenklich. Wie im Magistrat über die dauernde Lohnzulage gedacht wird, darüber schwieg sein Redner sich aus.

Eine Debatte über die Notwendigkeit eines neuen Kinderkrankenhauses knüpfte sich an die Magistratsvorlage über die Errichtung zweier Krankenbaracken beim Virchow-Krankenhaus, die infolge der Diphtherie- und Scharlach-epidemie erforderlich geworden ist. Genosse Weyl wies darauf hin, daß in den letzten Monaten und Wochen die Unzulänglichkeit der öffentlichen Kinderkrankenpflege sich aufs neue sehr fühlbar gemacht hat. Er rügte, daß der seit Jahren geplante Bau eines zweiten Kinderkrankenhauses immer wieder verschleppt worden ist. Stadtrat Selberg behauptete fest, inzwischen sei auf diesem Gebiet durch andere Einrichtungen hinreichend Vorkehrung getroffen worden. Die zwei Notbaracken wurden demnächst, nun kann wieder noch eine Zeitlang fortgewürfelt werden.

Weihnachtsapostel.

Mit Beginn der Weihnachtszeit schlägt die bürgerliche Nächstenliebe doppelte und dreifache Saitenmortales. Dieselben Leute, die nicht an der Riviera oder sonstwo im ewig sonnigen Süden dem nordischen Winter mit Arnheims Hilfe aus dem Wege gehen und aus Langeweile sich in Menschenbeglückung trauieren wollen, erwidern mit einem Male ihr tiefstehendes Herz für die Not des Proletariats. Dazu gesellen sich tausend andere, die den Wohltätigkeitsbettel förmlich geschäftsmäßig betreiben und reiche Leute an der lieben Eitelkeit packen, an der Selbstucht, auf weihnachtlicher Geberliste recht fett mit dem Namen zu prägen und zu prunken. Allen voran die kirchlichen Weihnachtsapostel, Duzende von Pastoren, die gleich nach dem Totenfest in bürgerlichen Blättern Weihnachtsbitten loslassen mit dem Refrain: Die Toten sind tot, gedankt der Lebenden!

Man muß zugeben, daß alljährlich für diesen einen Zweck, der im Zeitraum weniger Stunden seiner Erfüllung entgegengesehen soll, eine ansehnliche Tätigkeit entfaltet wird. Die gesammelten Summen gehen zweifellos in die Behntaufende. Aber gegenüber der Volksnot, die nicht schwinden will, nur immer größer wird und am stärksten unter der Oberfläche des Lebens wuchert, bedeuten selbst Zehntausende, die aus allen möglichen Taschen geberkeudig oder gequält zusammenfließen, Tropfen auf den heißen Stein. Die bürgerliche Gesellschaft hat wahrlich keine Ursache, so fürchtbar stolz zu sein auf ihre weihnachtlichen Almosen. Und wenn man die mancherlei gesinnungsschwachen Weihnachtsapostel, die aus innerem Zwang für andere betteln gehen, erzählen hört, wie sie von den imollen Spenden bei ihrem Niedergang behandelt werden, wieviel Spott und Hohn herumprillt, ehe

ein paar Mark, die keine Zinsen tragen, losgemacht werden — dann überkommt den wahren Menschenfreund das Gefühl tiefer Beschämung und des Ekels. Gewiß, viele dieser Weihnachtsgeber mögen mit freudigem Herzen bei der Sache sein. Es gibt noch Wohlhabende, die immer und immer wieder ins Portemonnaie greifen, ohne lange Worte zu machen. An tausenden anderer Spenden klebt das Gift des Gesellschaftswanges und der Geschäftshuberei, der Selbstgefälligkeit und des Prohetums. Ganz zu schweigen von dem Selde, das nach alter Erfahrung gewissen Weihnachtsaposteln, die ihre Wohltätigkeitsregel mehr als raffiniert zu werfen verstehen, zwischen den eigenen Fingern hängen bleibt oder in andere unredliche Hände gerät.

Verträgt sich eigentlich der innere und äußere Wert dieses Aufwandes an Zeit und Mühe und Selbstweiherräucherung mit dem ernstlichen Festgedanken? Es hört sich so hübsch an, wenn man sagt, an diesem einen Tage solle alle Welt in eitel Freude und Wonne schwimmen. Glaubt man wirklich, daß jemand vor Glück strahlt, wenn er einmal im Jahre ein Duentschen Glück greifbar in seiner Nähe fühlt? Nein, wie ein Rosskaufen sieht aus, wie ein winziges, halb erzwungenes Schaupfer der Gesellschaft an den sonst rücksichtslos unterjochten, Vertretenen, deren „Glück“ man wie den weihnachtlichen Sumpfmännchen an der Strippe tanzen läßt. Ob wohl gar viele dieser Geber sich in das Seelenempfinden der „Beglückten“ hineinenden können? Sie würden bald finden, daß neben der dürftigen Gevöigkeit, nicht ganz abseits zu stehen am sogenannten „Feste der Liebe“, mit Allgemalt ein übermächtiges Gefühl der Bitterkeit sich einschleicht, das Gefühl, daß der Wohltätigkeitsport der modernen Weihnachtsapostel im Grunde weiter nichts ist, als ein mit Schaumgold überzogenes Verkenntnis gesellschaftlicher Schuld und Heuchelei. Wenn die Richter erlöschen sind am geborgten Tannenbaum, auf das allerunterste Proletariat in sein Nichts zurück, ist es armer wie zuvor, weil es das Glück sah und nimmer festhalten konnte. Wer weiß, wie bald schon die Apostel des Volkes das beglückende Licht der Freiheit bringen!

Der Allgemeine Wegweiser, auch so eine Scherliche Gründung wie die famole Wollwenderbildungs-Bibliothek halbschöne Angelegenheit, sucht sich jetzt mit aller Gewalt in die Arbeiterfamilien zu drängen. Er ist eins von jenen bürgerlichen Blättern, die Scheinbar billig, in Wirklichkeit außerordentlich teuer sind und dafür herzlich wenig bieten. Monatlich 15 Pf. bei wöchentlich einmaliger freier Zustellung, daneben allerlei Kinderleichen in Form von Preisaufgaben und anderen Geldforderungen — das kostet. Wer ein kleines Rechenrädchen anlieft, wird finden, daß gut redigierte Tageszeitungen weit billiger sind. Dabei ist Papier und Druck sehr mangelhaft, zwei Drittel des Inhalts sind mit Interatun gefüllt, der reduktionelle Zell bringt das denkbar öfeste Geleite, wie man es in jedem stoffarmen Provinzial-Räteblatt lesen kann. Für „besonderen Rat“, der zur Veröffentlichung geeignet ist, wird den Einsendern ein Preis von 300 M. versprochen. Es scheint so, als ob diese 300 M. tatsächlich in jeder Woche an „besondere“ Auswählte gezahlt werden. Manche Leute machen sich darüber freilich ihre eigenen Gedanken. Immerhin kann Papa Scherl sich diese Ausgabe ruhig leisten, denn die mit seiner dünnen Kost zufriedenen Abonnenten bringen es jedenfalls wieder ein. Der Verdienst ist um so größer, als Hunderte von „unabhängigen“ Frauen, die sich einen Nebenwerb schaffen wollen, als Abonnentenmutterinnen für eine Spottprovision auf den Beinen sind. Reulich wurde eine Preisauflage gestellt, was ein Massenbote zu tun hat, der auf dem Postamt in eigenartiger Form betraubt werden soll. Die Diebeskunst kann sich bei Scherl bedanken, daß er ihr einen neuen Weg zum Verbrechen gezeigt hat. Dabei der Name „Wegweiser“! In Arbeiterfamilien darf dieses Blatt nicht zu suchen haben.

Städtischer Seefischverkauf. Die Bestände der Mittwoch und gestern zum Verkauf gelangten Seefische (an jedem Tage 125 Zentner) sind in kaum einer Stunde geräumt worden. Die Verwaltung wird sich daher veranlaßt sehen, zu den nächsten Verkaufstagen bedeutend größere Mengen von Seefischen heranzuschaffen zu lassen.

Die Verkaufszeit am Heiligabend ist, wie gemeldet, bis abends 6 Uhr verlängert worden. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, daß die Behörden den Wünschen der Unternehmer allzu willfährig sind, so bietet ihn die außerordentlich lehrreiche Geschichte der Verkaufszeit an diesem Tage. Ursprünglich sollte das Offenhalten der Läden am Heiligabend, der in diesem Jahre auf den Sonntag fällt, von 8 bis 10 und von 12 bis 8 Uhr gestattet sein. Damit waren die Ladeninhaber nicht zufrieden. Der Polizeipräsident wich zurück und verlängerte bis 4 Uhr. Doch die selbständigen Kaufleute waren noch nicht befriedigt und entfalteten eine laute Agitation für eine weitere Ausdehnung der Ausnahmebestimmung. Dem trat der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geheulenen in einer öffentlichen Protestversammlung am 14. November entgegen. Eine entsprechende Resolution wurde von den zahlreichen Besuchern einstimmig angenommen und dem Polizeipräsidenten sowie dem Handelsminister eingereicht. Außerdem vertrat der Verband in einer Anzahl Eingaben den Standpunkt der Angeleiteten. Unter dem 28. November erhielt der Zentralverband der Handlungsgehilfen eine Antwort des Polizeipräsidenten, in der es heißt: Die Verkaufzeiten an den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten seien in Abwägung der Interessen der Geschäftsinhaber und der Angestellten festgesetzt und von einer Berücksichtigung weiterer Wünsche müßte abgesehen werden. — Der Polizeipräsident wollte also den Wünschen der Angestellten nicht Rechnung tragen, aber auch den Geschäftsinhabern nicht noch weiter entgegenkommen. Doch derselbe Herr von Jagow, dem keine übergeordnete Stelle in den Arm fällt, wenn er die Arbeiterklasse niedersabeln läßt oder wenn er die Berliner Polizei dem Geschlechter der ganzen Welt aussetzt, mußte sich hier von oben zugunsten des Handelskapitals rektifizieren lassen. Die Minister des Innern, des Unterrichts und für Handel haben die Verkaufszeit am Heiligabend von 8—10 Uhr und 12—6 Uhr festgesetzt, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, auf Verreiben der Handelskammer. Das Unternehmertum triumphiert und fordert die Detaillisten zu gefälliger Organisation auf. Mögen die Handelsangeleiteten die Ratamendung ziehen.

Unsere Leser können ihr Zeit dazu beitragen, der Öffentlichkeit zu beweisen, daß die Verkaufszeit am Heiligabend überflüssig ist, indem sie ihre Einkäufe nicht am letzten Tage vornehmen und die Anstrengung des Personals nicht noch vermehren helfen.

Die Aufdeckung des Adoptionschwunders, dem die Kriminalpolizei seit 1 1/2 Jahren mit besonderen Vorregeln zu Leibe geht, offenbart immer neue Tricks, mit denen die Bureauinhaber ihre Opfer und die Behörden zu täuschen veruchten. So hatten der 21 Jahre alte Kaufmann Rudolf Rabed und der 29 Jahre alte Rechner Franz Stättin, die jetzt festgenommen wurden, ihr eigenes System der Auskunfterteilung. Die Adoptionschwunder haben es, wie wir schon öfter berichteten, lediglich darauf abgesehen, den Leuten, die sich um Kinder bewerben, „Auskunftsgebühren“ abzuladen. Diese fteden sie in die Taschen, ohne daran zu denken, Auskünfte einzuziehen. Um nun sowohl den Bewerbern, als auch der Polizei gegenüber jedertzeit nachweisen zu können, daß sie sich

wirklich auch erkundigten, fanden Nabel und Statnick einen Weg, der diesen Bedürfnissen scheinbar genüge und zugleich ihre Einkünfte nicht erheblich schmälerte. Sie sandten die Fragebogen, die ihnen die Gemeinderäte ausstellen mußten, an ein Auskunftsbureau, das mit ihnen Hand in Hand ging. Dieses Bureau entnahm den Bogen das, was es brauchte, schrieb es aber um und erganzt es so, daß die Auskunft in ihrem ganzen Ergebnis ungünstig lautete. Jetzt konnten die Schwindler sich immer darauf berufen, daß sie auf Grund einer ungünstigen Auskunft die Uebergabe eines Kindes abgelehnt hätten und daß sie wirklich Geld für Auskünfte ausgegeben haben. Daß sie aber trotzdem gut verdienten, verschwiegen sie. Jede Auskunft kostete ihnen nur 1 M., sie nahmen aber als „Gebühr“ 650 M., so daß sie nach Abzug von Porto usw. immer noch 5 M. übrig behielten. Eine Zeilung kamen die Gouner hiermit durch. Dann aber fiel es der Kriminalpolizei auf, daß ihr Auskunftsbureau überaus, sogar in den eisenfernen Winkeln des Deutschen Reiches über Personen und Verhältnisse so gut Bescheid wußte, obwohl es nicht einen einzigen Vertreter, „Macher“ oder sonstigen Angestellten beschäftigte. Eine Durchsicht der beschlagnahmten Bücher zeigte, wie es gemacht wurde. Auch nach einer anderen Richtung suchten Nabel und Statnick, die hier in der Landsberger Allee 87 und in der Ohlauer Straße zu Breslau Betriebe eingerichtet hatten, sich den Behörden gegenüber zu decken. Sie besuchten uneheliche Mütter und redeten ihnen solange vor, daß das Kind ihnen doch nur eine Last sei, bis sie sich bereit erklärten, es abzugeben. So konnten sie jederzeit behaupten, daß sie ihnen Kinder zur Verfügung stellten. Auch die Abfindungssumme war da, wenigstens auf dem Papier. Die Schwindler rechneten aus, wieviel Elemente der natürliche Vater noch zu zahlen hatte. Diese Summe prisen sie als Erziehungsbeitrag usw. an. Danach aber, ob der Vater auch den Willen und die Mittel hatte, seinen Verpflichtungen nachzukommen, fragten sie nicht.

Das Treiben der Telegraphendrahtharber nimmt immer mehr überhand. In der gestrigen Nacht haben sich dreizehn Diebe auf der Strecke zwischen Birkenwerder und Vergfelde ein tolles Stück geleistet. Man wunderte sich, daß am Tage absolut keine Verbindung zu bekommen war, und als ein Beamter die Strecke kontrollierte, sah er zu seiner Ueberraschung, daß aber auch sämtliche Drähte abgeschnitten und gestohlen worden waren. Nicht eine einzige Leitung hatten die frechen Diebe gespart. Auf die Ermittlung der Täter hat die Postverwaltung eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Auf tragische Weise hat die Witwe Franziska Sprotte, Chausseestraße 29, den Tod gefunden. Frau Sp. war mit ihrer erwachsenen Tochter nach Groß-Waltersfelde gefahren, um in dem dortigen Kreis-Krankenhaus eine Patientin, eine nahe Verwandte, zu besuchen. Am Bett der Kranken wurde Frau Sp. plötzlich von einem Schlaganfall heimgeführt und vor den Augen der Tochter brach die Kernsteine tot zusammen.

Selbst von den Toten will die katholische Kirche noch Steuern haben. Und wird eine Veranlagung zur Kirchensteuer vorgelegt, die die katholische Kirchengemeinde an einen Arbeiter Rudolph adressiert hat, der seit einem Jahre in Friedrichsfelde begraben liegt. Wie aus der Kirchenaustrittsbekanntmachung hervorgeht, war übrigens auch der Verstorbene seit einigen Jahren aus der Landeskirche ausgeschieden und gar nicht kirchensteuerpflichtig.

Gläubigerverammlung im Konkurs Baasch. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte fand gestern vormittag die erste Gläubigerversammlung im Konkurs des vor einiger Zeit verstorbenen Bankiers Hermann Baasch statt. Nach Feststellung der Forderungen, die zum großen Teil von Verwandten gestellt werden, gab der Konkursverwalter Krauß den Bericht über die Geschäftstätigkeit Baaschs und den Status. Hermann Baasch hatte das von seinem Onkel 1837 gegründete Bankgeschäft bis zum Jahre 1901 mit dem Bankier Diez zusammen geführt. Letzterer trennte sich dann, weil er den Konkurs des Hauses vor Augen sah, der einzig und allein durch die blinde Spekulationslust Baaschs verschuldet war. Schon damals betrug die Unterbilanz 227 400 M. Bei der Eröffnungsbilanz des neuen Bankgeschäftes fanden sich auf der Aktivseite 200 000 M. Hypotheken und 104 380 M. eine Abrechnung für Hermann Baasch. Auf der Passivseite tauchten plötzlich 387 710 M. als Forderungen für drei Personen auf. Diese Summen waren auf der Abschlußbilanz der Firma Diez und Baasch nicht zu finden. Baasch hat sie also vermutlich jahrelang über ein Privatkonto geführt. Die Unterbilanz von 227 400 M. konnte niemals getilgt werden, da die Geschäfte des Bankhauses infolge der Konkurrenz mit den Großbanken sehr schlecht gingen und nur geringe Ueberschüsse abwarfen. Nach den Bilanzen von 1902 bis 1910 hat Hermann Baasch per Saldo 79 577 M. Gewinn und 228 928 M. Entnahme gehabt. Rechnet man hierzu die vorhandene Unterbilanz von 227 400 M., so ergibt sich ein Defizit von 448 843 M. Außerdem bezog Baasch als Mitglied des Aufsichtsrats der Schultheiß-Brauerei Dividenden, die in den Jahren 1902 bis 1910 145 600 M. ausmachten. Diese Beträge hat der Bankier zum Teil gar nicht, zum Teil auf das „Streichtkonto“ gebucht. Ueber die Geschäftsführung des Verstorbenen teilte der Konkursverwalter mit, daß Baasch in seinem Bureau unumschränkt geherrscht und seinem Angestellten Einbild in die Depots genährt habe. Gewöhnlich erschien Baasch morgens um 4 1/2 Uhr, noch bevor einer seiner Angestellten zugegen war, und vernichtete diejenigen eingelaufenen Briefe, die seinem Personal Urkunde zum Verdacht hätten geben können. Der Status ist folgender: Die Aktivmasse beträgt 564 607 Mark, davon besitzt die königliche Lotteriedirektion eine bevorrechtigte Forderung in Höhe von 46 480 M. Die Buchgläubiger stehen mit 491 600 M., die Depotgläubiger mit 788 000 M. zu Buch, so daß also die Verbindlichkeiten 1 280 000 M. betragen. Nach Abzug der bevorrechtigten Forderungen der Konkursgläubiger der Steuern und laufenden Verbindlichkeiten verbleiben etwa 460 000 M., so daß beim Konkurs eine Quote von 35-40 Proz. zu erwarten ist. Es wurde schließlich von der ziemlich stark besuchten Gläubigerversammlung ein Gläubigerausschuß gewählt, der aus fünf Herren besteht.

Auf der Maschine erschlagen wurde in der vergangenen Nacht der Lokomotivführer Eisenach aus Frankfurt a. O., der vordrübergehend Heizerdienste leistete und den Schnellzug 8 10 auf der Fahrt von Breslau nach Berlin begleitete. Auf der Strecke zwischen Jungschaus und Erkner lehnte sich Eisenach im Dunkel der Nacht mit dem Oberkörper aus der Maschine heraus, ohne darauf zu achten, daß aus der entgegengesetzten Richtung ein Güterzug herankam. Plötzlich erhielt er gegen Kopf und Brust einen so heftigen Schlag, daß er zurücksank, hinfiel und regungslos liegen blieb. In seinem Schilde erkannte der Lokomotivführer, daß der Unglückliche auf der Stelle getötet war. Er nahm die Leiche auf dem Zuge mit nach Berlin, wo sie vom Bahnhof aus nach dem Schaubause gebracht wurde. Ob Eisenach von der Maschine des Güterzuges oder von irgend einem aus der Ladung hervorstechenden Gegenstande getroffen wurde, läßt sich noch nicht sagen.

Ein „Gentlemenbrecher“, der nach einer langen Trefahrt nach Berlin zurückgekehrt war, wurde gestern von der Kriminalpolizei in seiner früheren Stammkneipe in der oberen Friedrichstadt ermittelt und festgenommen. Es ist ein 38 Jahre alter Reisender Otto Pöh, der früher der berühmten „Kolonie Kirck“ angehörte. Pöh, der nur in Jähndern und Lasttieren ausging, ausschließlich auf Seide gearbeitete Ueberzieher und Weinstelber mit den schönsten Bügelfalten trug, wurde im Oktober 1909 bei einem Einbruch in der Orlanburger Straße überfallen. Er hatte zwar schon 2000 Mark in der Tasche, entkam auch damit, mußte aber nicht nur sein Einbruchswerkzeug, sondern auch seine kostbaren Manschetten, die er während der „Arbeit“ abgelegt hatte, zurücklassen. Als Mann, der auf Caudekerie hielt, hatte Pöh schon seit langer Zeit seine Wälderin, die jedes Stück von ihm kannte und auch mit einem besonderen Zeichen, B. und einer Zahl, versehen hatte. Mit Hilfe dieses Zeichens gelang es, die Wälderin und dann auch leicht den Eigentümer der von dem Einbrecher zurückgelassenen Manschetten

zu ermitteln. Pöh versprach aber aus Berlin und kehrte kürzlich zurück.

Ein Straßendiebstahl, bei welchem ein Schuhmann erhebliche Verletzungen erlitt, ereignete sich am Mittwochmittag gegen 5 Uhr an der Potsdamer Brücke. Dort wollte der Schuhmann Stolz, Ballaststr. 4 wohnhaft, kurz vor einem herannahenden Motorwagen der Linie 87 über das Gleis laufen. Da jedoch aus entgegengesetzter Richtung ein Straßenbahnzug herannahte, trat der Schuhmann, um nicht überfahren zu werden, auf das rechte Gleis zurück. Dabei bemerkte der Beamte nicht, daß der aus Richtung Schöneberg kommende Straßenbahnwagen sich unmittelbar vor ihm befand, er wurde vom Vorderperron amgestoßen und blieb zwischen Motor- und Anhängewagen liegen. Stolz erlitt eine starke Fleischwunde am Kopfe, Hautabschürfungen am Schienbein sowie Brust- und Rückenquetschungen. Der Beamte erhielt auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe und wurde dann nach seiner Wohnung in der Ballaststraße geschafft.

Aus der Selbstmordchronik. Aus Liebesgram hat am gestrigen Donnerstagmittag die 20jährige Christin Margarete Besser, Kollenderplatz 6, die an einem im Westen gelegenen Theater angestellt war, ihrem Leben ein Ende gemacht. Das junge, sehr schöne Mädchen hatte eine tiefe Zuneigung zu einem Schauspieler gefaßt, die jedoch nicht erwidert wurde. Aus Gram überlegte sie sich aus einem Browning eine Kugel durch den Kopf.

Am Mittwochabend erschloß sich der 20jährige Bankbeamte Paul Püntsch, der bei seinem Onkel, einem Rechtsanwalt in der Grunewaldstraße 46, wohnte. Der Grund zu der Tat ist nicht bekannt.

Plötzlicher Todesfall. Der Bureaubeamte Wilhelm Leppert, Kurfürststr. 26 wohnhaft, befand sich am Mittwochabend gegen 8 Uhr in einem Straßenbahnwagen der Linie 74, um nach Hause zu fahren. Als der Wagen die Leipzigerstraße, Ecke Charlottenstraße, passierte, stürzte er plötzlich von seinem Sitz und verfiel in heftige Krämpfe. Ein Schuttmann brachte die Schwerverleidenden nach der Unfallstation in der Kronenstraße. Leider konnte ihm Hilfe nicht mehr gebracht werden, da L. bald darauf infolge Herzschlages verstarb.

Auf der Treptow-Sternwarte wird Direktor Dr. Archenbold am Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags um 5 Uhr, einen Vortrag halten über: „Vom Erdinneren bis zu den Weltfernen“ und am Montag, den 11. Dezember, abends 7 Uhr, über: „Unsere Erde als Planet“. Beide Vorträge sind gemeinverständlich und mit zahlreichen Licht- und Drehbildern ausgestattet. Mit dem großen Fernrohr werden an den Abenden abwechselnd mit dem Mond der Saturn und Mars, der sich von der Erde immer weiter entfernt, beobachtet. Kleinere Fernrohre stehen zur Beobachtung beliebiger Objekte allen Besuchern der Treptow-Sternwarte kostenlos zur Verfügung.

Das Polizeipräsidium erläßt folgende Warnung: Daß von der Firma The R. A. Winter u. Co. in Washington in den Handel gebrachte Heilmittel „Natürlicher Gesundheitshersteller“ wird von den genannten Firma neuerdings auch unter der Bezeichnung „Kaiser Tabletten“ vertrieben. Das Mittel war durch Bundesratsbeschluss am 27. Juni 1907 in das Verzeichnis der Geheimmittelliste aufgenommen worden. Da die Zusammensetzung der Tabletten dieselbe geblieben, dürfen sie auch unter dem neuen Namen auf Grund der Polizeiverordnung vom 14. November 1907 nur in Apotheken auf ärztliche Verordnung abgegeben und nicht öffentlich angepriesen werden. Vor dem Bezug dieses Mittels, das im günstigsten Falle nur ein unschädliches Abführmittel für sehr hohen Preis darstellt, welches keineswegs das leisten kann, was die Firma verspricht, habe ich bereits zweimal öffentlich gewarnt.

Widgers Towns nennt sich ein Unternehmen, das sich in Eastons Banoptium aufgetan hat. Es handelt sich um eine Zwergensstadt, die sich hier aufgetan hat mit zahlreichen Häusern und Gassen, mit Calos, Bars, Varietés, Zirkus. In diesem winzigen Gemeinwesen mit einem noch winzigeren Bürgermeister an der Spitze findet man alles, was zu einer Gemeinschaft gehört. Alle Gewerbe sind in Widgers Town vertreten: Bäcker, Schlächter, Schuhmacher, Schneider, Fleischer, Tischler u. a. Auch Polizei und Feuerwehrl fehlt nicht. Wie aus einem Märchen muten und die kleinen Menschenlein an. Auf den Vertretern des Varietés ergöhen sie die Zuhörer durch ihre hübschen Vorträge und im Zirkus zeigen sie sich als gewandte Reiter der kleinen Schule. Viel Spaß bereitet eine solcher Disputanten in einer Athletennummer, und zwei andere in ihren Rollen als Clown. Die ganzen Kämlichkeiten des Eastonschen Banoptiums werden von der Zwergensstadt in Anspruch genommen. Die alten längst verstaubten Wachsfiguren sind auf den Boden gewandert und der ehemalige Kaiserpalast ist in eine Manege verwandelt worden.

Wahlkampf in den Vororten. Teltow-Beeskow.

Röpenitz.

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die am Dienstag im Stadttheater tagende Volkerversammlung, in welcher der Genosse Fritz Jubel über: „Die Tätigkeit des letzten Reichstages, die bürgerlichen Parteien und die nächsten Reichstagswahlen“ sprach. Ueber 2000 Personen, Frauen und Männer, füllten die großen Säulenhallen des Stadttheaters. Lange vor Beginn, war die Versammlung überfüllt. Brauendes Händeklatschen und Hochrufe erschollen als Genosse Jubel durch den Saal schritt. In zirkel dreisündiger Rede streifte der Redner alle großen politischen und wirtschaftlichen Fragen und Ereignisse der letzten Jahre. Anfangend bei den denkwürdigen Hottentottenwahlen des Jahres 1897 schilberte er die reaktionäre Tätigkeit des letzten Reichstages und legte dar, daß alle bürgerlichen Parteien sich gleich bleiben, sobald es gilt für sich und gegen die werktätige Bevölkerung etwas zu unternehmen. Ausführlich ging der Redner auf die Steuerpolitik, den Militarismus und auf das unerträgliche persönliche Regiment in Deutschland ein. Mit Humor feingekennzeichnet er ferner das krankhafte Bemühen des Reichskanzlers eine für die Regierung zugräftige Wahlparole zu finden. Nach gründlicher Abrechnung mit allen bürgerlichen Parteien kritisierte der Redner besonders das Vorgehen der Demokratischen Vereinigung. Da dieselbe nach eigenen Angaben nur die Demokratie propagiert, durften sie in unserem Kreise keinen eigenen Kandidaten aufstellen, denn gerade im Kreise Teltow sei durch die Tätigkeit der Sozialdemokratie die Demokratisierung im weitesten Maße zum Durchbruch gelangt. Wenn die Demokraten dessenungeachtet einen eigenen Kandidaten aufgestellt hätten, so läme ihnen der Vorwurf nicht erpart werden, dadurch nur der Sozialdemokratie Anspiegel zwischen die Fäße geworfen zu haben. Daher sei schärfster Kampf auch nach dieser Seite notwendig. Gänzlich falsch ist es, wenn hiesige bürgerliche Zeitungen ihn, Redner, sagen lassen, der Wahlkreis sei ihm sicher sogar ohne Stichwahl; richtig ist, daß er ausführte, die Demokraten würden nicht in die Stichwahl gelangen. Der Redner schloß seine oft von Beifallstürmen unterbrochenen Ausführungen mit dem altbewährten Kampf- und Wahrspruch: Vorwärts! vorwärts durch Kampf zum Sieg. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Bail, noch die Anwesenden ermahnt hatte, den gegnerischen Versammlungen fernzubleiben, da dort durch beschränkte Redezeit ein ausführliches Debattieren meistens unmöglich ist, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Tempelhof.

Hier tagte bereits die zweite gut besuchte Volkerversammlung im Wilhelmshagen. Das Referat über „Die Sünden des schwarz-blauen Bloß“ hielt Genosse Wermuth, dessen Ausführungen von den Versammelten mit lebhaftem Beifall entgegengenommen wurden. Am Schluß der Versammlung richtete noch Genosse Wald an die Versammelten das Ersuchen, Gegner, die sich jetzt wieder bei den Wählern in empfehlende Erinnerung bringen werden, mit Entschiedenheit abzuweisen.

Grünau.

Ueber die positive Arbeit des verflochtenen Reichstages sprach am Dienstagabend in einer hier tagenden öffentlichen gut besuchten Versammlung Genosse Weber. Die vom Redner an der vom Bloß-reichstag betriebenen volksfeindlichen Politik geliebte Kritik wurde von den Versammelten mit großem Interesse verfolgt und mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Am Schluß richtete noch Genosse Rigner an die Versammelten die Aufforderung, die Organisation auszubauen und für eine möglichst weite Verbreitung der sozialdemokratischen Presse Sorge zu tragen.

Halbe (Kreis Teltow).

Trotz der rauen Witterung hielten die hiesigen Genossen am Sonntag eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel ab. Das Referat über „Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen“ hatte Genosse Wuschel-Verlin übernommen, der in großen Zügen die Finanz- und Steuerpolitik sowie die steigenden Militärausgaben des alten Reichstages feingekennzeichnete. Die stark besuchte Versammlung hielt, obwohl der kalte Wind über den Versammlungsplatz wehte, bis zuletzt aus. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Versammelten auf, die Zeit bis zum 12. Januar noch zu intensiver Agitation für unseren Kandidaten Fritz Jubel auszunutzen.

Niederbarnim.

Erkner.

Mit einer sehr gut besuchten Versammlung, die am Dienstag im Degebrods Gesellschaftsraum tagte, wurde der hiesige Wahlkampf eingeleitet. Das Referat über „Die Sünden des alten Reichstages“ hielt Genosse Dominik-Reinickendorf. Die Versammlung sollte den Ausführungen des Redners, der am Schluß zu größter Kraftanstrengung für die am 12. Januar stattfindende Wahl aufforderte, lebhaftesten Beifall. Diskussion fand nicht statt. Am Schluß meldete sich eine größere Anzahl Versammlungsbesucher zum Eintritt in den Wahlverein. Mit begeisterten Hochrufen auf die Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

An die organisierte Arbeiterschaft des Kreises Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Parteilgenossen! Der Wahlkampf in unserem Kreise ist bereits heftig entbrannt; die Konservativen wie der Freisinn arbeiten mit Hochdruck, um noch einmal den „Kaiserkreis“ für die bürgerlichen Parteien zu retten. Hierbei werden natürlich wieder die niederträchtigsten Verleumdungen gegen unsere Partei angewandt. Nichts ist den Konservativen und Freisinnigen schrecklicher genug, die Sozialdemokratie anzugreifen und herabzuwürdigen. In ihren Versammlungen wird die Arbeiterschaft mit den gemeinsten Verleumdungen traktiert, eine Verteilung unserer Partei gegen diese niedere, das politische Leben vergiftende Kampfweise aber von den Gegnern dadurch verhindert, daß unsere Redner in den konservativen Versammlungen das Wort überhaupt nicht erhalten. Der Freisinn gewährt eine Redezeit von 20 Minuten, in welche sich die anwesenden Diskussionsredner zu teilen haben.

Diese niedere Kampfweise unserer Gegner verpflichtet daher jeden ehrlich denkenden Arbeiter, die Versammlungen dieser Parteien zu meiden.

Darum, Parteilgenossen, fordern wir Euch auf, die Versammlungen der Konservativen und des Freisinn für die Zukunft nicht mehr zu besuchen.

Mit Parteilgruß

Der Kreisvorstand. J. A.: Emil Schubert.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung stimmte in ihrer Sitzung vom Mittwoch zunächst der Annahme der Adelsheim-Virpmannt-Stiftung zu und ermächtigte den Magistrat, die königliche Genehmigung zur Annahme derselben nachzusuchen. Die von dem Stadtv. Liepmann mit 20 000 M. begründete Stiftung soll den Zweck haben, besonders begabten Knaben und jungen Männern aus der unbedeutendsten Charlottenburger Bevölkerung eine Weisheit zu ihrer Ausbildung zu gewähren. Genosse Vogel dankte dem Stifter und sprach den Wunsch aus, das Statut dahin zu erweitern, daß auch jungen Mädchen Weisheit gewährt werden können.

Eine längere Debatte knüpfte sich an eine sozialdemokratische Interpellation, die den Magistrat um Auskunft darüber erlucht, auf wessen Veranlassung den städtischen Pararbeitern vom 15. Juni d. J. ab ihr Anspruch auf Gewährung von Dienstkleidung entzogen werden sollte. Im Gegenzug zu dem Vätergemeinmeister Rattig, der die Maßnahme mit dem Hinweis darauf verteidigte, daß den Pararbeitern nach der Natur ihrer Tätigkeit eine Dienstkleidung nicht zuzumane, nahm sich Genosse Will aus wärmste der Interessen der Pararbeiter an, die ausdrücklich darum gebeten hätten, daß ihnen die Dienstkleidung gelassen werde. In demselben Sinne sprachen sich auch die Redner der anderen Fraktionen, die Stadtv. Vollmann und Stadthagen, aus. Trotzdem wird der Magistrat allem Anschein nach von seinem „wohlüberlegten“ Beschluß nicht abgehen. Auch die in letzter Zeit recht zahlreichen erfolgten Entlassungen von Pararbeitern brachte Genosse Will zur Sprache, ohne daß indessen die Vertreter des Magistrats eine Besserung in Aussicht stellten.

Weiter genehmigte die Versammlung die Vorlage über den Kostenanschlag für alle Bauarbeiten des ersten Abschnitts für die Tuberkuloseanstalt im Veey-Sommerfeld, nachdem sie bereits früher dem Vorentwurf zum Bau einer Anstalt zur Behandlung von Tuberkulösen auf dem Waldgelände bei Veey-Sommerfeld und der Errichtung von zwei Kranenpavillons zugestimmt hatte.

Bei der Prüfung der Gültigkeit der letzten Stadtverordnetenwahlen zeigte sich völlige Uebereinstimmung. Ein Mandat im ersten Bezirk der zweiten Wählerabteilung wurde für ungültig erklärt, weil die erforderliche Anzahl von Hausbesitzern nicht erreicht war, alle anderen Mandate, darunter sämtliche sozialdemokratischen, erklärte die Versammlung einmütig für gültig. Unsere Fraktion wird also in der Stärke von zwölf Mann ins Stadtparlament einziehen. Außerdem verfügen wir noch über zwei weitere Mandate, da die Genossen Hirsch und Vaade doppelt gewählt sind. Für sie müssen im dritten und sechsten Bezirk Neuwahlen stattfinden. Die beiden Bezirke gehören zum sicheren Besitzstand der Sozialdemokratie; leider müssen die neu zu Wählenden Hausbesitzer sein, aber auch diese Klippe werden wir überwinden.

Eine weitere Interpellation von Stadtverordneten aus dem Osten Charlottenburgs, die sich auf die Uebelstände beim Bau der Untergrundbahn in der Tauentzienstraße bezog, erledigte sich ohne eine Beantwortung durch eine entgegenkommende Erklärung des Magistratsvertreters.

Aus den Kreisen der Vertreter der Hausbesitzer war ferner folgende Interpellation eingegangen:

Ich der Magistrat gewillt, auf die bereits Anfang d. J. ergangene Anregung Wilmersdorfs wegen Errichtung eines gemeinsamen städtischen Wandbriefamtes für die westlichen Vororte im Interesse des dringend einer Förderung bedürftigen Realkredits der Hausbesitzer nimmend mit unklarer Verschleierung einzugehen und, falls nicht, die dagegen sprechenden Gründe darzulegen.

Nach längerer Begründung durch den Stadtv. Liepmann erklärte der Rämmerer Stadtrat Scholz, daß der Magistrat vor etwa 8 Tagen sein Einverständnis kund getan habe, gemeinsam mit Wilmersdorf über die Frage der Errichtung eines Wandbriefamtes zu beraten.

Ohne Ausschüßberatung lehnte die Versammlung einmütig eine Magistratsvorlage betr. die Errichtung eines unterirdischen Bedürfnis-

anfall am Kurfürstendamm, Ecke Joachimsthaler Straße, ab, weil ihr die Kosten von 90.000 M. dafür zu hoch erschienen. Genosse **Gebert**, der sich gleichfalls gegen die Vorlage ausdrückte, brachte dabei eine Reihe von Mitzständen zur Sprache und forderte besonders die Errichtung von Bedürfnisanstalten für Frauen.

Für das in Charlottenburg nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsbildung einzurichtende Versicherungskomitee beantragte der Magistrat die Schaffung einer neuen Beamtenstelle. Es handelt sich um einen Magistratsassessor, der zweiter stellvertretender Vorsitzender des Amtes werden sollte. Die Versammlung stimmte ohne Debatte zu.

Öffentlich genehmigte die Versammlung noch den Pachtvertrag über Benutzung des Liegensces als Eisbahn. Es werden auf dem Liegensces zwei Abteilungen eingerichtet, von denen die eine für 10 Pf. benutzt werden kann; Kinder zahlen sogar nur 5 Pf. Die Magistratsvorlage entspricht im wesentlichen einem früheren Antrage der sozialdemokratischen Fraktion. An dem Vertrage selbst wurden einige geringfügige Änderungen vorgenommen, die Genosse **Wiel** als Berichterstatter beantragte.

Das Großfeuer am Kaiserdamm, über das wir bereits in der gestrigen Nummer berichteten, beschäftigte die Charlottenburger Feuerwehr bis in die dritte Morgenstunde des gestrigen Tages. Das Feuer war im Fahrstuhl des Vorderhauses entstanden und hatte sich bei Ankunft des ersten Löschzuges schon bis zum Dachgeschoß ausgebreitet, da der Fahrstuhl wie ein Schornstein wirkte. Leider war der Fahrstuhl entgegen der baupolizeilichen Bestimmung oben nicht feuersicher abgeschlossen, und so konnten sich die Flammen sofort auf den Dachstuhl ausbreiten. Als der erste Löschzug der Feuerwehr eintraf, brannte der ganze Fahrstuhlschacht lichterloh und auch der Dachstuhl des Vorderhauses stand teilweise schon in Flammen. Mit unheimlicher Schnelligkeit erfaßte das Feuer dann den gesamten Dachstuhl. Der Löschangriff der Feuerwehr gestaltete sich anfangs dadurch schwierig, daß eine Treppe des Vorderhauses nicht bis zum Dachgeschoß durchging. Infolgedessen mußten die Löschmannschaften von den Treppen der Seitensügel aus vordringen. Trotz unangenehmen Wassergeruchs konnte nicht verhindert werden, daß das Feuer auch die Dachstühle der beiden Seitensügel teilweise zerstörte. Außerdem brannte die Decke nach dem vierten Stock durch, wo sich die Wohnung vom Sohn des Professors **Vegas** befindet. Herr **Vegas** war nicht anwesend und dürfte erheblichen Schaden erleiden, da zahlreiche alte Kunstgegenstände und wertvolle Bilder teils durch Feuer, teils durch Wasser vernichtet worden sind. Bei den Löscharbeiten zog sich ein Feuerwehrmann Verletzungen an den Händen zu.

Aus dem Fenster des ersten Stockes gestürzt hat sich am Donnerstagmittag in der Uhlandsstr. 71 ein junger Mann. Der Lebensmüde blieb bewußtlos auf dem Hof liegen. Ein Rettungswagen der Feuerwehr schaffte den Schwerverletzten nach dem Krankenhaus.

Eine Zweigstelle neben seiner in der Berliner Straße 137 bestehenden Volkstische hat der Vaterländische Frauenverein, Zweigverein Charlottenburg, in dem Hause Neue Christstraße 5 eingerichtet. An beiden Stellen wird schmackhaftes, preiswertes Mittagessen täglich von 11-1 1/2 Uhr verabreicht. Besonders sei darauf hingewiesen, daß auch ein Verkauf über die Straße stattfindet, so daß gerade Familien auf bequeme, billige Weise zu einem guten Mittagessen kommen. Der Preis einer Portion (1/2 Liter) ohne Fleisch beträgt 15 Pf., mit Fleisch 25 Pf.; Kaffee kostet 5 Pf., Kakao 10 Pf., Milch 10 Pf. und Gebäck 5 Pf.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Mittwochnachmittag vor dem Hause Wisnarsstraße 65 in Charlottenburg. Dort betrat die Witwe **Marie Adam**, deren Wohnung bisher noch nicht festgestellt werden konnte, das Gleis vor einem herannahenden Wagen der Linie 62, wurde umgerissen und kam unter dem Vorderperon zu liegen. Das Gefährt wurde mit Hilfe von Passanten an-

gehoben und die Verunglückte befreit. Frau **A.** wurde nach dem Krankenhaus Westend gebracht, wo der Arzt eine Gehirnerschütterung sowie Fleischwunden am Rücken und am Kopf feststellte.

Nichtenberg.

Stadtvorordnetenwahl.

Am Montag haben die Wähler der zweiten Abteilung im 8. und 4. Bezirk in der Stichwahl über drei Mandate zu entscheiden. In beiden Bezirken ist die Sozialdemokratie beteiligt. Die Situation ist recht eigenartig, aber darum für uns nicht ungünstig. Im 8. Bezirk stehen unsere Genossen **Abraham** und **Nirius** zur Stichwahl mit den Kandidaten der Gruppe, welche die **Herz** und **Freische** durch Entziehung des Mandats in der denkbar schroffsten Weise degradiert hat. Wie erbittert man auf der anderen Seite darüber war, bestätigte zur Genüge die Tatsache, daß man, um wenigstens den **Stott** noch zu retten, für diesen am nächsten Tage in der ersten Wählerabteilung ein Mandat frei machte. Für den Herrn **Freische** konnte man keinen Platz mehr schaffen. Daß nun aber die Freunde dieser Herren zum Wahltag rennen, um deren Gegner zum Siege zu verhelfen, könnte man nur annehmen, wenn man der Ansicht wäre, die Wähler seien die reinen Hampelmänner. Im 4. Bezirk wieder, wo nur noch ein Mandat zu besetzen ist, steht unser Kandidat, Genosse **Nirius**, dem Vertrauensmann jener Gruppe gegenüber, die dem **Stott** den stärksten Tritt antat, den man einem im öffentlichen Leben stehenden Mann antun kann, ihn nämlich seines Mandates für unwürdig zu erklären. Die Freunde des Herrn **Lewonig** sind in diesem Bezirk unterlegen. Werden sie nun die öffentliche Herabsetzung ihres Freundes unterstreichen, indem sie den Namen seiner Gegenpartei aktiv oder durch Passivität das Mandat sichern? Das kann man nicht annehmen! Ganz abgesehen davon, daß ihre Bestrebungen von der Sozialdemokratie immer am energischsten vertreten worden sind, sie daher schon aus wohlwollendem Interesse für den Genossen **Nirius** eintreten müßten, verpflichten sie dazu auch moralische Gründe.

Für unsere Genossen muß es natürlich erst recht Ehrenpflicht sein, an der Wahl teilzunehmen, um diesmal der Sozialdemokratie die ersten Siege in der zweiten Abteilung zu verschaffen.

Rixdorf.

Das zweite Volks-Sinfonieconcert, veranstaltet von der Stadt Rixdorf mit dem Wähner-Orchester, findet am heutigen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in der Neuen Welt, Gasenheide 108/114, statt. Ein erlebnisreiches Programm mit hervorragenden Künstlern garantiert den Besuchern einen gemehrten Abend. Billets sind in den mit Plakaten versehenen Geschäften sowie abends an der Kasse zu haben.

Feuer in der Rixdorfer Desinfektionsanstalt. Gestern nachmittag wurde die Rixdorfer Feuerwehr nach der städtischen Desinfektionsanstalt in der Canner Straße 42/46 gerufen. Dort war vermutlich infolge Ueberheizens die Dachkonstruktion des etwa zehn Meter hohen Anstaltgebäudes in Brand geraten. Der Brandherd lag in unmittelbarer Nähe des Schornsteins. Die Feuerwehr griff mit einer Schlauchleitung ein und erlosch die Flamme innerhalb einer halben Stunde. Die Dachkonstruktion ist nur zu einem kleinen Teil zerstört, so daß der Schaden nicht erheblich ist. Das auf demselben Grundstück befindliche **Waisenhaus** der Stadt Rixdorf war durch den Brand in keiner Weise gefährdet.

Weißensee.

Bei der Wahl der Arbeitnehmerdeputierten zum Gewerbegericht wurden für die Kandidaten des Gewerkschaftskomitees 1288 Stimmen abgegeben. Die Zahl der abgegebenen Stimmen wäre noch viel größer gewesen, wenn die einzelnen Wahlbüreaus etwas schneller gearbeitet hätten. Infolge dieses Umstandes übten viele Arbeiter ihr Wahlrecht nicht aus.

Die im Februar d. J. statifgeführten Wahlen der Arbeitnehmer zum Kaufmannsgericht sind vom Bezirksausschuß für ungültig erklärt. Die neuen Wahlen sind noch nicht festgesetzt. In der Arbeiterschaft wird es liegen, die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen aufgestellten Kandidaten mit größerer Stimmenzahl zum Siege zu verhelfen.

Röpenitz.

Die diesjährige Jugendschriftenausstellung findet vom Sonntag, den 10. bis Sonnabend, den 18. Dezember, im Seitenzimmer des Stadttheaters statt. Dieselbe ist geöffnet Sonntag und Montag von nachmittags 4 Uhr bis abends 9 Uhr, alle übrigen Tage von 5 Uhr bis 9 Uhr. Die organisierte Arbeiterschaft, besonders Väter und Mütter werden gebeten die Ausstellung zu besuchen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 10. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Paul und Laura Loharow. Von Fr. Wehring. — Aus der Vorkriegszeit der Marxisten. Von Rudolf Wierding. — Schulsozial und Feuerung. Von Karl Kaushy. — Kleinkanterei. Von Bruno Diegel. — Liberale Stichwahlkandidaten. Von Jean Martin (Müllerstein i. G.). — Literarische Rundschau: Robert Grimm, Demokratie und Sozialismus. Von G. Epstein.

Aus **Tag und Erde** nennt Ludwig Lessen einen neuen Gedichtband, der soeben im Verlage der Buchhandlung **Wort** von **Paul Singer** in Berlin SW. 68 (Preis 1,20 M.), erschienen ist. Wieder sind es Bilder aus dem Arbeiterleben, begeisterte Kampfsprüche, visionäre Zeichnungen voll von einem frohen Zukunftsglauben, die uns der Dichter gibt. Auch die feingedichteten Naturstimmungen fehlen nicht, die in knappen Strichen Landschaftsbilder von intimem Reiz hervorzuheben. Das Buchdenkmal überwiegt jedoch in dem vorliegenden Gedichtbände. Lebensschicksale aus der Erde werden gezeichnet, wie sie der Alltag zu Duzenden bringt. Der Umschlag bringt eine Reproduktion nach einer packenden Zeichnung von **Kate Kollwitz**. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Postportale.

Allgemeine Kranken- und Sterbestatistik der Metallarbeiter (Vergleichende Hilfstafel 29, Hamburg). Billale **Damm** in **Hamburg**. Den Mitgliedern die in Leipzig wohnen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 2. Dezember, abends von 8 1/2-10 Uhr, im Lokal von **Jul. Schmidt**, Riefholze, 22, Kaffee wird.

Marktliste von Berlin am 6. Dezember 1911, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten, Marktallienpreise (Meinhandel).

100 Kilogramm Erbsen, gelb, zum Kochen	36,00-50,00
Speisebohnen weiße	40,00-60,00
Erbsen 40,00-80,00	20,00-10,00
1 Kilogramm Rindfleisch, von der Steile 1,60-2,40	Rindfleisch, Tauchfleisch 1,20-1,70
Schweinefleisch 1,20-1,80	Kalbsteck 1,40-2,40
Dammfleisch 1,30-2,20	Butter 2,60-3,20
67 Stück Eier 3,80-6,40	1 Kilogramm Karpfen 1,00-2,40
Wale 1,20-2,80	Sander 1,40-3,60
Seiche 1,20 bis 2,60	Dorche 1,00-2,00
Schale 1,40-3,20	Biele 0,80-1,40
60 Stück Krebse 2,40-24,00	

Wasserhand		Wasserhand	
am 6. 12.	am 5. 12.	am 6. 12.	am 5. 12.
Remel, Luth	97	Soala, Großh.	59
Bregel, Jüterburg	59	Qavel, Spandau	75
Reichel, Thoru	4	Katheno	12
Oder, Rathor	98	Esres, Spremlerg	80
Kroffen	58	Deestom	82
Brandur	72	Weler, Rinder	104
Garthe, Schrumm	2	Rinder	162
Landberg	26	Rhein, Magimil am Bau	322
Rege, Gorchamm	20	Raub	121
Elbe, Reimerk	73	Rlin	135
Dresden	193	Redar, Gellbronn	48
Burde	24	Raim, Berlheim	92
Regelburg	80	Relei, Lier	107

Unsere diesjährige Weihnachtsreklame!

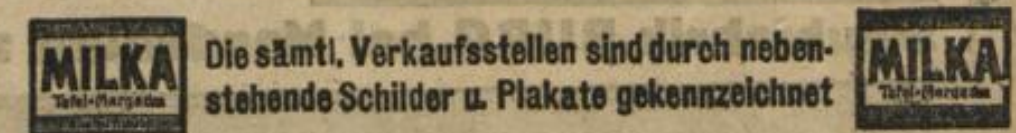
5 Tage!

Um unseren **Süßrahm-BUTTER-Ersatz** **MILKA-Tafel-Margarin** in noch weiteren Kreisen einzuführen, veranlassen wir an folgenden 5 Tagen:

Donnerstag, 7., Freitag, 8., Sonnabend, 9., Sonntag, 10., und Montag, 11. Dezember 1911

- 1 Pfd. **MILKA** extra Butter-Ersatz, feinste Tafel-Margarin und **85** Pfennig
- 1/2 Pfd. **SELLA-Block-Schokolade** od. nach Wahl
- 1/2 Pfd. **KAKAO** im Paket zusammen für
- 1 Pfd. **MILKA** exquisit Butter-Ersatz, feinste Tafel-Margarin und **90** Pfennig
- 1/2 Pfd. **SELLA-Block-Schokolade** od. nach Wahl
- 1/2 Pfd. **KAKAO** im Paket zusammen für

Die Herstellung unserer Milka geschieht unter ständiger Kontrolle dreier erfahrener Chemiker in subtilster Weise aus den edelsten Rohmaterialien mit Zusatz von besten Milchprodukten täglich frisch. Sie schmeckt wie frische Mai-Butter. Durch die täglich frische Herstellung mit Zusatz von süßer Sahne aus nur besten Zutaten ist der Unterschied zwischen ihr und reiner Naturbutter nicht mehr zu erkennen. Die Herstellung geschieht in unserer Fabrik in Pratau in der Goldenen Aue, wo es viele und gute Milch gibt, und wo von ausgezeichneten Rasse-Kühen eine hygienisch einwandfreie gesunde Milch erzeugt wird. Unseren verehrlichen Abnehmern ist durch diese Einrichtung gewährleistet, dass ihnen durchaus bekömmliche Erzeugnisse von hohem Nährwert geboten werden. Wir machen besonders auf die ausserordentlich leichte Verdaulichkeit unserer Milka aufmerksam.



Die sämtl. Verkaufsstellen sind durch nebenstehende Schilder u. Plakate gekennzeichnet. MILKA-Nährmittel-Fabrik G. m. b. H., Pratau a. E.

Milker



Höchste Auszeichnung der Branche

Int. Hygiene-Ausstellung Dresden 1911.



**Sonntag von
12 bis 8 Uhr
geöffnet**

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Große Familien- u. morgens Vorwärts

auf Wunsch bei Einkäufen die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgenommen

Spielwaren - Pfefferkuchen - Baumschmuck - Lichte

Von den unübertroffenen großen
Lagerbeständen gelangen Vorräte u. ca.

1000 Teppichen

in allen Größen und Qualitäten, bestehend aus einzelnen Muster-Teppichen, d. zur Hälfte des sonstigen regulären Listenpreises herabgesetzt, in einem besonderen Saalraum der **Engros-Abteilung des Teppichfabrikators Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 5,** Hof links 1. Treppe, nachmittags u. 2-7 Uhr zum Verkauf. An den Sonntagen vor Weihnachten geöffnet.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Nicht am Moritzplatz
Prinzenstr. 41.
10-8. 5-7. Sonntags 10-12. 3-4.

*Am kommenden Sonntag
liegt der Weihnachts-Prospekt
der Buchhandlung Vorwärts
der Neuen Welt bei.*

*Jede Arbeiterfamilie sollte
ihn beachten!*

Reparatureinrichtung für Autowerkstatt:
Drehbank, Bohrmaschine, Schraubstücke usw.
Sofort gegen bar zu kaufen gesucht.
Angebote unter Chiffre K. 3, Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Soeben erschien die Neuauflage des:

Rückwärts

Zentralorgan des schwarzblauen Blocks.
Offizielles Organ der deutschen Schaf- u. Schweinezüchter
reich illustriert, Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs und Zeitungs-
pediteure, sowie durch die
Buchhandlung Vorwärts.

Weihnachts-Verkauf

Besonders preiswerte Schuhe in eleganten Präsent-Kartons

	für Damen			für Herren		für Kinder		
Kamelhaar - Stoffschuhe Filz- und Ledersohle	2.25	1.70	1.30	2.20	1.50	1.15	1.00	85 Pf.
Schnallen-Stiefel Filz- und Ledersohle	Damen 2.35			für Herren 2.75		2.00	1.70	1.50
Chevrette-Schnallen-Stiefel f. empfindl. Füße, mollig warm				für Damen 6.00		für Herren ... 7.50		
Leder-Hausschuhe Sealskinfutter, elegant				für Damen 3.50		für Herren ... 3.50		

Damen- und Herren-Schnürstiefel HAUPT-PREISLAGEN
modernste Formen 14.50 12.50 10.50 8.50 7.50

Aparte Tanzschuhe! „Condor-Pumps“ Kalblack und Chevrette 5.50
Mädchen- und Knaben-Schnürstiefel bequeme breite Form! f. Chromleder, Derby-Schnitt, Lackkappe - elegant u. solide
Größe 25-26 4.25 Größe 27-28 4.75 Größe 29-30 5.25 Größe 31-33 5.75 Größe 34-35 6.25 Größe 36-38 7.25

→ Fördern Sie unsere neue Preisliste ←

C: Spittelmarkt 15, teilweis
C: Rosenthaler Straße 14
W: Potsdamer Straße nur 10
W: Schilfstrasse 16
NW: Bunsenstrasse 29
NW: Turmstr. 41, Ecke Oldenburger Str.
NW: Wilsdruffer Straße 21
SW: Friedrichstr. 240-41, n. Hallesch. Tor
N: Brunnenstrasse nur 37
N: Friedrichstrasse 127, übrig gegen-
über der Oranienburger Straße
N: Danziger Straße 1
N: Müllerstrasse 3
N: Reinickendorfer Str. 25, gegen-
über Postamtstrasse
O: Andreasstrasse nur 20
O: Frankfurter Allee 125
SO: Oranienstr. 32, zwischen Oranien-
platz und Adalberstrasse
SO: Oranienstr. 2a, unmittelbar an der
Hochbahnstation Oranienstrasse
SO: Wrangelstrasse 48
Charlbg. u. Wilmersdorfer Str. 123-25
Niedorf: Bergstrasse 30-31
Potsdam: Brandenburger Straße 54

CONRAD TACK & Cie.

Schuhfabrik BURG bei Magdeburg :: 130 Verkaufsstellen

